



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



BBSR-Online-Publikation Nr. 04/2020

Globale urbane Transformation

Einbindung von New Urban Agenda, SDGs und Pariser
Klimaschutzabkommen in die kommunale und nationale
Stadtentwicklung in Deutschland

Das Projekt des Forschungsprogramms „Allgemeine Ressortforschung“ wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) durchgeführt.

ISSN 1868-0097

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Referat I 3 – Europäische (und internationale) Raum- und Stadtentwicklung
Dr. André Müller (Projektleitung)
andre.mueller@bbr.bund.de

Begleitung im Bundesministerium

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
Referat SW I 1 – Nationale und europäische Stadtentwicklungspolitik
Tilman Buchholz

Auftragnehmer

adelphi:
Franziska Schreiber
Barbara Burkel
Urban Catalyst:
Prof. Dr. Philipp Misselwitz
Christoph Walther

Stand

September 2019

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Zitierweise

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Globale urbane Transformation: Einbindung von New Urban Agenda, SDGs und Pariser Klimaschutzabkommen in die kommunale und nationale Stadtentwicklung in Deutschland. BBSR-Online-Publikation 01/2020, Bonn, Februar 2020.



Liebe Leserinnen und Leser,

internationale und europäische Beschlüsse wie die New Urban Agenda, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung oder die Städteagenda für die EU sollen die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Städte weltweit unterstützen und die Lebensqualität ihrer Bewohner verbessern. Was kommt von diesen Beschlüssen in unseren Kommunen an? Inwieweit finden sich die darin formulierten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in städtischen Konzepten wieder?

Die vorliegende Studie zeigt, welche Herausforderungen bei der „Übersetzung“ der Beschlüsse in den Verwaltungsalltag zu meistern sind. Einige der befragten Fachleute und Entscheidungsträger in den Rathäusern halten sie für zu abstrakt und komplex und deshalb schwierig in kommunales Handeln zu integrieren. Vielfach folgen Städte und Gemeinden integrierten Ansätzen der Stadtentwicklung – ohne sich aber explizit beispielsweise auf die New Urban Agenda oder die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zu beziehen.

Inzwischen gibt es zwar eine Vielzahl an Informationsangeboten, die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen. Sie kommen aber noch unzureichend in den Rathäusern an. Um die Städte und Gemeinden als Partner der Transformation zu befähigen, empfehlen die Autoren unter anderem, den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen auszubauen, Kriterien mit Bezug auf die europäischen und internationalen Agenden in den bestehenden Förderprogrammen zu verankern sowie Forschung und Praxis besser miteinander zu verzahnen.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit dienen unter anderem der inhaltlichen und programmatischen Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und der Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im zweiten Halbjahr 2020.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



Dr. Markus Eltges

Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

INHALT

	Impressum	2
	Vorwort	3
	Zusammenfassung	5
	Abstract	10
1	Einleitung	15
2	Politische und konzeptionelle Einbettung	19
2.1	Globale Agenda-Prozesse und Entwicklungen	21
2.2	Europäische Agenda-Prozesse und Entwicklungen	22
2.3	Nationale Prozesse und Entwicklungen	24
3	Methodisches Vorgehen	25
3.1	Projektbaustein 1: Desktop-Analyse und Interviews	27
3.2	Projektbaustein 2: Analyse kommunaler Umsetzungsstrategien und Identifikation von Unterstützungsbedarf	29
3.3	Projektbaustein 3: Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und Fortschreibung der Leipzig-Charta sowie der Städteagenda für die EU	31
3.4	Projektbaustein 4: Förderung des kommunalen Erfahrungsaustausches und Distribution der Ergebnisse	31
4	Ergebnisse	32
4.1	Die Nationale Stadtentwicklungspolitik im Kontext globaler, europäischer und nationaler Beschlüsse und Prozesse	33
4.2	Europäische Entwicklungen	39
4.3	Planungswerkstätten mit deutschen Kommunen	43
4.4	Planungswerkstatt mit europäischen Kommunen	50
4.5	Auswertende Werkstattgespräche	54
5	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	57
5.1	Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	58
5.2	Empfehlungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft	61
6	Reflexion	64
6.1	Reflexion der Projektergebnisse	65
6.2	Verwertbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse	67
6.3	Ausblick	68
7	Verzeichnisse	69
8	Anhang	74
8.1	Instrumente und Mechanismen auf EU-Ebene zur Unterstützung lokaler Transformationsansätze	75
8.2	Lokale Transformationspfade	81

ZUSAMMENFASSUNG

In den vergangenen Jahren hat die Weltgemeinschaft mehrere wegweisende Beschlüsse mit Relevanz für urbane Akteure verabschiedet, wie die New Urban Agenda, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaabkommen und die Städteagenda für die EU.

Welche Relevanz und Wirkung diese Rahmenwerke auf der lokalen Ebene konkret haben, ist bislang jedoch noch wenig erforscht. Zudem fehlt es an Erfahrungswerten, wie nationale Stadtentwicklungspolitiken, die als wichtiger Hebel zur Umsetzung der Agenden betrachtet werden, die zahlreichen Zielvereinbarungen integriert aufgreifen können. Die Fortschreibung der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft 2020 bieten aktuelle politische Anlässe, um sich diesen Fragen zu stellen und politische Handlungsräume abzuleiten. Dafür müssen jedoch die Implikationen der Agenden und ihrer Folgeprozesse für die Umsetzungsebene noch besser verstanden werden.

Ziel des Projektes „Globale urbane Transformation“ war es daher, die praktischen Erfahrungen von Kommunen im Umgang mit den globalen und europäischen Agenden aufzuarbeiten und Empfehlungen zu formulieren, wie diese bei der Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie im Fortschreibungsprozess der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU aufgegriffen werden können. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei die Fragen: Welche Rolle spielen die verschiedenen Agenden in lokalen Transformationsprozessen? Mit welchen Herausforderungen sehen sich die Kommunen konfrontiert? Und welche Rahmenbedingungen benötigen sie, um die Agenden künftig noch wirksamer für ihre Arbeit zu nutzen?

METHODISCHE HERANGEHENSWEISE

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden verschiedene Forschungs- und Praxismethoden miteinander kombiniert. Um die Relevanz globaler und europäischer Agenden und deren Folgeprozesse für die kommunale Planung in deutschen und europäischen Städten sowie für die Nationale Stadtentwicklungspolitik differenzierter zu verstehen, wurden zunächst zwei Hintergrundanalysen zur Aufarbeitung des aktuellen Diskussionsstandes und gegenwärtiger Entwicklungen im nationalen und im europäischen Kontext durchgeführt.

Kern des Projektes bildete die intensive Arbeit mit deutschen und europäischen Kommunen in insgesamt drei Planungswerkstätten. Diese dienten dazu, das praktische Erfahrungswissen der Kommunen zu erheben. Um verschiedene kommunale Perspektiven einzufangen, wurde bei der Auswahl der Kommunen auf eine möglichst große Vielfalt in Bezug auf deren Größe, regionale Verteilung, Art der Transformationsherausforderungen, Stand des lokalen Entwicklungskonzeptes, Einbindung in europäische oder globale Prozesse sowie den Umgang mit den Agenden geachtet. Die Anwendung interaktiver visuell-haptischer Workshopformate ermöglichte einen kreativen, offenen und praxisnahen Austausch.

Zur Reflexion und Ergänzung der Studien sowie Ergebnisse der Planungswerkstätten wurden Interviews und Werkstattgespräche mit ausgewählten nationalen und europäischen Expert/-innen für nachhaltige Stadtentwicklung aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt.

ERGEBNISSE

Die Mehrheit der deutschen und europäischen Kommunen, die am Projekt teilgenommen haben, hat bereits Prozesse zur Entwicklung und Umsetzung lokaler Transformationsansätze und Nachhaltigkeitsstrategien angestoßen. Die Art und Weise wie dabei auf globale und europäische Agenden Bezug genommen wird, variiert allerdings stark. Für manche sind sie Grundlage und

Rahmen strategischer Leitbildentwicklung, andere nehmen nur randständig Notiz von ihnen. Für viele Kommunen ist der Mehrwert der Agenden jedoch nicht sofort ersichtlich und birgt in der Anwendung zahlreiche Schwierigkeiten. So empfinden die Kommunen die Übersetzung der abstrakten Ziele in den lokalen Kontext als große Herausforderungen und können den Mehrwert oft nur schwer innerhalb der Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft vermitteln. Zudem ist die vielfältige Agendalandschaft mit ihren unterschiedlichen Zielen und Anforderungen komplex und unübersichtlich. Hier fehlt es vielerorts an Unterstützung bei der Übersetzungsarbeit sowie der Aufarbeitung von Verknüpfungen und Synergien zwischen den Rahmenwerken.

Auf nationaler und europäischer Ebene besteht zwar bereits eine Vielfalt an Initiativen, Instrumenten und Mechanismen, die Städte bei der Anwendung und Umsetzung globaler und europäischer Agenden durch Informationsvermittlung, kapazitätsaufbauende Maßnahmen und teilweise auch Fördermittel unterstützen. Die derzeitige Unterstützungslandschaft erzielt jedoch noch zu wenig Durchschlagkraft auf der Umsetzungsebene. Die Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich jedoch oftmals auf das fehlende Wissen um bestehende Angebote, die Unübersichtlichkeit der Unterstützungslandschaft sowie die Tatsache, dass nicht alle Typen an Kommunen (insbesondere kleinere Kommunen) von diesen Angeboten profitieren können, zurückführen.

Sowohl von nationalen Debatten und Prozessen – zum Beispiel im Kontext des interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) und dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) – als auch von den globalen und europäischen Agenden selber, gehen allerdings wichtige Impulse und konkrete Vorschläge aus, wie Kommunen bei ihrer Transformation zur Nachhaltigkeit künftig gestärkt werden können. Diese eröffnen neue Handlungsbereiche und wichtige Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und die Fortschreibung der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert sowie ihre institutionellen, finanziellen und personellen Kapazitäten gestärkt werden müssen, um sie als Partner im Umsetzungsprozess der Agenden zu befähigen. Kommunale Nachhaltigkeitsbestrebungen und -innovationen erfordern einen klaren politischen Rahmen sowie Förderprogramme, die durch finanzielle Anreizsysteme und eine mittel- bis langfristige Perspektive lokale Transformationsvorhaben mit Agendabezug fördern. Zentral ist zudem ein stärkerer Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen sowie Weiterbildungs- und Beratungsangebote für kommunale Akteure zur Sensibilisierung, Vermittlung und Anwendung der Agenden.

Die Gestaltung und Wirkung lokaler Transformationsprozesse wirft noch viele Fragen auf. Um diese Prozesse besser zu durchdringen und zu unterstützen, braucht es neue Kooperationsformate zwischen Wissenschaft und Praxis, Multiakteurspartnerschaften sowie eine stärkere Verankerung der globalen Agenden und Nachhaltigkeitsziele in der Lehre und in den Verwaltungen von Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Nicht zu vergessen ist, dass viele Kommunen noch am Anfang ihres Transformationspfades stehen. Zukünftig muss daher die Relevanz nachhaltiger Stadtentwicklung noch stärker in die Breite getragen werden, um weitere Kommunen und städtische Akteure zu mobilisieren. Hier muss über neue Informations- und Kommunikationsstrategien sowie geeignete (digitale) Formate zur Einbindung verschiedener Akteure nachgedacht werden. Von der Europäischen Kommission im Rahmen der Städteagenda für die EU lancierte Angebote, wie die Online-Plattform Futurium oder der One-Stop-Shop für Städte als Informations- und Beteiligungsforen können hier als Vorbild dienen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Rahmenbedingungen für die Handlungsfähigkeit von Kommunen optimieren

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Rahmenbedingungen für Kommunen bei der Umsetzung globaler und europäischer Agenden zu optimieren. Ein wichtiges Augenmerk sollte dabei auf der Förderung kapazitätsaufbauender Vorhaben liegen.

- **Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Kommunen**, welche relevante Informationen und Übersetzungshilfen zur lokalen Anwendung globaler und europäischer Agenden bereitstellt, kommunales Erfahrungswissen praxisrelevant aufbereitet sowie Weiterbildungsangebote und Beratungsleistungen für Kommunen zur Gestaltung lokaler Transformationsprozesse bündelt.
- **Förderung eines strukturierten und fortlaufenden Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen Kommunen** durch die Anwendung kreativer Formate, wie kommunale Planungswerkstätten mit visuell-haptischer Begleitung, die finanzielle Förderung von temporären Entsendungen von Verwaltungsangestellten in andere Kommunen oder ein institutionalisiertes und gefördertes kommunales peer-review, welches die kritische Beobachtung und Reflexion lokaler Transformationsansätze durch Vertreter/-innen anderer Kommunen ermöglicht.
- **Ausbau der akteursübergreifenden Zusammenarbeit zu Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung**. In Anlehnung an den Arbeitsmodus der thematischen Partnerschaften im Rahmen der Städteagenda für die EU könnte die Nationale Stadtentwicklungspolitik ein ähnliches Format auf nationaler Ebene pilotieren sowie Anreize für Multiakteurskooperationen in Förderprogrammen schaffen.
- **Bestehende Förderprogramme durch finanzielle Anreizmechanismen und Vergabekriterien mit Agendabezug ergänzen**, die eine kommunale Auseinandersetzung mit globalen und europäischen Agenden zwingend erforderlich machen oder belohnen. So könnten Antragsteller verpflichtet werden, die Einbettung ihres Projektes in internationale Agendaprozesse darzulegen und konkrete Bezüge zu globalen Zielen herzustellen.

Wissenschaft-Praxis Kooperationen und Partnerschaften ausbauen

Um lokale Transformationsprozesse besser zu durchdringen und damit zielgerichteter unterstützen zu können, bedarf es einer stärkeren Verzahnung von Wissenschaft und kommunaler Praxis. Hierfür sind neue Formen der Kooperation und ein verbesserter Wissenstransfer notwendig.

- **Erprobung innovativer Kooperationsformate und Partnerschaften an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis**, wie etwa die Förderung eines „Chief Scientific Adviser“ in Kommunen, welcher lokale Transformationsprozesse mitgestaltet und wissenschaftlich begleitet oder der Ausbau von Reallaboren und Experimentierfeldern mithilfe des Instruments „Gute Praxis“
- **Stärkung des Wissenstransfers zwischen Forschung und Praxis** durch den Ausbau von Programmen (wie z. B. ExWoSt, ReFo), die eine wissenschaftliche Begleitung von lokalen Transformationsprozessen in Kommunen bereits fördern, sowie durch die verbesserte Aufbereitung und Vermittlung des generierten Erfahrungswissens aus lokalen Transformationsprozessen für kommunale Akteure.

Profil und die Anpassungsfähigkeit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik stärken

Um die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Dachmarke für Urbanität zu etablieren, muss ihre Strahlkraft und Integrationsfähigkeit mithilfe neuer Formate und Schnittstellen gestärkt werden. Ebenso muss ihre Anpassungsfähigkeit gegenüber neuen Trends und Herausforderungen durch regelmäßige Evaluationen erhöht werden.

- **Stärkung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Informationsvermittler sowie Beteiligungs- und Umsetzungsinstrument** für integrierte Stadtentwicklung und die Lokalisierung globaler und europäischer Agenden. Insbesondere die Webseite der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte als zentrales Leitmedium ausgebaut werden und Kommunen als Navigationshilfe für nationale Förderprogramme oder Gute-Praxis-Beispiele dienen. Interaktive Elemente (wie z. B. Diskussionsforen, Online-Fragebögen) könnten neue Teilhabemöglichkeiten bereithalten.
- **Etablierung einer Kultur ressortübergreifender Zusammenarbeit zu Fragen städtischer Entwicklung**, um die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Überbau gemeinsamen Handelns zu stärken und einen integrierten Ansatz bei der Auseinandersetzung mit den Agenden zu fördern. Hier sollte insbesondere ein stärkerer interministerieller Dialog im Rahmen des Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik angestrebt werden.
- **Regelmäßige Evaluierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik** unter Einbindung verschiedener, insbesondere kommunaler Akteure. Die Ergebnisse sollten in nationale und internationale Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse einfließen. Durch die regelmäßige Evaluation kann schneller auf aktuelle Trends, Herausforderungen und relevante politische Prozesse reagiert werden.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE FORTSCHREIBUNG DER LEIPZIG-CHARTA UND STÄDTEAGENDA FÜR DIE EU

Für die europäische Ebene lassen sich ebenfalls konkrete Handlungsmöglichkeiten ableiten. Aufgrund der gegenwärtigen dynamischen Neuformulierungsphase der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU muss jedoch – insbesondere bei Unterstützungsmechanismen zur Stärkung der Umsetzungsebene – die politische Anschlussfähigkeit der Empfehlungen geprüft werden.

Mehrwerte der neuen Leipzig-Charta herausstellen

Angesichts einer bestehenden „Agenda-Übersättigung“ muss die Neuauflage der Leipzig-Charta einen deutlichen Mehrwert bieten und bestehende Lücken in der komplexen Agendalandschaft schließen.

- **Entwicklung und breitenwirksame Vermittlung eines überzeugenden positiven Zukunftsnarrativs für europäische Städte von morgen.** Das Narrativ sollte den Zeitgeist heutiger Entwicklungen widerspiegeln und gleichsam auf die notwendigen radikalen Transformationen eingehen. Zudem müssen die zentralen Botschaften über geeignete Kommunikationstools und eine motivierende Sprache vermittelt werden.
- **Etablierung der Leipzig-Charta als Bindeglied verschiedener globaler und europäischer Agenden** durch das Zusammenführen der unterschiedlichen Zielvereinbarungen in den Schlüsselprinzipien: integrierte Stadtentwicklung, Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen für Kommunen, Etablierung von Multiakteurspartnerschaften als Handlungspraxis sowie Stärkung der globalen Verantwortung durch internationale Kooperationen und überregionalen Austausch.

Mit neuen Mechanismen die Umsetzungsebene befähigen

Obwohl es auf EU-Ebene bereits eine Reihe an Unterstützungsangeboten und -mechanismen für die lokale Umsetzung von Agenden gibt, müssen diese stärker aufeinander abgestimmt und zusammengeführt, sowie um weitere kapazitätsaufbauende Maßnahmen für Kommunen und Multiplikatoren ergänzt werden.

- **Aufbau von regionalen Weiterbildungs- und Trainingszentren unter dem Dach von URBACT**, welche Kommunen bei der Gestaltung lokaler Transformationsprozesse unter Bezugnahme globaler und europäischer Agenden unterstützen und einen Überblick über bestehende Unterstützungsangebote geben. Regionale Cluster bedeuten kürzere Wege für die Kommunen und fördern gleichzeitig einen überregionalen kommunalen Erfahrungsaustausch. Die dort gemachten Angebote sollten mit dem One-Stop-Shop der Europäischen Kommission verzahnt werden.
- **Etablierung eines Urban Erasmus-Programms für europäische Kommunen** zur Förderung der Mobilität zu Lernzwecken und der Intensivierung des Austauschs. Das Programm könnte das Entsenden beziehungsweise Empfangen von Verwaltungsangestellten anderer europäischer Städte oder die Teilnahme an organisierten Summer Schools zur Umsetzung globaler Agenden fördern sowie durch die Vermittlung von Kooperationskommunen unterstützen.
- **Stärkung von Städtenetzwerken als Wissensträger für lokale Umsetzungsprozesse** durch eine verbesserte Abstimmung zwischen verschiedenen kommunalen Verbänden und Netzwerken in Europa sowie durch die Stärkung ihrer personellen und finanziellen Kapazitäten. Städtenetzwerke sollten in Weiterbildungen (z. B. Training of Trainers (ToT)) neue Impulse aus Wissenschaft und Praxis erhalten, beispielsweise in Hinblick auf den Einsatz innovativer Methoden oder aufgearbeitete Wissensbestände.

ABSTRACT

In recent years, the international community has adopted a number of pioneering agreements relevant to urban stakeholders, including the New Urban Agenda, the 2030 Agenda for Sustainable Development, the Paris Climate Agreement and the Urban Agenda for the EU.

As of yet, however, there has been little research on the relevance and impact of these agendas at the local level. Likewise, there is a lack of knowledge and experience on how national urban policies, which serve as critical levers for the implementation of the international agendas, can help integrate the numerous target agreements. The update of the Leipzig Charter as well as the Urban Agenda for the EU under the German Council Presidency in 2020 both offer political potential to address these issues and work out areas for action. However, the implications of the agendas and their follow-up processes need to be better understood at the implementation level.

In this context, the 'Global Urban Transformation' project aimed to review practical experiences of municipalities in dealing with the global and European agendas and formulate recommendations to advance the National Urban Development Policy in Germany and update of the Leipzig Charter and the Urban Agenda for the EU. The study focussed on the following questions: What role do the different agendas play in local transformation processes? What challenges do local communities face? And which framework conditions do they need to apply the agendas even more effectively in the future?

METHODOLOGICAL APPROACH

This project combined various research and practical methods to answer these questions. In order to gain a more differentiated understanding of the relevance of global and European agendas and their follow-up processes for municipal planning in German and European cities as well as for the National Urban Development Policy, two background analyses reviewed the current state of discussion and ongoing developments in the national and European context.

Intensive work with German and European municipalities in a total of three planning workshops formed the core of the project. These served to gather information on the practical experience of the municipalities. To acquire a variety of municipal perspectives, the cities were selected so as to maximise diversity in terms of their size, regional distribution, nature of transformation challenges, local development concepts, involvement in European or global processes, and handling of the agendas. The use of interactive, visual-haptic workshop formats enabled a creative, open and practical exchange.

In order to reflect on and supplement the studies along with the results of the planning workshops, interviews and workshop discussions were conducted with selected national and European experts in sustainable urban development from academia and practice.

RESULTS

The majority of German and European municipalities that participated in the project have already initiated processes for the development and implementation of local transformation approaches and sustainability strategies. The reference to global and European agendas, however, varies greatly. For some, they serve as a foundation for strategic policy; others barely reference them at all. For many municipalities, the added value of the agendas is not immediately apparent and presents many difficulties when it comes to application. For example, municipalities find the translation of abstract objectives into a local context to be a major

challenge and often have trouble communicating the added value in municipal administrations and to citizens. In addition, the diverse agenda landscape, with its different goals and requirements, is complex and confusing. In many places, there is a lack of support for this translation work as well as for the processing of links and synergies between the frameworks.

At the national and European level, there are already a variety of initiatives, tools and mechanisms that help municipalities apply and implement global and European agendas with information, capacity building and, in some cases, funding. However, the available support is still not achieving enough impact at the implementation level. The reasons for this are manifold, but they can often be traced back to the lack of knowledge about existing options, the lack of clarity regarding the available support, and the fact that not all types of municipalities (especially smaller municipalities) can benefit from these offers.

However, national debates and processes – for example, in the context of the inter-ministerial working group ‘National and International Perspectives on Sustainable Urban Development’ (IMA Stadt) and the German Advisory Council on Global Change (WBGU) – along with global and European agendas are creating vital momentum and concrete suggestions on how municipalities can be strengthened in the future in their transformation to sustainability. These open up new fields of action and important starting points to improve the National Urban Development Policy and advance the Leipzig Charter and the Urban Agenda for the EU.

Overall, it has become clear that the framework conditions for municipalities must be improved and their institutional, financial and human resources capacities need be strengthened to empower them as partners in the implementation of the agendas. Municipal sustainability efforts and innovations require a clear political framework and support programs that promote local transformation projects with a focus on budgets through financial incentive systems and a medium to long-term perspective. Central to this is the increased exchange of knowledge and experience between municipalities as well as continuing education and consultation services for local stakeholders to create awareness, communicate and implement the agendas.

The design and impact of local transformation processes still raises many questions. Increasing awareness about and providing better support for these processes requires new forms of collaboration between research and the private sector, multi-stakeholder partnerships, and an increased focus on the global agendas and sustainability goals in the teaching and administration of educational and research institutions.

It is important to remember that many municipalities are just starting their process of transition. Moving forward, then, it is necessary to expand the relevance of sustainable urban development in order to mobilize other municipalities and urban stakeholders. New information and communication strategies as well as suitable (digital) formats for the integration of different stakeholders must be taken into account here. European Commission initiatives launched in the context of the Urban Agenda for the EU – e.g. the online Futurium platform or the ‘one-stop-shop’ for cities – can serve as model information and participation platforms.

CONCLUSIONS AND RECOMMENDATIONS

RECOMMENDATIONS FOR THE FURTHER DEVELOPMENT OF THE NATIONAL URBAN DEVELOPMENT POLICY

Optimising the framework conditions that allow municipalities to take action

The National Urban Development Policy should take various steps to optimise the framework conditions for municipalities in the implementation of global and European agendas. This should include support for capacity-building measures, in particular.

- **Establishment of a central point of contact for municipalities** to provide relevant information and translation aids for global and European agendas, prepare practical and relevant municipal experience, and bundle training offers and consulting services for municipalities in shaping local transformation processes.
- **Support for the structured, ongoing exchange of knowledge and experience among municipalities** through the use of creative formats, such as municipal planning workshops with visual-haptic tools, financial support for temporary assignments of administrative employees to other cities, and institutionalized and promoted municipal peer-review – all of which enable critical observation of and reflection on local transformation efforts by municipal representatives.
- **Expansion of multi-actor cooperation on issues of sustainable urban development.** Based on the working method of thematic partnerships under the Urban Agenda for the EU, the National Urban Development Policy could pilot a similar format at the national level and create incentives for multi-actor partnerships via support programs.
- **Complement existing funding programs with financial incentive mechanisms and awarding criteria with agenda reference** that makes a local confrontation with global and European agendas absolutely mandatory or rewarding. For example, applicants could be required to explain the embedding of their project in international agenda processes and make concrete references to global goals.

Expand collaboration and partnerships that combine research and practice

To better penetrate local transformation processes and support them in a more targeted manner, a stronger integration of research and local practice is required. This requires new forms of cooperation and improved knowledge transfer.

- **Testing of innovative cooperation formats and partnerships at the interface of science and practice**, such as the promotion of a ‘Chief Scientific Adviser’ in municipalities, who would help shape and provide scientific support for local transformation processes, or the development of living labs and experimental fields with the aid of the ‘good practice’ instrument.
- **Strengthening knowledge transfer between research and practice** through the expansion of programs (such as ExWoSt, ReFo) that already promote the scientific reflection of local transformation processes in cities, as well as the improved preparation and communication of the generated experience from local transformation processes for local stakeholders.

Strengthen the profile and adaptability of the National Urban Development Policy

In order to establish the National Urban Development Policy as an umbrella brand for urbanity, its potential and integration capacity must be strengthened by means of new formats and interfaces. Similarly, adaptability to new trends and challenges needs to be increased through regular evaluations.

- **Strengthening the National Urban Development Policy as an information broker as well as a participation and implementation tool** for integrated urban development and localization of global and European agendas. In particular, the website of the National Urban Development Policy should be developed as a central resource and serve municipalities as a navigation aid for national funding programs and good practice examples. Interactive elements (e.g. discussion forums, online questionnaires) could provide new opportunities for participation.

- **Establish a culture of intersectoral cooperation on urban development issues** in order to strengthen the National Urban Development Policy as a superstructure of joint action and promote an integrated approach to dealing with the agendas. In particular, seek stronger interministerial dialogue within the framework of the Federal Congress on National Urban Development Policy.
- **Regular evaluation of the National Urban Development Policy** with the involvement of various stakeholders, particularly local ones. The results should inform national and international follow-up and review processes. The regular evaluation can react more quickly to current trends, challenges and relevant political processes.

RECOMMENDATIONS FOR THE ADVANCEMENT OF THE LEIPZIG CHARTER AND URBAN AGENDA FOR THE EU

There are also concrete action options for the European level. However, given the ongoing, dynamic reformulation phase of the Leipzig Charter and the Urban Agenda for the EU, it needs to be seen in how far the recommendations can be taken up politically, in particular as regards support mechanisms to strengthen the level of implementation.

Highlight the added value of the new Leipzig Charter

In the face of existing ‘agenda oversaturation’, the new edition of the Leipzig Charter must offer significant added value and close existing gaps in the complex agenda landscape.

- **Development and widespread communication of a convincing, positive future narrative for the European cities of tomorrow.** The narrative should reflect the zeitgeist of today’s developments and respond to the necessary radical transformations. In addition, key messages need to be communicated through appropriate communication tools and a motivational language.
- **Establishment of the Leipzig Charter as a link between various global and European agendas** by bringing together the different target agreements in the key principles: integrated urban development; creation of improved framework conditions for municipalities; establishment of multi-stakeholder partnerships as a practice; and strengthening global responsibility through international cooperation and interregional exchange.

Enable the implementation level with new mechanisms

Although there are already a number of support options and mechanisms at the EU level for the local implementation of agendas, they need to be more closely coordinated and brought together and complemented by further capacity-building measures for local authorities and multipliers.

- **Establishment of regional training and education centres under the umbrella of URBACT** to support cities in shaping transformation processes by reference to global and European agendas and provide an overview of existing support options. Regional clusters mean shorter routes for the municipalities and promote the transregional exchange of municipal experience. The offers made there should be interlinked with the ‘one-stop-shop’ of the European Commission.
- **Establish an Urban Erasmus program for European cities** to promote learning mobility and increase exchanges. The program could encourage the sending and receiving of administrative staff from other European cities or participation in organized summer schools to implement global agendas, as well provide support for municipal collaboration.

-
- **Strengthening city networks as sources of knowledge for local implementation processes** through improved coordination between different municipal associations and networks in Europe and reinforcing their human and financial capacities. City networks should receive further support from science and practice in continued education (e.g. Training of Trainers, ToT), for example with regard to the use of innovative methods or recent knowledge.

Einleitung



In den vergangenen Jahren hat die Weltgemeinschaft mehrere wegweisende Vereinbarungen mit Relevanz für urbane Akteure verabschiedet. Die New Urban Agenda (NUA) (2016) wurde als globaler Fahrplan für Städte beschlossen und auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2015) sowie das Pariser Klimaabkommen (2015) und deren Folgeprozesse sprechen Städten eine Schlüsselrolle im Umsetzungsprozess zu.

Auf der europäischen Ebene wurde im Jahr 2016 mit dem Pakt von Amsterdam die Städteagenda für die EU auf den Weg gebracht, die innerhalb Europas zur Umsetzung der NUA und dem Sustainable Development Goal (SDG) 11 der Agenda 2030 beitragen soll (Abs. 8). Diese sieht eine stärkere Einbindung von Städten in die Ausgestaltung der Städtepolitik auf EU-Ebene vor. Mit den thematischen Partnerschaften als zentralem Implementierungsmechanismus wurde die Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg geschaffen.

Darüber hinaus besitzen die Prinzipien der im Jahr 2007 verabschiedeten Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt weiterhin ihre Gültigkeit. Im Lichte veränderter Rahmenbedingungen und Herausforderungen sowie neuer politischer Rahmenwerke müssen diese jedoch angepasst und weiterentwickelt werden (Scheurer 2018, Mages und Scholze 2018). Gleiches gilt für die Städteagenda für die EU und deren thematische Partnerschaften, die aktuell im Hinblick auf ihre Wirksamkeit evaluiert werden. Die Fortschreibung der Leipzig-Charta sowie eine intensive Auseinandersetzung mit der zukünftigen Ausgestaltung der Städteagenda für die EU ist für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 geplant und entsprechende Vorbereitungen werden aktuell getroffen.

Auf nationaler Ebene gelten insbesondere nationale Stadtpolitiken (National Urban Policies – NUPs) als Hebel zur Umsetzung der verschiedenen Vereinbarungen auf globaler und europäischer Ebene. Spätestens seit der Habitat-III-Konferenz in Quito, Ecuador, im Oktober 2016 haben diese weltweit an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt durch Initiativen wie dem National Urban Policy Programme (NUPP) von UN-Habitat, der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) und der Cities Alliance. Bislang fehlt es jedoch an einem gemeinsamen Verständnis, welche Kriterien eine nationale Stadtpolitik erfüllen muss sowie an Erfahrungswerten, wie globale und europäische Vereinbarungen von diesen zielgerichtet aufgegriffen werden können (Hohmann 2018).

In Deutschland ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik bereits seit 2007 ein wichtiger Impuls- und Rahmengerber für die Unterstützung deutscher Kommunen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Transformation. Seit ihrem Inkrafttreten wurde die Nationale Stadtentwicklungspolitik immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Dies geschah jedoch zuletzt im Jahr 2012 durch das Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ und damit lange vor der Verabschiedung der neuen Rahmenwerke¹. Wie die Nationale Stadtentwicklungspolitik daher als Hebel zur Umsetzung der verschiedenen Agenden beitragen kann, ist noch offen.

Folglich ist es zwingend erforderlich, die Implikationen dieser Agenden für die Nationale Stadtentwicklungspolitik und die kommunale Planung in Deutschland genauer herauszuarbeiten und zu verstehen. Dies bedeutet einerseits, die bestehenden Handlungsfelder und Instrumente der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit den seit 2015 global gesteckten Zielen sowie aktuellen Herausforderungen abzugleichen und zu identifizieren, ob die untersuchten Agenden und Folgeprozesse neue Impulse beziehungsweise spezielle Anforderungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik stellen, auf die es zu reagieren gilt. Andererseits muss eine Wissensbasis über kommunale Praxiserfahrungen im Umgang mit diesen Abkommen und Agenden geschaffen werden, die bei der Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungs-

¹ Aufgrund der Vielfalt an Agenden, Abkommen und Charters, die im Rahmen des Projektes untersucht wurden, war es schwierig, hierfür eine allumfassende Begrifflichkeit zu finden. Um dennoch eine Einheitlichkeit herzustellen, werden diese mit den Begriffen Agenden oder Rahmenwerke umschrieben.

politik, der Fortschreibung der Leipzig-Charta sowie auch der Städteagenda für die EU aufgegriffen werden können. Es gilt zu verstehen: Welche Rolle spielen die globalen und europäischen Agenden für lokale Transformationsansätze und welche Umsetzungserfahrungen haben Kommunen damit bereits gemacht? Und wie können Kommunen bei der Anwendung der Agenden in Zukunft noch besser unterstützt werden, um deren Wirksamkeit zu erhöhen?

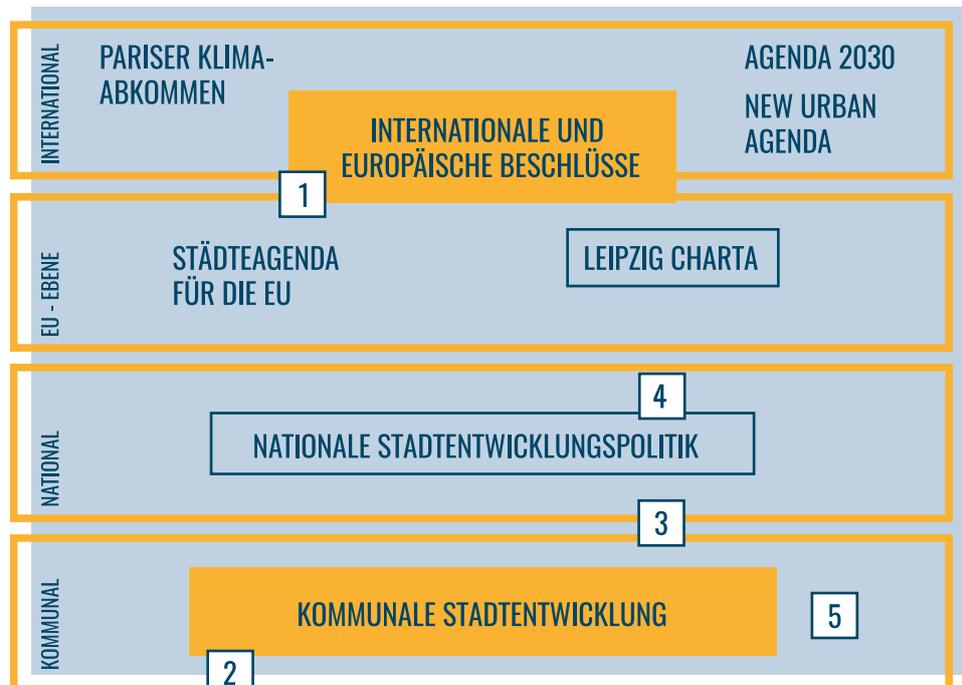
ZIELE DES PROJEKTES

Das Projekt „Globale urbane Transformation“ hat sich daher zum Ziel gesetzt, die praktischen Erfahrungen der Kommunen im Umgang mit globalen und europäischen Agenden aufzuarbeiten und Empfehlungen zu formulieren, die bei der Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie im Fortschreibungsprozess der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft aufgegriffen werden können. Konkret verfolgte das Projekt fünf übergeordnete Ziele:

1. Durchdringung der **Relevanz und Implikationen internationaler und europäischer Agenden und deren Folgeprozesse** für die kommunale Planung und die Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland².
2. Bestandsaufnahme **lokaler Transformationspfade und Erfassen kommunaler Erfahrungen** bei der Anwendung globaler und europäischer Agenden.
3. Identifikation von **Rahmenbedingungen und Unterstützungsmechanismen** im nationalen und europäischen Kontext, die Kommunen helfen können, die Agenden strategisch in ihre Arbeit zu integrieren.
4. **Erarbeitung von Empfehlungen** für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie für die Fortschreibung der Leipzig-Charta unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 und der Städteagenda für die EU.
5. **Förderung des kommunalen Erfahrungsaustausches sowie von kommunalen Umsetzungsbestrebungen** durch die Distribution der Projektergebnisse auf der Umsetzungsebene.

**Abbildung 1:
Übersicht der
Projektziele**

Grafik: Urban Catalyst



² Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, der NUA sowie der Städteagenda für die EU.

Der vorliegende Endbericht dient der Zusammenfassung der Projektergebnisse und ist wie folgt strukturiert: Erstens werden die relevanten politischen Prozesse skizziert, in die das Projekt eingebettet ist. Zweitens wird das methodische Vorgehen in den verschiedenen Arbeitsschritten beschrieben. Drittens schildert der Bericht die zentralen Ergebnisse aus den verschiedenen Projektphasen. Dafür fasst er zunächst die Ergebnisse der Desktop-Analysen auf nationaler und europäischer Ebene zusammen, synthetisiert dann die Resultate der Planungswerkstätten mit Kommunen und beschreibt schließlich die Diskussionen der auswertenden Werkstattgespräche. Viertens werden die Resultate der einzelnen Untersuchungsschritte zusammengeführt und darauf aufbauend Empfehlungen formuliert. Abschließend geht der Bericht auf die Leistungen und Grenzen des Projektes ein und wirft einen Blick auf weiterführende Fragen.

Politische und konzeptionelle Einbettung

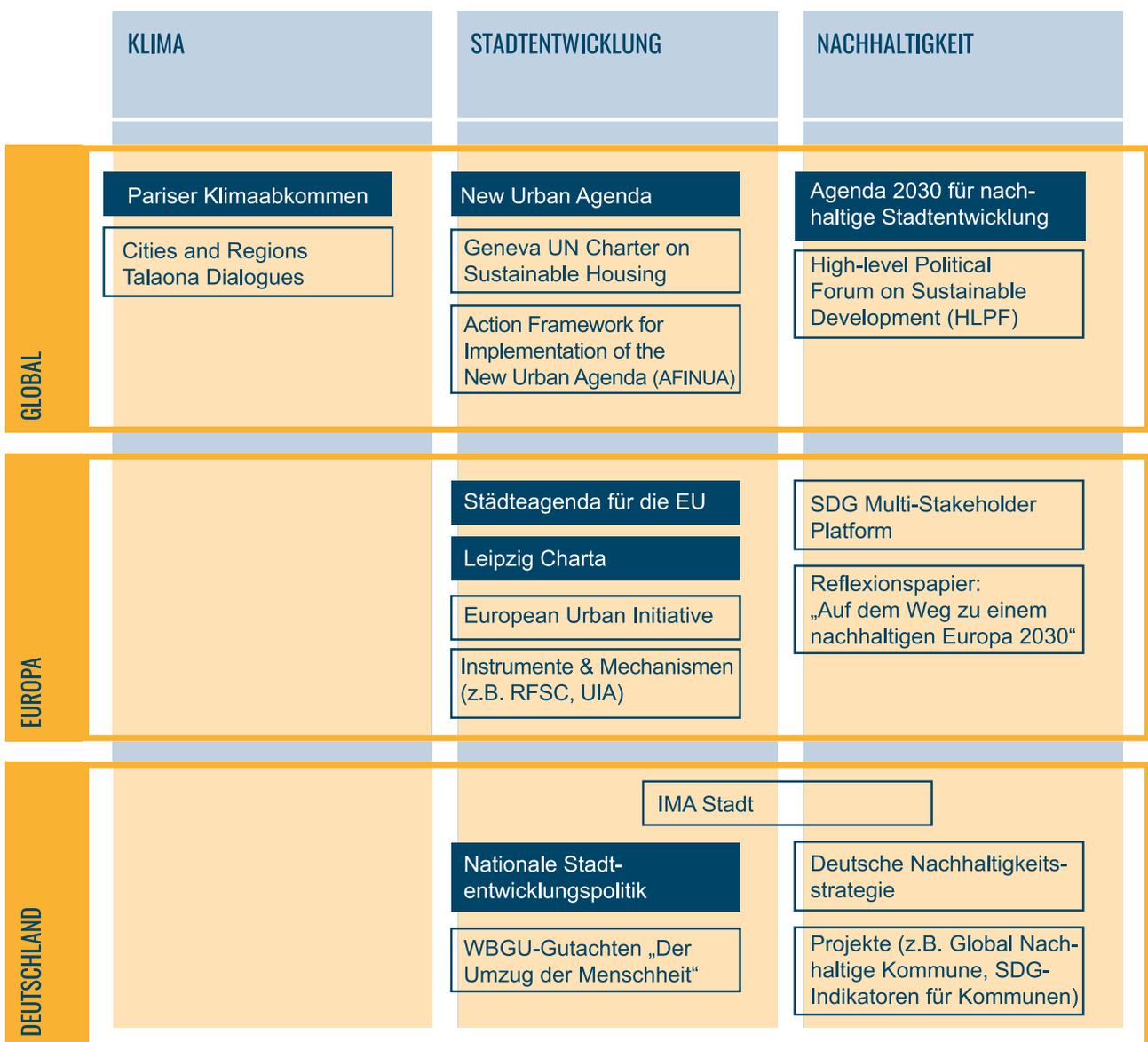


Seit wenigen Jahren werden Städte als zentrale Akteure im Umsetzungsprozess globaler und europäischer Agenden – wie der Agenda 2030, der NUA, dem Pariser Klimaabkommen oder der Städteagenda für die EU – anerkannt. Aus kommunaler Perspektive ist die Navigation durch diese komplexe Agendalandschaft und die damit verbundenen Folgeprozesse nicht immer einfach zu überblicken.

Diese Schwierigkeiten ergeben sich auch für politische Prozesse, wie die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik oder die Fortschreibung der Leipzig-Charta, die die Aufgabe meistern müssen, die verschiedenen Agenden integriert aufzugreifen und für die kommunale Ebene nutzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, einen Überblick zu schaffen, welche Folgeprozesse seit der Verabschiedung der verschiedenen Agenden auf unterschiedlichen Ebenen initiiert wurden, die die lokale Umsetzung fördern. Dies ist auch wichtig, um politische Möglichkeitsräume für das Aufgreifen kommunaler Erfahrungen zu identifizieren. Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über die für das Projekt zentralen Agenden und Prozesse auf globaler, europäischer und nationaler Ebene.

**Abbildung 2:
Übersicht unter-
suchter Agenden,
Prozesse und
Projekte**

Grafik: Urban Catalyst



2.1

Globale Agenda-Prozesse und Entwicklungen

In der 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** werden 17 übergreifende Ziele (Sustainable Development Goals – SDGs) für nachhaltige Entwicklung definiert (Resolution A/RES/70/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen). Diese Ziele sind in 169 Unterziele aufgeteilt. Die kommunale Relevanz der Agenda 2030 ist am explizitesten in SDG 11 reflektiert, da in diesem erstmals nachhaltige und inklusive Städte und Siedlungen als globales Entwicklungsziel anerkannt werden. Doch auch andere Ziele und Unterziele müssen mit und in Kommunen umgesetzt werden. Beispielsweise zeigen Studien von Misselwitz und Villanueva (2015) sowie UCLG (2015), dass die Umsetzung der Mehrheit der Unterziele nur unter Einbeziehung lokaler Akteure gelingen kann. Das High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) fungiert als Plattform zur freiwilligen nationalen Fortschrittsüberprüfung (National Voluntary Review – NVR) sowie – im Vierjahreszyklus – der thematischen Fortschrittsüberprüfung einzelner SDGs. 2018 wurde SDG 11 erstmals überprüft sowie das damit verknüpfte Local & Regional Authorities Forum, welches den Austausch zwischen lokalen, nationalen und globalen Akteuren zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene fördern soll, durchgeführt.

Die **NUA** wurde im Oktober 2016 bei der 3. Konferenz der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat III) verabschiedet, von der UN-Generalversammlung bestätigt und somit von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als globale Richtschnur angenommen (Resolution A/RES/71/256). Als zentrale globale Stadtentwicklungsagenda beschreibt sie die wichtigsten Trends und Herausforderungen im Stadtentwicklungsbereich. Sie bekräftigt das globale Engagement für nachhaltige Stadtentwicklung als zentrales Element nachhaltiger Entwicklung auf allen Ebenen und will einen Beitrag zur Umsetzung der 2030 Agenda leisten. Ihre Bedeutung liegt vor allem auch darin, dass sie Kommunen als Partner für nachhaltige Entwicklung anerkennt und notwendige Rahmenbedingungen beschreibt, um ihre Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Um die Umsetzung der NUA zu konkretisieren, wurde von UN-Habitat der Action Framework for Implementation of the New Urban Agenda (AFINUA) entwickelt.

Das **Pariser Klimaabkommen** wurde 2015 von den Vertragsstaaten der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) verabschiedet und beinhaltet das Ziel, die Erderwärmung auf unter 2°C und möglichst unter 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Das Übereinkommen symbolisiert auch eine Wende in der internationalen Klimapolitik: von einem Top-down-Ansatz zu einem Bottom-up-Prozess. Zunächst ist es den einzelnen Staaten überlassen zu entscheiden, was ihr Beitrag zur Erreichung der gemeinsam gesetzten, verbindlichen Ziele sein wird und wie sie diese umsetzen wollen. Beitrag und Umsetzungsansatz werden in sogenannten Nationally Determined Contributions (NDCs) festgelegt. Unmittelbar erwähnt das Pariser Klimaabkommen Städte kaum. Dennoch haben die Sichtbarkeit und das Engagement von Kommunen bei den internationalen Klimaverhandlungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Und auch in einigen Folgeprozessen werden Städte adressiert und eingebunden. Ein Beispiel sind die von Local Governments for Sustainability (ICLEI) organisierten Cities & Regions Talanoa Dialogues, welche subnationalen Akteuren eine Möglichkeit bieten, Beiträge für den globalen Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozess Talanoa Dialogue zu entwickeln.

Inhaltlich sind die Agenden recht breit aufgestellt und viele der relevanten Themenbereiche nachhaltiger Stadtentwicklung sind hier abgebildet. Die Agenden enthalten jedoch – trotz der Anerkennung von Kommunen als zentrale Partner im Umsetzungsprozess – kaum konkrete Handlungsanleitungen und Anknüpfungspunkte für diese. Die Agenden verlangen daher nach intensiver Übersetzungsarbeit, um für die Kommunen verständlich und anwendbar zu sein. Obwohl sich die Agenden vielfach aufeinander beziehen, werden inhaltliche Verknüpfungen jedoch nicht genauer definiert. Die Synergien und Überschneidungen in den Zielen einzelner Agenden müssen daher klarer herausgearbeitet werden.

2.2

EUROPÄISCHE AGENDA-PROZESSE UND ENTWICKLUNGEN

Auf der EU-Ebene wurde eine Reihe von Prozessen und Debatten angestoßen, die sich mit der lokalen Umsetzung der oben skizzierten globalen Agenden befassen und diese gezielt versuchen zu unterstützen.

Die lokale Implementierung der **Agenda 2030** spielt in verschiedenen EU-Initiativen und Aktivitäten eine Rolle, häufig jedoch vor allem diskursiv und mit wenig konkreten Vorschlägen für Folgeaktivitäten. So bekräftigt das kürzlich von der Europäischen Kommission (2019a) veröffentlichte **Reflexionspapier: „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa 2030“**³ die zentrale Rolle von Städten und Regionen im Umsetzungsprozess der SDGs und des Pariser Klimaabkommens (ebd.: 60) und unterstreicht die Relevanz einer verbesserten Zusammenarbeit auf verschiedenen Governance-Ebenen (ebd.: 33), ohne dies jedoch weiter zu konkretisieren.

Stärker anwendungsorientiert arbeitet hingegen die im Jahr 2017 eingerichtete **SDG Multi-Stakeholder Platform** sowie die Untergruppe „Delivering Sustainable Development Goals at local and regional level“. Die hochrangige SDG Multi-Stakeholder Platform wurde von der EU-Kommission als Austausch- und Beratungsgremium ins Leben gerufen und lieferte bislang vor allem Input für das obengenannte Reflexionspapier (PLATFORMA 2018). Die Untergruppe wurde als Teil der SDG Multi-Stakeholder Platform aufgesetzt, um die Rolle und Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene bei der SDG-Umsetzung noch stärker in den Blick zu nehmen und einen Raum zum Austausch von Wissen und guter Praxis zu bieten. Dabei wurden auch konkrete Empfehlungen formuliert, wie die kommunale und regionale Ebene in diesen Prozessen noch stärker unterstützt werden können (Europäische Kommission 2018a).

In diesem Zusammenhang wird auch die **künftige Kohäsionspolitik**⁴ von 2021 bis 2027 eine Rolle spielen, die die „lokale Verankerung der SDGs durch die direkte Unterstützung nachgeordneter Regierungsebenen stärken [sowie] die Städteagenda der EU und soziale Ziele weiter fördern“ soll (Europäische Kommission 2019a: 132).

Die **Städteagenda für die EU**, welche 2016 mit dem Pakt von Amsterdam beschlossen wurde, verfolgt das Ziel, die Umsetzung der NUA und SDG 11 innerhalb Europas zu fördern (Abs. 8).

3 Das Reflexionspapier soll als Diskussionsgrundlage für die Entwicklung einer übergreifenden Umsetzungsstrategie der SDGs dienen (Europäische Kommission 2019a: 7).

4 Gemäß der Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission für die neue EU-Kohäsionspolitik vom 29. Mai 2018 ist die städtische Dimension mit einer Mindestquotierung von 6% im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verankert worden.

Die **thematischen Partnerschaften**⁵ bilden den zentralen Implementierungs-mechanismus der Agenda und sollen eine verstärkte partnerschaftliche Zusammenarbeit über alle Ebenen und Akteursgruppen hinweg (Mehrebenen- und Multiakteursansatz) sicherstellen. Mithilfe sogenannter Aktionspläne werden Vorschläge für die Europäische Städtepolitik – z. B. im Hinblick auf die Entwicklung oder Anpassung von Gesetzen, Initiativen oder Instrumenten – erarbeitet. Die Diskussionen um die Fortschreibung der Städteagenda für die EU und damit die Zukunft der thematischen Partnerschaften gestalten sich aktuell sehr dynamisch.

Die Europäische Kommission (2019b) schlägt in diesem Zusammenhang ein neues europäisches Dachkonstrukt für städtische Angelegenheiten vor: die **European Urban Initiative (EUI)** (ART. 10, EFRE-VO). Die EUI soll aus Effizienzgründen die verschiedenen städtischen Initiativen und Förderprogramme wie Urban Innovative Actions (UIA), die Städteagenda für die EU oder das Urban Development Network (UDN) besser miteinander koordinieren. Ziel ist die Stärkung eines integrierten und partizipativen Ansatzes für nachhaltige Stadtentwicklung und eine intensivere Einbindung und Unterstützung von Kommunen. Vorgesehen ist außerdem, dass die EUI die thematischen Prioritäten der Städteagenda für die EU aufgreift und sich an dem Pakt von Amsterdam orientiert (ebd.: 1).

Mit Blick auf andere EU-Programme und -Rahmenwerke wird aktuell zudem eine Verankerung der Städteagenda für die EU in dem **mehrwährigen Finanzrahmen post-2020** diskutiert, um Städte zukünftig stärker operativ in die Koordinierung der europäischen Städtepolitik einzubeziehen (Scheurer 2018: 6).

Neben der Städteagenda für die EU erfüllt auch die 2007 verabschiedete **Leipzig-Charta** weiterhin eine wichtige Funktion für nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung in Europa. Die Prinzipien der Charta besitzen bis heute ihre Gültigkeit, sollen jedoch im Lichte veränderter Rahmenbedingungen und Herausforderungen sowie neuer politischer Regelwerke angepasst und weiterentwickelt werden (Scheurer 2018, Mages und Scholze 2018). Die Verabschiedung der weiterentwickelten Leipzig-Charta soll unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 erfolgen. Insbesondere das Projekt „Möglichkeiten und Strategien der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“ unterstützt die Arbeiten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) an der Vorbereitung der Ratspräsidentschaft. In nationalen und europäischen Dialogsitzungen sollen die Themen, Prinzipien und Mechanismen für eine integrierte Stadtentwicklung in Europa identifiziert werden, die es im Rahmen der Leipzig-Charta aufzugreifen gilt (Mages und Scholze 2018).

Es zeigt sich, dass die Intensität und Dynamik der verschiedenen Folgeprozesse auf EU-Ebene zur Umsetzung der Agenden stark variieren. Während die Umsetzung der SDGs nur schleppend voranschreitet, gestalten sich die Diskussionen zur Fortschreibung der Städteagenda für die EU und die Weiterentwicklung der Leipzig-Charta dynamischer. Dabei ist eine Verzahnung der verschiedenen Agenden und Prozesse – ähnlich wie auf globaler Ebene – bislang nur in Ansätzen erkennbar. Die verschiedenen Initiativen und Debatten eröffnen jedoch politische Möglichkeitsräume, um konkrete Vorschläge und Ideen zur Förderung der lokalen Umsetzungsebene einzuspeisen.

5 Es gibt derzeit 14 Partnerschaften: Arbeit und Bildung in der lokalen Wirtschaft, Digitale Transformation, Innovative Beschaffung, Städtische Mobilität, Integration von Migranten und Flüchtlingen, Städtische Armut, Wohnen, Nachhaltige Flächennutzung, Kreislaufwirtschaft, Klimaanpassung, Energiewende, Luftreinhaltung, Kulturelles Erbe und Sicherheit im öffentlichen Raum.

2.3

NATIONALE PROZESSE UND ENTWICKLUNGEN

Deutschland hat auf die Verabschiedung der globalen und europäischen Agenden mit einer Reihe von Maßnahmen und Initiativen reagiert. So gilt die im Jahr 2018 aktualisierte **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)**, die sich in ihrer Struktur an den 17 SDGs orientiert, als wesentlicher Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs. Obwohl die Überarbeitung der DNS unter Beteiligung von Kommunen stattfand, hätten sich viele Kommunen jedoch eine frühere und deutlich stärkere Einbindung gewünscht.

Unmittelbar nach Verabschiedung der Agenda 2030 wurde zudem der **interministerielle Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“** (IMA Stadt) auf Basis des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung eingerichtet. Gegründet wurde der IMA Stadt „zur Förderung der Umsetzung der SDGs und der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf kommunaler Ebene sowie zur Koordinierung der Ressortaktivitäten auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung“ (Deutscher Bundestag 2016: 29). Im Rahmen des IMA Stadt wird eine Kommunikations- und Aktivierungsstrategie erarbeitet, um die Agenda 2030 und die SDGs bekannter zu machen.

Wichtige Impulse für die Umsetzung globaler Agenden gehen vom **Hauptgutachten „Der Umzug der Menschheit: die transformative Kraft der Städte“** aus, welches vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Jahr 2016 veröffentlicht wurde. Mit klaren Zielvorschlägen und innovativen Maßnahmenempfehlungen bietet es ein fokussiertes Transformationskonzept, welches wichtige Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Lichte der Agenden bereithält.

Zudem wurden in Deutschland einige **Projekte** initiiert, die Kommunen konkret bei der Umsetzung der Agenden und der Transformation zur Nachhaltigkeit unterstützen. Einen wichtigen Beitrag leistet z. B. das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“, eine Initiative, die im dem Kontext des IMA Stadt entstanden ist, und in enger Zusammenarbeit mit Kommunen ein allgemeingültiges Nachhaltigkeitsmonitoring auf lokaler Ebene entwickelt⁶. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) umgesetzte Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ begleitet Kommunen zudem bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Nachhaltigkeitsstrategien und stärkt ihr entwicklungspolitisches Engagement.

Einige deutsche Kommunen sowie das BMI engagieren sich seit der Verabschiedung der Städteagenda für die EU zudem in verschiedenen thematischen Partnerschaften (z. B. zu Digitalisierung und Städtischer Mobilität). Für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bietet die Vielfalt an bestehenden Initiativen und Programmen wichtige Impulse und Anknüpfungspunkte. Diese sollten jedoch stärker mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Dachmarke für Urbanität verzahnt werden (BBSR 2017a: 22). Hierbei gilt es auch zukünftige Aktivitäten im Blick zu haben, wie z. B. Vorhaben im Rahmen der BMZ-Sektorstrategie „Nachhaltige Stadtentwicklung“, welche darauf abzielt, die Relevanz nachhaltiger Stadtentwicklung stärker in der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern (IMA Stadt 2017: 22, Deutscher Bundestag 2017: 17).

⁶ Das Vorhaben ist ein gemeinsames Projekt von sieben Partnern: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik und Engagement Global mit der SKEW.

Methodisches Vorgehen

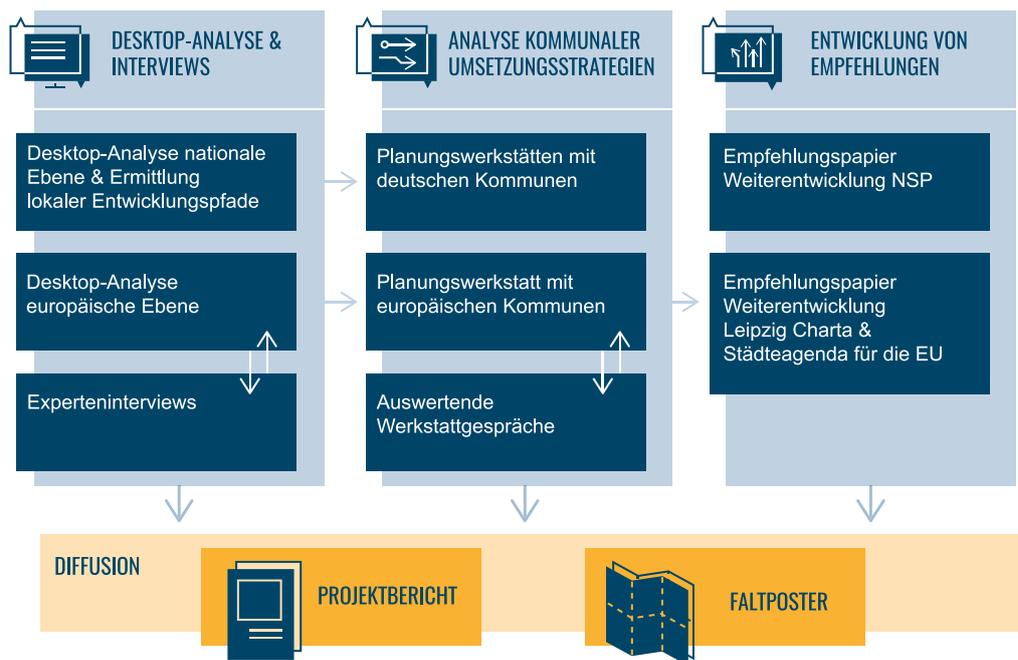


Trotz der Vielfalt an Initiativen im deutschen und europäischen Kontext, die die lokale Umsetzung globaler und europäischer Agenden (allen voran die Agenda 2030, das Pariser Klimaabkommen, die NUA und die Städteagenda für die EU) thematisieren oder explizit fördern, mangelt es bislang an einem tieferen Verständnis für die praktischen Erfahrungen von Kommunen im Umgang mit der komplexen Agendalandschaft und den bislang gemachten Angeboten. Solch ein Verständnis ist jedoch dringend erforderlich, um fundierte Empfehlungen zu formulieren, wie die kommunale Perspektive auf nationaler und europäischer Ebene politisch sinnvoll aufgegriffen und integriert werden kann. Um die praktischen Erfahrungen der Kommunen zu erheben und zu kontextualisieren, näherte sich das Projekt dieser Problemstellung in vier aufeinander aufbauenden Projektphasen.

In den verschiedenen Projektphasen wurden jeweils unterschiedliche Forschungs- und Praxismethoden miteinander kombiniert, um die Relevanz und Implikationen globaler und europäischer Beschlüsse für die kommunale Planung in Deutschland und Europa zu erschließen und die gesammelten Erfahrungen der Kommunen vielseitig zu beleuchten. Insbesondere die Kombination von visuell-haptischen Arbeitsmethoden mit der aktorsübergreifenden Zusammenarbeit in den Planungswerkstätten sowie die Rückkopplung der Ergebnisse mit der Fachöffentlichkeit erlaubten einen tiefen Einblick, welche Rolle die Agenden in den Kommunen bereits spielen, welche Umsetzungserfahrungen gesammelt wurden und wo Herausforderungen bestehen. Dieses Kapitel erläutert die im Laufe des Projektes angewandten Methoden.

Abbildung 3:
Überblick
einzelner
Analyse- und
Handlungs-
schritte und
deren Verhältnis

Grafik: Urban Catalyst



3.1

PROJEKTBAUSTEIN 1:

DESKTOP-ANALYSE UND INTERVIEWS

Um die Relevanz und Auswirkungen internationaler und europäischer Beschlüsse und deren Folgeprozesse für die kommunale Planung in deutschen und europäischen Städten sowie für die Nationale Stadtentwicklungspolitik differenzierter zu verstehen, wurden zunächst zwei Hintergrundanalysen zur Aufarbeitung des aktuellen Diskussionsstandes und gegenwärtiger Entwicklungen im nationalen und im europäischen Kontext durchgeführt.

Desktop-Analyse: Nationale Ebene

Um die Bedeutung und Wirkung der verschiedenen Agenden für die Stadtentwicklung in Deutschland zu ermitteln, wurde zunächst aufbauend auf den Ergebnissen der im Jahr 2017 durchgeführten Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine systematische Analyse durchgeführt. Ausgangspunkt waren dabei die in der Evaluation ermittelten Handlungsbereiche (→ Tabelle 1 in Kap. 4.1) für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Mit dieser analytischen Brille wurde untersucht, ob die verschiedenen Rahmenwerke neue Impulse oder Anknüpfungspunkte für die identifizierten Handlungsbereiche bieten und welche Empfehlungen sich daraus ableiten lassen. Wurden beispielsweise in der NUA oder im Habitat-III-Diskurs konkrete Vorschläge unterbreitet, wie eine bessere Verzahnung zwischen Stadtforschung und Praxis gelingen kann? Darüber hinaus wurde ermittelt, ob die Vereinbarungen und Prozesse spezielle Anforderungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik und das deutsche Städte-system stellen, die bislang noch nicht in den identifizierten Handlungsbereichen abgebildet sind, auf die jedoch reagiert werden muss. Außerdem wurden nationale Debatten, Programme und Maßnahmen in den Blick genommen, die zur Unterstützung der lokalen Umsetzung der Agenden bislang initiiert wurden (→ Kap. 2 für eine Gesamtschau der analysierten Agenden, Prozesse und Projekte).

Ermittlung lokaler Entwicklungspfade

Ergänzend zu der Desktop-Analyse wurden lokale Entwicklungspfade von zehn ausgewählten deutschen Kommunen unter die Lupe genommen: Berlin, Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Jena, Arnshausen und Finsterwalde. Dieser Schritt diente dazu, einen ersten Eindruck der Relevanz der Agenden für die kommunale Ebene zu gewinnen. Für die Auswahl der Kommunen wurde unter Berücksichtigung der Stadt- und Gemeindetypologie eine Kriterienmatrix entwickelt, die folgende Aspekte in den Blick nahm:

- Geografische Verteilung,
- Größe der Stadt,
- Art und Besonderheit der Transformationsherausforderungen,
- Stand des lokalen Entwicklungskonzepts bzw. der Nachhaltigkeitsstrategie,
- Engagement in europäischen oder globalen Agenda-Prozessen, und
- bisherige Berührungspunkte mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Bei der Auswahl der Kommunen wurde eine möglichst große Vielfalt in Bezug auf Größe, Lage, Transformationsherausforderungen und Umgang mit globalen und europäischen Agenden angestrebt. Voraussetzung war jedoch ein ausgewiesenes Engagement für nachhaltige

Stadtentwicklung. Die Erfahrungen der zehn Kommunen wurden auf Grundlage einer Desktop-Recherche sowie mittels Fragebögen und ca. 30-minütiger leitfadengestützter Telefoninterviews mit Vertreter/-innen der Verwaltung erhoben und in Steckbriefen dargestellt.

Desktop-Analyse: Europäische Ebene

Um die deutschen Erfahrungen und Entwicklungen um eine europäische Perspektive zu ergänzen und Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU zu identifizieren, wurde eine umfassende Desktop-Recherche zu aktuellen Prozessen und Debatten auf EU-Ebene durchgeführt, die sich mit der Lokalisierung der verschiedenen Agenden beschäftigen. Darüber hinaus wurde eine Bestandsaufnahme existierender Unterstützungsinstrumente und -mechanismen zur Förderung der lokalen Umsetzung globaler und europäischer Agenden durchgeführt und die damit verbundenen Erfahrungswerte aufgearbeitet. Ebenfalls in den Blick genommen wurden innovative Ansätze von ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten im Umgang mit globalen und europäischen Agenden. Spanien und Polen erwiesen sich hier als aufschlussreiche Länderbeispiele, da sie interessante Initiativen in den für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik relevanten Handlungsbereichen (z. B. Internationalisierung, partnerschaftliche Zusammenarbeit) initiiert haben.

Außerdem wurden die Erfahrungen von fünf ausgewählten europäischen Vorreiterkommunen vertiefend untersucht, die auch an der europäischen Planungswerkstatt teilnahmen. Für die Auswahl der Kommunen wurden verschiedene Kriterien herangezogen, u. a. regionale Verteilung, Größe oder das Bestehen fortschrittlicher Transformationsansätze. Die verschiedenen Analyseschritte dienten dazu, das Erfahrungswissen der Kommunen qualitativ zu durchdringen, ihren Unterstützungsbedarf zu ermitteln sowie mögliche Handlungsfelder für die politischen Prozesse aufzuspüren.

Experteninterviews

Die Ergebnisse der Recherchen wurden in ca. 45-minütigen Telefoninterviews mit ausgewählten Expert/-innen für nachhaltige Stadtentwicklung aus Wissenschaft und Praxis reflektiert, ergänzt und konkretisiert. Für die Auswahl der Gesprächspartner/-innen war entscheidend, dass diese Expertise in mindestens einem der oben genannten Handlungsfelder aufweisen. Alle Interviews wurden aufgenommen, sinngemäß zusammengefasst und in Anlehnung an die zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2003) ausgewertet.

3.2

PROJEKTBAUSTEIN 2:

ANALYSE KOMMUNALER UMSETZUNGS- STRATEGIEN UND IDENTIFIKATION VON UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

Das Herzstück des Projektes bildete die intensive Arbeit mit deutschen und europäischen Kommunen in insgesamt drei Planungswerkstätten. Diese dienten dazu, ein umfassendes Verständnis für die praktischen Erfahrungen der Kommunen in der Anwendung von globalen und europäischen Agenden zu entwickeln, insbesondere in Hinblick auf Mehrwert und Relevanz, Prozessgestaltung und Einbindung von verschiedenen Akteuren sowie Herausforderungen und Konflikte. Darüber hinaus wurden bestehende Angebote und Initiativen, welche die Lokalisierung der Agenden fördern, kritisch reflektiert sowie Rahmenbedingungen und Unterstützungsbedarfe identifiziert und erste Ideen hierfür formuliert. Dabei kamen mehrere praktische Erhebungsmethoden und Austauschformate zur Anwendung.

Ergänzt wurden die Planungswerkstätten um fünf auswertende Werkstattgespräche, die zur Reflexion der Ergebnisse aus unterschiedlichen Perspektiven dienten.

Planungswerkstätten mit deutschen und europäischen Kommunen

Es wurden zwei deutsche Planungswerkstätten in Berlin und Frankfurt am Main sowie eine europäische Planungswerkstatt in Berlin durchgeführt. Teilgenommen haben sieben deutsche Kommunen (Arnsberg, Finsterwalde, Hamburg, Jena, Leipzig, Mannheim und Stuttgart) und fünf europäische Kommunen (Utrecht, Madrid, Athen, Wroclaw und La Rochelle). Die Auswahl der teilnehmenden Kommunen ergab sich insbesondere aus den vorangegangenen Recherchen (→ Projektbaustein 1). Essenziell war eine gelungene Mischung aus Schlüsselpersonen verschiedener für die Umsetzung der Agenden relevanter Dezernate (Stadtentwicklung und/oder Umwelt) sowie Vertreter/-innen aus der Zivilgesellschaft. Um die Diskussion möglichst praxisnah zu gestalten, wurde die Relevanz globaler und europäischer Agenden anhand des jeweils zentralen lokalen Transformationsansatzes jeder Kommune besprochen (z. B. Leitbild Mannheim 2030, Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Leipzig). Jenseits klassischer Moderationsformate kamen in den Planungswerkstätten interaktive, visuell-haptische Methoden zum Einsatz.

Für die Kontextualisierung lokaler Transformationsansätze in globale und europäische Prozesse wurden beispielsweise **haptische Arbeitsmodelle („Spielbretter“)** mit vorgefertigten Bausteinen und 3D-Elementen verwendet. So konnten Zeitpfade lokaler Strategien und deren Einordnung in Agendaprozesse prozesshaft skizziert und die Interaktion diverser Akteure spielerisch erarbeitet werden. An moderierten Tischen zu verschiedenen Themen wurde mit **vorgedruckten Postern und Templates** gearbeitet, die dazu dienten, Arbeitsprozesse zu vereinfachen und Ergebnisse festzuhalten. Aufbauend auf einer Analyse von bestehendem Unterstützungsbedarf der Kommunen, wurden in Kleingruppen erste **prototypische Ideen** für konkrete Unterstützungsangebote entwickelt. Die Prototyping-Methode ermöglichte es, in kürzester Zeit kreativ zu werden und frei von Machbarkeitsprüfungen eine Vielzahl an weiterführenden Ideen zu produzieren. Insgesamt waren die Arbeitsmethoden so konzipiert, dass Einzel- und Gruppenergebnisse während der Workshoptage zu **„wachsenden Ausstellungen“** im Workshopraum zusammengebracht

wurden. So blieben die Ergebnisse sichtbar und für die Diskussionen stets referenzierbar, konnten in unterschiedlichen Werkstätten erneut genutzt werden und schufen eine inspirierende und kreative Atmosphäre, die die Qualität der offenen Diskussionen mit beeinflusste.

Die Konzeption der Planungswerkstätten zeichnete sich zudem durch einen offenen Prozess aus, in dem Arbeitsmethoden begleitend entwickelt und angepasst wurden. So kristallisierten sich in der ersten Planungswerkstatt vier mögliche Anwendungsfelder der Agenden heraus:

- **Kenntnisnahme:** Agenden werden zur Kenntnis genommen, im lokalen Transformationsansatz wird jedoch kein expliziter Bezug hergestellt.
- **Spiegel:** Agenden werden als Instrument zur Selbstreflexion oder als Diagnosewerkzeug für die eigene Arbeit genutzt.
- **Kompass:** Agenden fungieren als wegweisendes Wertegerüst, um langfristig Ziele zu definieren, zu korrigieren und zu reflektieren.
- **Rahmen:** Lokale Transformationsansätze übernehmen den normativen und inhaltlichen Rahmen der Agenden und nutzen diese als zentralen Ausgangspunkt.

Diese Anwendungsfelder wurden nicht nur in den weiteren Planungswerkstätten methodisch aufgegriffen, sondern auch im weiteren Projektverlauf zur Systematisierung von Analyseergebnissen herangezogen (→ Kap. 4.2 und 4.3).

Komplettiert wurde die interaktive Workshoparbeit durch konzentrierte Inputs seitens des Projektteams, beispielweise zu bestehenden Unterstützungsangeboten für Kommunen auf nationaler und europäischer Ebene. Hierdurch konnten den Kommunen sowohl konkrete Inhalte mitgegeben als auch eine gute Grundlage für folgende Arbeitsphasen geschaffen werden. Durch dieses Vorgehen wurde die theoretische Arbeit einzelner Projektkomponenten mit dem konzeptionellen Aufbau der Planungswerkstätten optimal verschränkt. Die Arbeitsergebnisse aller drei Planungswerkstätten wurden in einer umfassenden Dokumentation synthetisiert und allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. Wesentlich war auch hier eine visuelle Aufbereitung der Ergebnisse, inklusive Synthesediagrammen und Infografiken, als Grundlage für die Kommunikation und Wissensvermittlung der am Prozess beteiligten Kommunen.

Insgesamt wurden die angewandten Methoden von den Teilnehmenden als innovativ und die Diskussion strukturierend und bereichernd bewertet. Bei der Präsentation der Projektergebnisse bei diversen Anlässen hat sich ein großes Interesse an den genutzten visuell-haptischen Workshopformaten von kommunalen Akteuren und Expert/-innen gezeigt. Vielfach wurden Einzelaspekte nachgefragt und es bestand Interesse, die Methoden in andere Kontexte zu transferieren.

Auswertende Werkstattgespräche

Zur kritischen Reflexion und Kontextualisierung der Ergebnisse der Planungswerkstätten wurden fünf etwa 2-4 stündige auswertende Werkstattgespräche mit jeweils 8-10 Teilnehmenden durchgeführt. Die Gespräche fanden in Berlin, Brüssel und Dortmund statt und waren teils an bestehende Veranstaltungen und Prozesse angedockt. Um sowohl eine vertiefte Auseinandersetzung als auch eine Betrachtung der Ergebnisse aus unterschiedlichen und für die Stadtentwicklung relevanten Blickwinkeln sicherzustellen, richtete sich jedes Werkstattgespräch an eine andere Akteursgruppe, darunter:

- Vertreter/-innen relevanter Projekte zur Umsetzung globaler/europäischer Abkommen auf lokaler Ebene und zur Weiterentwicklung der Leipzig-Charta,
- Expert/-innen für europäische Entwicklungen und Agendaprozesse,
- Expert/-innen aus Wissenschaft und kommunaler Praxis,
- Vertreter/-innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aus einer Stadt,
- Umsetzungsakteure aus nachhaltiger Planungs- und Baupraxis.

Die Werkstattgespräche fanden zwischen Dezember 2018 und April 2019 statt und damit nach den beiden Planungswerkstätten mit deutschen Kommunen.

3.3

PROJEKTBAUSTEIN 3: ERARBEITUNG VON EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK UND FORTSCHREIBUNG DER LEIPZIG-CHARTA SOWIE DER STÄDTEAGENDA FÜR DIE EU

Aufbauend auf einer Synthese der ersten beiden Projektbausteine wurden Vorschläge formuliert, wie die Ergebnisse des Projektes und insbesondere die Erfahrungen und der Unterstützungsbedarf der Kommunen auf der nationalen und europäischen Ebene politisch aufgegriffen werden können. Konkret wurden Empfehlungen erarbeitet, wie die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gestaltet werden muss, um einen Beitrag zur Umsetzung der globalen und europäischen Agenden zu leisten und Kommunen zielgerichtet bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Außerdem wurden Vorschläge für die Fortschreibung der Leipzig-Charta und der Städteagenda für die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 unterbreitet. Diese finden sich in Kapitel 5.

3.4

PROJEKTBAUSTEIN 4: FÖRDERUNG DES KOMMUNALEN ERFAHRUNGSUSTAUSCHES UND DISTRIBUTION DER ERGEBNISSE

Um den kommunalen Erfahrungsaustausch zu befördern und die Kommunen zur Auseinandersetzung mit den globalen und europäischen Agenden zu ermutigen, wurde im letzten Schritt ein **Faltposter** erstellt. Dieses richtet sich an Vertreter/-innen deutscher Kommunalverwaltungen und bietet neben einfachen Handlungsanleitungen zur Anwendung globaler und europäischer Agenden in lokalen Transformationsansätzen auch einen Überblick über bestehende Unterstützungsangebote und -instrumente in Deutschland und der EU.

Die Distribution der Projektergebnisse erfolgt über den Versand der Faltposter an die am Projekt beteiligten Akteure, über Multiplikatoren sowie den Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik. Darüber hinaus werden die Ergebnisse mithilfe öffentlicher Vorträge wie beispielsweise beim World Urban Forum in Kuala Lumpur, durch den Endbericht oder den BBSR-Internetauftritt verbreitet.

Ergebnisse



Die folgenden Kapitel (4.1 bis 4.5) fassen die Ergebnisse, die sich aus den Analysen nationaler, europäischer und globaler Agenden und deren Folgeprozesse sowie der intensiven Arbeit mit deutschen und europäischen Kommunen ergeben haben, zusammen.

4.1

DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK IM KONTEXT GLOBALER, EUROPÄISCHER UND NATIONALER BESCHLÜSSE UND PROZESSE

Um die Bedeutung der verschiedenen Agenden und Folgeprozesse für die Stadtentwicklung in Deutschland zu verstehen, wurde zu Beginn des Projektes eine systematische Analyse durchgeführt, die an die Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik anknüpft. Um die Ergebnisse einzuordnen, werden zunächst die Grundzüge der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Kürze dargestellt und zentrale Ergebnisse der Evaluation skizziert.

DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Im Jahr 2007 wurde die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufen, um die Ziele und Inhalte der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt in die politische Praxis zu übersetzen. Unter der Prämisse „Vorausdenken, Impulse geben und Handlungen anstoßen“ (Expertenbeirat Nationale Stadtentwicklungspolitik 2017: 2) verfolgt die Nationale Stadtentwicklungspolitik zum einen das Ziel, einen Innovations- und Experimentierraum zur Lösung städtischer Herausforderungen zu bieten. Zum anderen möchte sie einen Dialog mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft befördern (BBSR 2017a: 13). Die Nationale Stadtentwicklungspolitik richtete ihre Aktivitäten zunächst an den sechs Handlungsfeldern Zivilgesellschaft, Soziale Stadt, Innovative Stadt, Klimaschutz und globale Verantwortung, Baukultur sowie Regionalisierung aus. Diese wurden 2012 durch das Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ um vier Schlüsselaufgaben ergänzt: den ökologischen Umbau von Gebäuden und Quartieren, die Erneuerung stadttechnischer Infrastrukturen, die Entwicklung innovativer, emissionsarmer Mobilität sowie die soziale und kulturelle Integration (BBSR 2017a: 15). Zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele greift die Nationale Stadtentwicklungspolitik auf drei Instrumente zurück: die Förderung „Gute Praxis“, die Projektreihe für Stadt und Urbanität sowie die Bereitstellung einer Plattform zum Austausch über städtische Angelegenheiten.

Obgleich die Nationale Stadtentwicklungspolitik vor allem neue Impulse für die Stadtentwicklung in Deutschland setzen möchte, fördert sie auch den internationalen Austausch. Beispielsweise existieren Kooperationsvereinbarungen mit dem U.S. Department of Housing and Urban Development sowie dem Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs of the Republic of South Africa. Darüber hinaus bestehen Urbanisierungspartnerschaften mit China, Indien und Brasilien.

Angesichts ihres 10-jährigen Bestehens sowie veränderter Rahmenbedingungen – wie der Entwicklung des Wohnungsmarktes oder der Zunahme an Extremwetterereignissen – wurde die Nationale Stadtentwicklungspolitik 2017 einer Bestandsaufnahme unterzogen, in der auf zukünftige Handlungsreiche hingewiesen wurde (BBSR 2017a). Diese bilden den Analyserahmen für Kapitel 4.1.

Identifizierte Handlungsbereiche der Evaluation	Empfehlungen für die Weiterentwicklung	Fragen für die Analyse
Inhaltliche Themensetzung	Neue Themenfelder: Digitalisierung, Soziale Segregation, Demographische Entwicklung, Klimaschutz- und Anpassung	Welche Themen und Herausforderungen greifen die globalen und europäischen Beschlüsse auf, die neue Impulse für die Stadtentwicklung liefern? Werden neue Ansätze und Strategien für die Adressierung dieser Herausforderungen benannt?
Rahmenbedingungen für Städte	Kommunalen Erfahrungsaustausch und Zugang zu Informationen und Beratungsleistungen stärken	Welche Rahmenbedingungen sollten Bund und Länder bereitstellen, um Städte zu befähigen einen Beitrag zur Umsetzung der internationalen und europäischen Beschlüsse zu leisten?
Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis	Zusammenarbeit zwischen Stadtforschung an den Hochschulen und kommunaler Praxis intensivieren	Gibt es konkrete Vorschläge oder Diskussionen dazu, wie die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis gestärkt werden können?
Außendarstellung	Das Thema Stadt als zentrales Politikfeld etablieren und stärker in die Breite tragen	Gibt es Ideen, wie das Thema Stadtentwicklung und die globalen Vereinbarungen öffentlichkeitswirksam vermittelt werden können?
Internationalisierung	Internationale Dimension der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausbauen	Gibt es neue Impulse/ Anforderungen für internationale, partnerschaftliche Lern- und Austauschformate? Wie können Mehrwerte der Agenden an Kommunen vermittelt werden?

WIRKUNG UND RELEVANZ GLOBALER, EUROPÄISCHER UND NATIONALER AGENDEN UND PROZESSE FÜR DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK UND KOMMUNALE PLANUNG

Inhaltliche Themensetzung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik macht deutlich: Um relevant zu bleiben, muss sich die Nationale Stadtentwicklungspolitik aktuellen Herausforderungen stellen und thematische Schwerpunkte setzen. Die Analyse internationaler und europäischer Agenden sowie nationaler Debatten und Entwicklungen bekräftigte noch einmal, dass alle Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weiterhin aktuell und zum Teil dringender denn je sind. Dazu zählt das Handlungsfeld Klimaschutz und globale Verantwortung, dessen Relevanz durch das Pariser Klimaabkommen und die Anerkennung von Städten als zentrale Handlungsräume und -akteure für den Klimaschutz steigt. Auch die Handlungsfelder Zivilgesellschaft und Soziale Stadt sind in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Integration und soziale Ungleichheit zu stärken.

Es wurde jedoch auch deutlich, dass einige Themenfelder einer stärkeren Berücksichtigung benötigen. Vor allem die Diskussionen im nationalen Kontext zeigen, dass das Thema Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ganz oben auf die politische Agenda gehört. Zudem macht die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie klar, dass es drastischerer Schritte und klarer Be-

Oben

Tabelle 1: Ergebnisse der Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und Relevanz für die Analyse

kennnisse zur Mobilitätswende in Deutschland bedarf.⁷ Gerade in den beiden Themenbereichen Mobilität und Digitalisierung könnten die thematischen Partnerschaften der Städteagenda für die EU neue Erkenntnisse liefern, denn die erarbeiteten Aktionspläne enthalten teils konkrete Vorschläge für Maßnahmen auf Planungs- und Umsetzungsebene.

Darüber hinaus plädieren sowohl die Geneva UN Charter on Sustainable Housing⁸ als auch das Hauptgutachten des WBGU zur transformativen Kraft der Städte dafür, dem Thema Lebenszyklusansätze und Kreislaufwirtschaft im Bauwesen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Im Rahmen der Experteninterviews⁹ wurde wiederholt betont, dass die verschiedenen Themen noch stärker zusammengedacht und als Querschnittsaufgabe verstanden werden müssen. Zudem müsse Stadtentwicklung insgesamt stärker als „Gesellschaftspolitik“ verstanden werden. Bislang fehlen Antworten darauf, was urbane Transformation im deutschen Kontext eigentlich heißt und wie sich grundlegende gesellschaftliche Umbrüche und Prozesse in deutschen Städten auswirken.

Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen für Städte

Neben der Forderung neue Themen aufzugreifen, wurde im Rahmen der Evaluation der Nationale Stadtentwicklungspolitik die Notwendigkeit von verbesserten Rahmenbedingungen für Städte diskutiert. Auf globaler Ebene beförderten insbesondere die Verhandlungen und Diskussionen im Rahmen der Agenda 2030 und des Habitat-III-Prozesses einen politischen Konsens, dass Städte zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung globaler Vereinbarungen sind und folglich befähigt und gestärkt werden müssen (Schreiber 2016, Misselwitz und Villanueva 2015).¹⁰ Insbesondere die Städteagenda für die EU sowie Debatten und Prozesse im nationalen Kontext geben einige Impulse und Anknüpfungspunkte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen deutscher Kommunen, welche die Nationale Stadtentwicklungspolitik aufgreifen könnte.

Die Analysen und Diskussionen zeigen, dass eine Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten von Kommunen essenziell ist. Neben einer verbesserten Ausbildung von Stadtplanern in Hinblick auf die Gestaltung und Steuerung lokaler Transformationsprozesse (WBGU 2016: 33) sind Weiterbildungen und Beratungsangebote für Kommunalpolitiker/-innen und Verwaltungsangestellte zur Sensibilisierung und Anwendung globaler Agenden nötig.

Außerdem wurde deutlich, dass es zwar eine Reihe von Projekten und Angeboten zur Unterstützung von lokalen Bestrebungen zur Implementierung gibt, diese bislang jedoch nicht in einer systematischen Übersicht zusammengeführt werden. Dies führt unter anderem dazu, dass Kommunen vorhandene Angebote nicht nutzen. Das Konzept eines One-Stop-Shops zur Bündelung von Informationen – wie von der EU-Kommission zur Umsetzung der Städteagenda für die EU auf europäischer Ebene initiiert – könnte hier als Vorbild dienen.

Ebenfalls hervorgehoben wird die Notwendigkeit einer vermehrten akteursübergreifenden Zusammenarbeit zu Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung. Vor allem die im Rahmen der

7 Das Thema wurde im Memorandum „Städtische Energien“ bereits 2012 als Schlüsselaufgabe festlegt, hat bislang jedoch noch zu wenig Durchschlagskraft erzielt.

8 Die Charta wurde 2015 von der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) angenommen und enthält Empfehlungen für alle 56 UNECE-Mitgliedsstaaten aus Europa, Zentralasien und Nordamerika. Sie sieht sich auch als Beitrag zur Umsetzung von SDG 11.

9 Grundsätzlich hatten die interviewten Expert/-innen unterschiedliche Auffassungen dazu, inwieweit die Nationale Stadtentwicklungspolitik auf aktuelle Themen schnellstmöglich reagieren („Speerspitze Innovation“) oder sich auf ihre festgesetzten Kernthemen konzentrieren sollte („zuverlässige Konstante“).

10 Die Beschlüsse betonen, dass Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen verbessert werden müssen, u. a. durch nationale Stadtentwicklungspolitiken, kapazitätsaufbauende Maßnahmen, angemessene Finanzierung und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Möglichkeiten für Austausch und Zusammenarbeit über Regierungsebenen hinweg, kommunalübergreifend und unter Beteiligung relevanter Akteure.

Städteagenda für die EU initiierten thematischen Partnerschaften bieten hier ein kreatives Format, um gemeinsame Lernprozesse zwischen Verwaltung, Privatsektor und Bürger/-innen zu fördern. Diese könnten auch im nationalen Kontext pilotiert werden. In Anlehnung an den Arbeitsmechanismus der Städteagenda für die EU erprobt Polen beispielsweise im Rahmen des Pilotprojektes „Cities Partnership Initiative“ nationale, thematische Netzwerke zur Förderung von Multiakteurskooperationen. Mit Blick auf die Finanzierung integrierter Stadtentwicklung – wie in der NUA noch einmal betont – ergibt sich die Schwierigkeit, dass Förderprogramme oft thematisch oder sektoral ausgelegt sind, wodurch bei den Kommunen Anreize für sektorales Handeln entstehen. Um eine integrierte Betrachtungsweise stärker zu fördern, ist daher eine intensivere Abstimmung zwischen den Förderprogrammen notwendig.

Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis

Ein weiterer wichtiger Punkt, der in der Diskussion um die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik immer wieder aufgegriffen wird, betrifft die stärkere Verzahnung von Wissenschaft und kommunaler Praxis sowie weiterführende Forschung zu kritischen urbanen Themen. Bestehende Forschungs- und Aktionsprogramme, wie der „Experimentelle Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt), die „Allgemeine Ressortforschung“ (ReFo), die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik oder auch der Hochschultag fördern bereits eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Zukünftig sollten die Kooperationsformate allerdings noch weiter ausgebaut und intensiviert werden. Die Diskussionen im Zuge des Habitat-III-Prozesses und der Cities and Climate Change Science Conference¹¹, sowie das WBGU Hauptgutachten und der IMA Stadt liefern hierzu interessante Vorschläge.

Um die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis zu stärken, werden neue Kooperationsformate und Partnerschaften zwischen Forschenden, kommunalen Entscheidungsträger/-innen und anderen Akteuren als essenziell erachtet (Bai et al. 2018). Hier empfiehlt der IMA Stadt den Einsatz von „Umsetzungs-Agenten“, die in einer „Forscher-Börse“ für konkrete Projekte auf bestimmte Zeit „ausgeliehen“ werden und ihre Expertise zur Verfügung stellen können. Auch die Einrichtung von wissenschaftlichen Beratungsgremien unter Leitung eines „Chief Scientific Adviser“ in Kommunen (ebd.: 25) oder die Förderung von Reallaboren (WBGU 2016: 42) versprechen neue Impulse.

Ein Blick in die Ausbildungslandschaft zeigt zudem, dass die Fähigkeiten für eine akteurszentrierte Betrachtungsweise und Umsetzung von systemisch integrierten, ganzheitlichen Ansätzen – wie es die Agenda 2030 fordert – noch stärker in den relevanten Fachbereichen vermittelt werden müssen. Zudem muss sich die Lehre an die veränderten Anforderungen an Architekten und Stadt- und Regionalplaner anpassen. Neben klassischer Entwurfs- und Planungspraxis nehmen Architekten und Planer beispielsweise immer häufiger eine moderierende Rolle in partizipativen Verfahren ein und müssen darauf vorbereitet werden (BBSR 2017a: 152). Zudem muss ihr Verständnis für die Gestaltung von Transformationsprozessen geschärft werden.

Um den Wissenstransfer in die Kommunen weiter zu stärken, empfiehlt der IMA Stadt, dass zukünftig vermehrt auf die anwendungsorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen geachtet und die Projektergebnisse noch besser für die wissenschaftsbasierte Politikberatung nutzbar gemacht werden sollen (IMA Stadt 2017: 24).

11 Der Steuerungsrat der Cities and Climate Change Science Conference, welche gemeinsam vom Weltklimarat und internationalen Partnern im März 2018 ausgerichtet wurde, entwickelte einige konkrete Empfehlungen für eine Stärkung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis.

Außendarstellung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik verfolgt das Ziel, „Stadt zu einem öffentlichen Thema zu machen“ und eine breite Beteiligung verschiedener Stadtakteure an Diskursen städtischer Entwicklung zu erwirken. Innerhalb der Experten-Community hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik bereits einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt. Doch bisher ist es noch nicht ausreichend gelungen, die Inhalte und Ziele einem breiten Publikum zu vermitteln und die Relevanz nachhaltiger Stadtentwicklung für die sozial-ökologische Transformation abseits der Fachwelt zu kommunizieren (BBSR 2017a: 54).

Zukünftig sollte verstärkt darauf geachtet werden, diejenigen Akteure in die Aktivitäten und Diskussionen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einzubeziehen und zu mobilisieren, die bisher noch nicht erreicht wurden.¹² Infolgedessen wird es wichtig sein, über „ausdifferenzierte Informations- und Kommunikationsstrategien“ (Expertenbeirat Nationale Stadtentwicklungspolitik 2017: 4) sowie neue – auch digitale – Formate nachzudenken, die die Einbindung verschiedener Akteure weiter stärken und die Inhalte und Ziele der Nationalen Stadtentwicklungspolitik öffentlichkeitswirksam vermitteln (BBSR 2017a).

In den Experteninterviews wurde beispielsweise angeregt, die verschiedenen Elemente und aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik übersichtlicher und interaktiver darzustellen. Daher sollte der Einsatz geeigneter (interaktiver) Medien und Online-Tools in Betracht gezogen werden. Hier lohnt sich ein Blick auf die Städteagenda für die EU. Diskussionen rund um die Städteagenda für die EU sowie konkrete Ergebnisse aus den thematischen Partnerschaften werden auf der Online-Plattform Futurium gebündelt. Die Plattform dient sowohl der Informationsvermittlung als auch der Einbeziehung der Öffentlichkeit in Abstimmungs- und Diskussionsprozesse und bedient sich verschiedener online-basierter Verfahren, u. a. Online-Umfragen oder Diskussionsforen.

Im Rahmen der Städteagenda für die EU wurde durch die Europäische Kommission zudem ein One-Stop-Shop eingerichtet, durch den europäische Städte zentralen Zugriff zu stadtrelevanten Informationen, wie z. B. Veranstaltungen, Initiativen und Förderprogrammen erhalten. Sowohl die interaktive Online-Plattform Futurium als auch der One-Stop-Shop bieten wichtige Impulse für eine verbesserte Informations- und Kommunikationsstrategie sowie Beteiligungsstruktur der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Beim Entwickeln neuer Formate gilt es jedoch Doppelungen und Überangebote zu vermeiden sowie deren Machbarkeit zu überprüfen.

Internationalisierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie der Expertenbeirat Nationale Stadtentwicklungspolitik empfehlen, dass die internationale Dimension der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausgebaut und Überlegungen angestellt werden sollten, wie diese als Instrument für die Umsetzung globaler Vereinbarungen wirksam werden kann. Die Forderung globaler Verantwortung und Zusammenarbeit spiegelt sich auch in den Prinzipien der Agenda 2030, der NUA, dem Pariser Klimaabkommen und der Städteagenda für die EU wider. Durch Multiakteurspartnerschaften, internationale Kooperationsinitiativen, Städte-netzwerke und andere Formen der Zusammenarbeit sollen unterschiedliche Akteure zu globalem Engagement und zur Unterstützung der Umsetzung mobilisiert werden. Auch der WBGU und der IMA Stadt fordern ein stärkeres nationales und kommunales Engagement hinsichtlich der Themen Urbanisierung und nachhaltige Stadtentwicklung auf internationaler Bühne.

Für eine stärkere Vermittlung deutscher Erfahrungen im Ausland bietet sich der Ausbau bereits bestehender Austauschprogramme und Urbanisierungspartnerschaften an (BBSR 2017a).

12 Dies trifft unter anderem auf Kirchen, Stiftungen, die Wirtschaft oder junge Menschen zu.

Zusätzlich gilt es, die Teilnahme von deutschen Kommunen und Akteuren an internationalen Veranstaltungen (z. B. World Urban Forum) zu fördern. Wichtig ist außerdem, Vorhaben, die die globale Verantwortung von Kommunen stärken und einen Erfahrungsaustausch fördern – wie das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ – auszubauen.

Um als Instrument für die Umsetzung globaler Vereinbarungen wirksam zu werden, muss die Nationale Stadtentwicklungspolitik es schaffen, deutschen Kommunen den Mehrwert internationaler Vereinbarungen zu vermitteln und sie bei ihren Umsetzungsbemühungen zu unterstützen (Expertenbeirat Nationale Stadtentwicklungspolitik 2017: 2). Um ein stärkeres Verständnis für globale Prozesse und Themen in Kommunen herzustellen, empfehlen der WBGU und IMA Stadt beispielsweise die Institutionalisierung von „Ombudspersonen“ für Internationales auf lokaler Ebene (WBGU 2016: 35) oder die Auslobung eines Wettbewerbs für innovative SDG-Umsetzungsformate (IMA Stadt 2017: 9).

In den auswertenden Gesprächen wurde zudem betont, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik globale Themen immer an der Schnittstelle zu Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Kommunen verhandeln muss, um als nationale Initiative relevant zu bleiben und der lokalen Ebene eine Auseinandersetzung mit den Agenden vermitteln zu können. Darüber hinaus sollten bei einer stärkeren internationalen Ausrichtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Parallelstrukturen im Aufgabenspektrum des BMZ vermieden werden.

Neue Anforderungen an das deutsche Städtesystem

Die Agenden stellen einige neue Anforderungen an das deutsche Städtesystem, auf die entsprechend reagiert werden muss. Was in diesem Zusammenhang von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geleistet werden kann, muss im Einzelnen geprüft werden.

So sind Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse mit kommunaler Beteiligung relevanter Bestandteil der Agenda 2030, der NUA sowie des Pariser Klimaabkommens. Gefordert wird die Einbindung der kommunalen Ebene in nationale Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse. Dies gilt es auch in Deutschland noch zu stärken.

Im Zuge der Diskussionen um die Überprüfung der NUA-Implementierung wurde von UN-Habitat der Vorschlag unterbreitet, nationale Stadtentwicklungspolitiken zu evaluieren – ein Vorschlag der zwar erfolglos blieb, jedoch eine wichtige Debatte angestoßen hat. Angesichts der Dynamik im Bereich städtischer Entwicklungen gilt es auch für die Nationale Stadtentwicklung zu überlegen, ob regelmäßige, in kürzeren Abständen durchzuführende Bestandsaufnahmen sinnvoll sind. Beispielsweise könnte eine umfassendere Evaluation, wie zuletzt 2017 erfolgt, unter Einbindung relevanter Akteure in kürzeren Zeitabständen durchgeführt werden. Dies hätte den Vorteil, dass schneller auf aktuelle Trends, Herausforderungen und politische Prozesse reagiert werden kann.

Der IMA Stadt empfiehlt zudem die Erarbeitung einer Umsetzungsarchitektur für nachhaltige Entwicklung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine kohärente Förderstrategie zur nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung als gemeinsames Dach. Ziel ist bereits bestehende, jedoch oft isolierte Aktivitäten zur Umsetzung globaler Vereinbarungen auf kommunaler Ebene besser aufeinander abzustimmen (IMA Stadt 2017). Hier gilt zu prüfen, welche Rolle die Nationale Stadtentwicklungspolitik in solch einer Umsetzungsarchitektur spielen kann und soll.

4.2

EUROPÄISCHE ENTWICKLUNGEN

Ergänzend zur Aufarbeitung des nationalen Kontexts wurde eine umfassende Analyse aktueller Prozesse und Debatten, bestehender Unterstützungsinstrumente und -mechanismen sowie innovativer Ansätze einzelner Mitgliedsstaaten zur Förderung der lokalen Umsetzung globaler und europäischer Agenden auf EU-Ebene durchgeführt.

PROZESSE UND DEBATTEN ZUR LOKALEN UMSETZUNG GLOBALER UND EUROPÄISCHER AGENDEN

In Reaktion auf die Verabschiedung globaler Agenden wurden verschiedene Umsetzungsinitiativen und Prozesse auf EU-Ebene auf den Weg gebracht, die auch die kommunale Ebene in den Blick nehmen oder explizit fördern. Dabei gibt es allerdings – je nach Agenda – große Unterschiede in den Implementierungsbestrebungen, der Einbindung und Förderung der Kommunen und dem damit verbundenen Handlungsbedarf.

Mit Blick auf die Implementierung der Agenda 2030 kann festgestellt werden, dass sich dieser Prozess aufgrund fehlenden politischen Engagements bislang zäh gestaltet. Dies spiegelt sich auch auf der lokalen Ebene wider: Mit Ausnahme einiger Vorreiterkommunen, spielen die SDGs in vielen europäischen Kommunen bislang nur eine untergeordnete Rolle (PLATFORMA und CEMR 2018).

Die bisherigen Analysen zeigen, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs auf kommunaler und regionaler Ebene zukünftig einer verbesserten Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen bedarf. Beispielsweise durch die Entwicklung nationaler SDG-Umsetzungsstrategien unter Beteiligung lokaler Behörden und Regionen sowie durch einen stärkeren Erfahrungs- und Wissensaustausch (Europäische Kommission 2018a). In Bezug auf Letzteres hat sich unter anderem die SDG Multi-Stakeholder Platform als Austausch- und Beratungsgremium bewährt. Um die Vernetzung und den Wissensaustausch zur Umsetzung der SDGs auf allen Ebenen zu fördern, wird deren Fortführung daher ausdrücklich gewünscht (ebd.).

Zur Umsetzung der Städteagenda für die EU wurden einige Initiativen und Mechanismen, allen voran die thematischen Partnerschaften, ins Leben gerufen. Die Partnerschaften werden prinzipiell als guter Mechanismus für die Umsetzung der Mehrebenen-Governance innerhalb der EU bewertet. Strukturelle Schwächen, wie die fehlende Anschlussfähigkeit an politische Prozesse oder die mangelnde Bereitstellung von finanziellen Ressourcen und damit der Ausschluss vieler kleinerer Kommunen werden jedoch kritisiert. Die derzeitige systematische Evaluation¹³ der Städteagenda für die EU und der thematischen Partnerschaften soll in dieser Hinsicht Verbesserungsvorschläge erarbeiten, auch in Bezug auf die Einbeziehung und Unterstützung von Städten.

Prinzipiell erscheint eine Übertragung des Grundgedankens dieser Partnerschaften (Mehrebenen- und Multiakteursansatz) auf andere EU-Programme und Initiativen sinnvoll. Zudem gilt es zu überlegen, wie das generierte Wissen der Partnerschaften zukünftig genutzt und politisch aufgegriffen werden kann. Sollte die von der EU-Kommission vorgeschlagene European Urban Initiative tatsächlich in der einen oder anderen Form umgesetzt werden, sollte diese sich dieser Aufgabe annehmen.

¹³ Die Evaluation analysiert die Städteagenda für die EU und die thematischen Partnerschaften in Hinblick auf Zielerreichung, Erfahrungswerte, Herausforderungen, Erfolgsfaktoren und Wirkungsgrad.

Der Prozess zur Überarbeitung der Leipzig-Charta ist aktuell in vollem Gange. Eine zentrale Forderung liegt in der stärkeren Rückkopplung der Charta mit der Umsetzungsebene und der Sicherstellung einer einfachen Anwendbarkeit für Kommunen. In diesem Zuge steht auch die Frage nach einem übergeordneten Narrativ im Raum, welches den Mehrwert der Charta angesichts einer „Agenda-Übersättigung“ bei den Kommunen vermitteln kann. Neben einer integrierten Stadtentwicklung könnte ein stärkerer Fokus auf das verbesserte Zusammenwirken der verschiedenen Politikebenen gelegt werden.

Eine Verknüpfung der verschiedenen Agenden und Prozesse ist aktuell kaum vorhanden – weder im politischen Diskurs, noch auf der operationellen Ebene. Diese Lücke sollte zukünftig geschlossen und klar formuliert werden, wie Synergien zwischen den verschiedenen Prozessen und Agenden hergestellt werden können.

INSTRUMENTE UND MECHANISMEN AUF EU-EBENE ZUR LOKALISIERUNG VON AGENDEN

Auf europäischer Ebene besteht bereits eine Vielfalt an Instrumenten und Mechanismen, die Kommunen bei der Umsetzung der Ziele der globalen und europäischen Agenden unterstützen. Einige der Angebote wurden bereits vor der Verabschiedung der Agenden initiiert, andere sind ein unmittelbarer Folgemechanismus. Dabei haben insbesondere die Europäische Kommission und überregionale Verbände und Netzwerke neue Initiativen auf den Weg gebracht.¹⁴

Um eine systematische Übersicht der bestehenden Angebote zu erstellen und eventuelle Förderlücken zu identifizieren, wurden für die Analyse die im Rahmen der Planungswerkstätten mit deutschen Kommunen entwickelten vier Anwendungsfelder von globalen und europäischen Agenden herangezogen: 1) Kenntnisnahme, 2) Spiegel, 3) Kompass und 4) Rahmen (→ Kap. 3.2). Einige der Unterstützungsangebote erfüllen mehrere Funktionen gleichzeitig und können verschiedenen Anwendungsfeldern zugeordnet werden. Die Ergebnisse werden im Folgenden kurz dargestellt, eine detaillierte Übersicht findet sich im Anhang (→ Kap. 8.1).

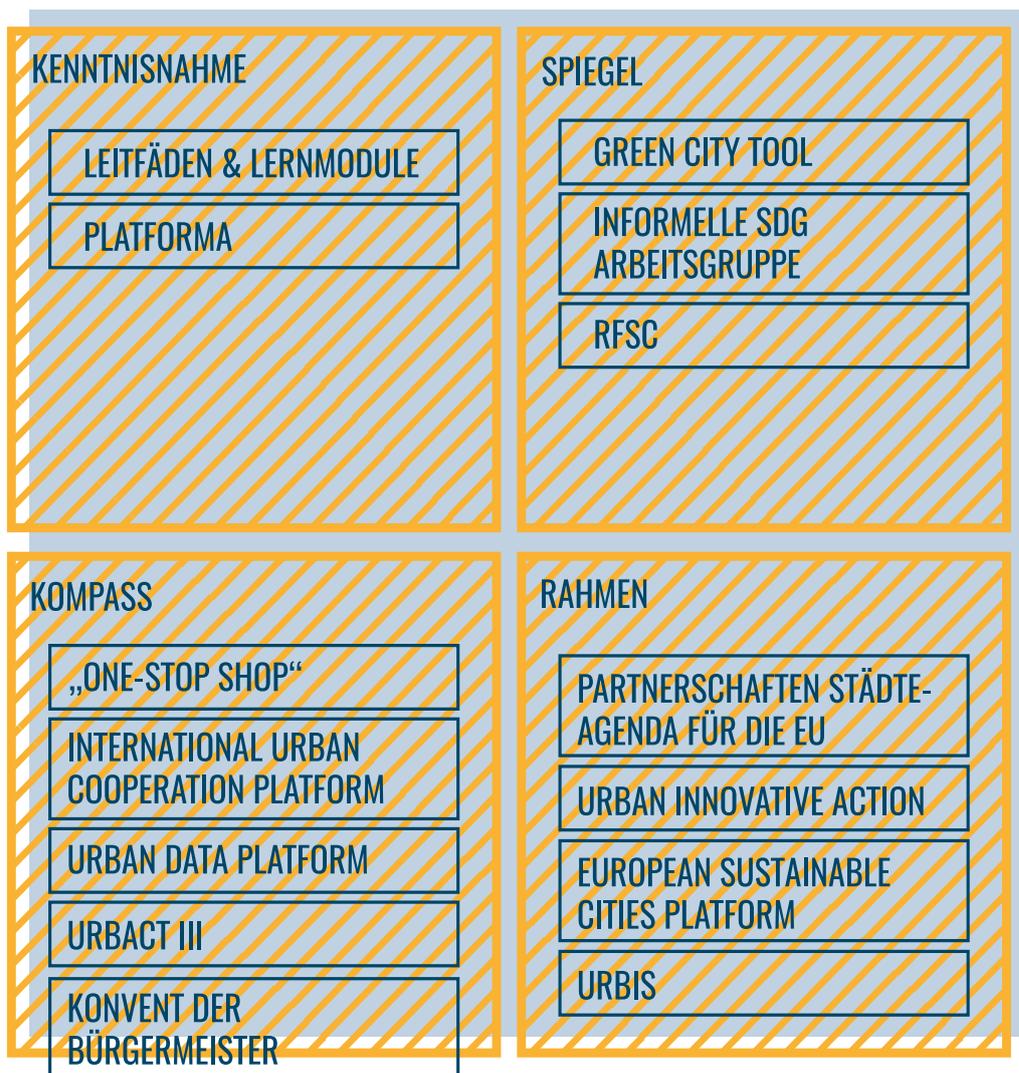
Unterstützungsangebote im Bereich „**Kenntnisnahme**“ dienen insbesondere der Informationsvermittlung und Kommunikation der Agenden auf lokaler Ebene und richten sich an Kommunen, die bislang kaum Berührungspunkte mit den Agenden, aber Interesse an einer stärkeren Auseinandersetzung mit diesen haben. Insbesondere Städtenetzwerke und Koalitionen wie ICLEI, UCLG und PLATFORMA bieten hier einige Leitfäden und Lernmodule an, die Kommunen eine Orientierung für die Auseinandersetzung mit den SDGs sowie konkrete Strategien für deren Umsetzung und Überprüfung ermöglichen. Beispiele sind die „Roadmap for localizing the SDGs“; die „Learning Modules for Localizing the SDGs“ oder die Publikation „How Europe’s towns and regions are taking the lead“. Angebote von UCLG wie das „SDG-Memory“ möchten dazu beitragen, die globalen Ziele auf spielerische Art und Weise in Kommunen bekannter zu machen. Obwohl Angebote dieser Art in der Toolbox „Localizing the SDGs“ gebündelt und sortiert werden, herrscht eine gewisse Unübersichtlichkeit der Angebote vor und die Relevanz einzelner Leistungen für europäische Kommunen bleibt teilweise unklar. Darüber hinaus sind viele Angebote nur in englischer Sprache verfügbar.

Angebote der Kategorie „**Spiegel**“ helfen Kommunen, ihr Handeln im Lichte der Agenden zu reflektieren und sind besonders für Kommunen interessant, die ihren Status quo im Bereich nachhaltiger Stadtentwicklung analysieren möchten. Meist bieten diese Angebote eine gute Grundlage, um aufbauend auf dem analysierten Status quo neue Ziele und Strategien zu entwickeln. Der Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung (RFSC), welcher unter französischer EU-Ratspräsidentschaft beschlossen wurde, unterstützt europäische Kommunen

¹⁴ Darüber hinaus gibt es auf internationaler Ebene weitere Angebote, die auch von europäischen Kommunen genutzt werden können. Diese waren allerdings nicht Gegenstand der Untersuchung.

Abbildung 4:
Unterstützungs-
angebote für
Kommunen auf
EU-Ebene

Grafik: Urban Catalyst



beispielsweise durch eine visuelle Aufbereitung dabei, bestehende Stadtentwicklungsstrategien zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Hierfür können zum einen der RFSC-Rahmen, der die Leitlinien der Leipzig-Charta in den Blick nimmt, oder der SDG-Rahmen, der sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet, herangezogen werden. Trotz regelmäßiger Aktualisierungen nutzen bislang allerdings nur wenige europäische Kommunen den RFSC. Auch Angebote, die den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen fördern, können als Instrument zur Selbstreflexion angesehen werden. So tauschen sich die Kommunen Utrecht, Gent, Stuttgart, Malmö und Bonn in der im Rahmen des Städtenetzwerks EUROCITIES gegründeten informellen SDG-Arbeitsgruppe zu bestehenden Ansätzen zur SDG-Implementierung aus und entwickeln gemeinsam lokale Ziele und Indikatoren zur Fortschrittsüberprüfung (EUROCITIES 2018).

Der Kategorie „Kompass“ sind vor allem Angebote im Bereich Kapazitätsaufbau zugeordnet, die Kommunen bei der Entwicklung nachhaltiger Stadtentwicklungsstrategien unterstützen oder hinsichtlich möglicher Finanzierungsoptionen beraten. Die Angebote richten sich insbesondere an Kommunen, die ihren lokalen Transformationsansatz stärker an den Zielen der Agenden ausrichten möchten. Beispielsweise verschafft der bereits erwähnte One-Stop-Shop für Städte – ein Online-Portal, das von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde – interessierten Akteuren einen zentralen Zugriff zu stadtrelevanten Informationen auf EU-Ebene (Initiativen, Veranstaltungen, Richtlinien, Gesetze, Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten etc.). Kommunen finden hier vertiefte Informationen zu den Schwerpunktthemen der Partnerschaften der Städteagenda für die EU (z. B. Mobilität, Klimaanpassung) und können

sich mit anderen Akteuren vernetzen. Grundsätzlich ist der One-Stop-Shop sehr informativ. Allerdings ist zu hinterfragen, wie Kommunen das Portal kennenlernen, wenn sie sich nicht in den Partnerschaften der Städteagenda für die EU engagieren oder in andere europäische Prozesse eingebunden sind. Weitere Unterstützung bieten Initiativen wie das International Urban Cooperation (IUC) Program, das Konvent der Bürgermeister bzw. Mayors Adapt oder auch URBACT, die Kommunen bei der Erstellung von Aktionsplänen oder Stadtentwicklungskonzepten unterstützen.

Angebote in der Kategorie „**Rahmen**“ wenden sich insbesondere an Kommunen, die die Agenden als Orientierungsrahmen für ihre lokalen Nachhaltigkeitsbestrebungen gewählt haben. Die hierunter gefassten Angebote unterstützen Kommunen in der Regel dabei, ihren lokalen Transformationsansatz zu überprüfen und mit den Zielen der Agenden abzugleichen. Außerdem ermöglichen sie die Finanzierung konkreter lokaler Maßnahmen. Insbesondere zur Zielerreichung der Städteagenda für die EU wurde in diesem Zusammenhang eine Reihe an Unterstützungsinstrumenten lanciert. Die thematischen Partnerschaften bieten Kommunen eine Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Vertreter/-innen weiterer Städte, Mitgliedsstaaten, Regionen, EU-Institutionen und Verbänden konkret an der Umsetzung der Agenda mitzuwirken. Programme wie UIA und Urban Investment Support (URBIS) fördern innovative Lösungsansätze in Kommunen beziehungsweise stehen Städten bei der Planung von Investitionen beratend zur Seite. Insbesondere die thematischen Partnerschaften und die UIA werden jedoch dafür kritisiert, kleine und mittelgroße Städte nicht ausreichend zu berücksichtigen.

Es wird deutlich, dass bereits eine Vielfalt an europäischen Initiativen existiert, die Kommunen insbesondere bei der Anwendung der SGDs und der Städteagenda für die EU unterstützen. Es zeigt sich jedoch auch, dass es bislang an Überblick über die verschiedenen Angebote und damit verbundenen Erfahrungswerten mangelt (Europäische Kommission 2018a). Solch eine Übersicht wäre jedoch notwendig, um zum einen die verschiedenen Angebote sinnvoll aufeinander abzustimmen und zum anderen Kommunen ein Methodentoolkit für die unterschiedlichen Phasen im Umsetzungsprozess an die Hand zu geben. Der One-Stop-Shop für Städte ist solch ein Versuch. Allerdings bleibt hier – wie auch bei anderen existierenden Unterstützungsangeboten – unklar, wie insbesondere Kommunen, die nicht in Netzwerken, Partnerschaften oder sonstigen Initiativen aktiv sind, mit solchen Angeboten in Kontakt kommen. Dies verlangt nach verbesserten Strategien und Methoden um die bestehenden Angebote in die Kommunen tragen.

Die Analyse zeigt auch, dass es verhältnismäßig wenige Unterstützungsangebote im Bereich Informationsvermittlung gibt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es weiterhin eine Vielzahl an Kommunen in Europa gibt, bei denen die Agenden wenig bis gar keine Beachtung finden (PLATFORMA und CEMR 2018) und die es zu mobilisieren gilt. Zudem gibt es bislang zu wenig Unterstützung für kleinere, weniger ressourcenstarke Kommunen. Initiativen wie die thematischen Partnerschaften, deren Mitarbeit größtenteils auf freiwilligem Engagement und Eigeninitiative fußt, können so nicht wahrgenommen werden.

UMSETZUNGSANSÄTZE GLOBALER UND EUROPÄISCHER AGENDEN VON EU-MITGLIEDSSTAATEN

Die ausgewählten Länderbeispiele Polen und Spanien zeigen – vor allem in den Bereichen partnerschaftliche Zusammenarbeit und internationale Ausrichtung – Ansätze, die Impulse für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland bieten könnten.

Mit dem National Urban Forum, welches im April 2019 zum ersten Mal in Krakau stattfand und an dem fünf Minister (Internationale Angelegenheiten, Umwelt, Wirtschaft, Familie, Infrastruktur) sowie mehrere Bürgermeister polnischer Städte teilnahmen, stärkte Polen seine horizontale und vertikale Zusammenarbeit (UN-Habitat 2019). Diese hochrangig besetzte Plattform zeigte, wie durch interministerielle Zusammenarbeit versucht wird, einen integrierten Ansatz

bei der Auseinandersetzung mit den Agenden zu verfolgen. So führte das Forum als ersten Schritt eine Bestandsaufnahme existierender Vorhaben der verschiedenen Ministerien durch, welche direkt oder indirekt zur Umsetzung der SDGs, der NUA oder Polens nationaler Stadtpolitik 2023 beitragen, um künftig sektorale Strategien besser zu koordinieren und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Vorbildcharakter hat auch der breit angelegte Prozess zur Ausgestaltung der spanischen Städteagenda (AUE – Agenda Urbana Española), welcher unter Beteiligung verschiedener Arbeitsgruppen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, dem Privatsektor und Vertreter/-innen der regionalen sowie lokalen Ebene stattfand. Teil des Prozesses war auch eine interministerielle Arbeitsgruppe, die alle Ministerien (z. B. Finanzen, Wirtschaft, Transport, Soziales, Umwelt) umfasste, die relevante nationale Strategien mit potenziellen Überschneidungen zur spanischen Städteagenda lanciert hatten. Inhaltlich und methodisch begleitet wurde der Prozess von einer Expertengruppe zentraler Schlüsselpersonen aus Verwaltung und Wissenschaft. Sowohl Polen als auch Spanien berufen sich bei ihren Umsetzungsbestrebungen zudem immer wieder auf die Expertise anderer EU-Mitgliedsstaaten (Polen beim National Urban Forum, Spanien im Rahmen des European Urban Knowledge Network (EUKN) Policy Labs zur Ausgestaltung der AUE). Eine Form des Austausches, welche auch in Deutschland (z. B. im Rahmen des Bundeskongresses) ausgebaut werden könnte.

Die Betrachtung von Polen hat zudem verdeutlicht, dass eine internationale Ausrichtung klare Bekenntnisse und politische Signale der nationalen Ebene erfordert. So hat sich Polens Regierung beispielsweise erfolgreich für die Ausrichtung des World Urban Forums im Jahr 2022 in Katowice eingesetzt.

4.3

PLANUNGSWERKSTÄTTEN MIT DEUTSCHEN KOMMUNEN

Um zu verstehen, wie globale und europäische Agenden von der lokalen Ebene angewendet werden, wurden insgesamt zwei Planungswerkstätten mit sieben deutschen Kommunen durchgeführt. Die erste fand am 27. April 2018 in Berlin und die zweite am 17. September 2018 in Frankfurt am Main, im Rahmen des 12. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklung, statt. Teilgenommen haben jeweils bis zu vier Vertreter/-innen der Kommunen Arnberg, Finsterwalde, Hamburg, Jena, Leipzig, Mannheim und Stuttgart.

Die Planungswerkstätten widmeten sich ganz den Erfahrungen der Kommunen im Umgang mit den Agenden und deren Relevanz für ihre lokalen Transformationsansätze und Nachhaltigkeitsstrategien, insbesondere in Hinblick auf Mehrwerte, Herausforderungen und Konflikte, sowie Prozessgestaltung und Akteursbeteiligung. Gemeinsam wurde Unterstützungsbedarf identifiziert und prototypische Ideen für mögliche Angebote skizziert.

DIE ART UND WEISE DER ANWENDUNG GLOBALER UND EUROPÄISCHER AGENDEN VARIERT BEI DEUTSCHEN KOMMUNEN STARK

Die meisten der teilnehmenden Kommunen haben Prozesse zur Entwicklung strategischer Leitbilder für nachhaltige Stadtentwicklung angestoßen und versuchen dabei einen integrierten Ansatz zu verfolgen – die Bezugnahme auf die Agenden variiert dabei stark.

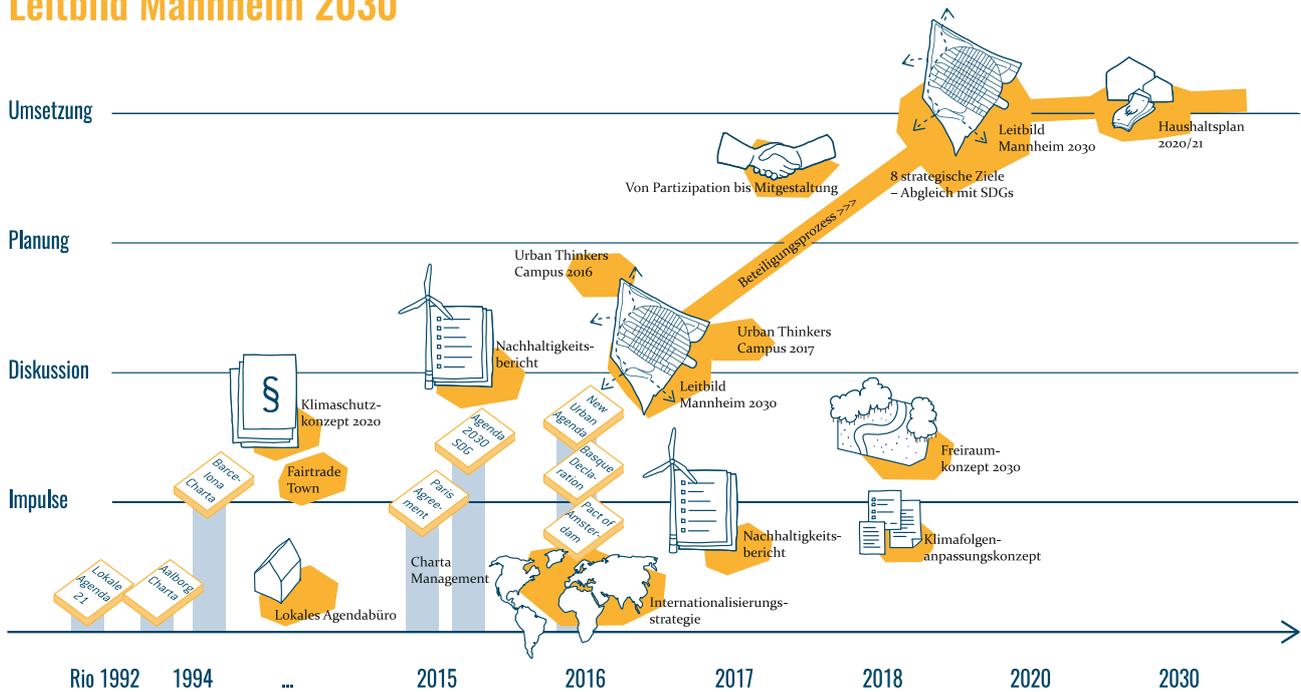
In Kommunen wie Mannheim, Stuttgart und Arnstberg bilden die SDGs oder auch die NUA Grundlage und Rahmen der strategischen Leitbildentwicklung. Die globalen Ziele werden dabei in fachlicher wie politischer Hinsicht als unterstützend gesehen – zur Legitimierung lokaler Nachhaltigkeitsstrategien oder für deren Fortschrittsüberprüfung. Impulse für eine intensivere Auseinandersetzung mit den globalen Agenden kamen teilweise von außen – im Falle von Arnstberg durch die Teilnahme am Projekt „Globale Nachhaltige Kommune“ der SKEW. Andere Kommunen, wie Leipzig oder Hamburg, ziehen die Agenden zwar unterstützend heran, einen zentralen Mehrwert erkennen sie jedoch nicht. Eine noch geringere Rolle spielen die Agenden in Jena und Finsterwalde. Am Rande werden sie zwar auch hier wahrgenommen, aus verschiedenen Gründen, wie z. B. guten Erfahrungen mit der eigenständigen Entwicklung lokalspezifischer Leitbilder, Unkenntnis oder auch Vorbehalten gegenüber fremdbestimmten normativen Zielsetzungen, jedoch nicht genutzt. Insgesamt wurde deutlich, dass die SDGs deutlich stärkeren Eingang in städtische Transformationsansätze gefunden haben als andere Abkommen und Prozesse und die wenigsten Kommunen die verschiedenen Agenden integrativ betrachten.

Abb. 5 zeigt exemplarisch den Einfluss internationaler Agenden auf den Transformationsprozess der Stadt Mannheim. Die Transformationsansätze aller sieben Kommunen sowie deren Bezug zu internationalen und europäischen Prozessen finden sich im Anhang (→ Kap. 8.2).

Abbildung 5:
Einfluss der Agenda 2030 auf den Leitbildprozess von Mannheim

Grafik: Urban Catalyst

Leitbild Mannheim 2030



**KOMMUNEN ZIEHEN AUS DEN AGENDEN VERSCHIEDENE MEHRWERTE,
STOSSEN BEI IHRER ANWENDUNG ABER AUF ÄHNLICHE KONFLIKTE
UND HERAUSFORDERUNGEN**

Die Anwendung globaler und europäischer Agenden bringt verschiedene Mehrwerte mit sich. So können sie mit ihren definierten Zielen ein gemeinsames Verständnis von Nachhaltigkeit in einer Kommune schaffen, nicht selten fördert genau dieser Aushandlungsprozess auch die Vernetzung innerhalb der Verwaltung. Kommunales Handeln global zu kontextualisieren, erhöht zudem die politische Legitimation für nachhaltiges Verwaltungshandeln und befördert die Motivation für die Wahrnehmung globaler Verantwortung und für Engagement in der Stadtgesellschaft. Theoretisch kann die Arbeit mit globalen Agenden auch ein Hebel zur Gewinnung von Fördermitteln sein – das Wissen hinsichtlich möglicher Fördertöpfe ist allerdings ungleich verteilt und besonders kleinere Kommunen sind oft schlechter informiert. Nicht selten liegt dies auch an einer geringeren Einbindung in Netzwerke und Partnerschaften.

Insbesondere bei der Arbeit mit den SDGs wird die Klärung der Deutungshoheit und Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung vielerorts als zentraler Konflikt wahrgenommen – soll die Umsetzung der Agenden zentral koordiniert oder in einem bestimmten Dezernat angesiedelt sein? Hier besteht die Gefahr, dass sich bestehende Zielkonflikte zwischen den einzelnen Handlungsfeldern der SDGs noch weiter verschärfen (z. B. Arbeiten vs. Wohnen oder Freiraum vs. Bauland). Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus dem hohen Abstraktionsgrad der Agenden, die kaum konkrete Handlungsanweisungen enthalten und deren komplexen Ziele nur schwer vermittelbar sind. Sie müssen daher nicht nur auf lokale Kontexte heruntergebrochen, sondern greifbar und verständlich an Stadtbewohner/-innen kommuniziert werden. Auch die Vielzahl der Agenden mit ihren jeweiligen Zielen und Anforderungen hilft nicht dabei, Komplexität zu reduzieren und führt zu einer Art „Agenda-Übersättigung“. Immer wieder wurde zudem auf die klaffende Lücke zwischen der Erwartung an Städte als Umsetzungsakteure und die Realität nichtfinanzierter Mandate hingewiesen.

Grundsätzlich verschaffen die globalen Agenden partizipativen Prozessen zusätzliche Legitimität, da sie einen offiziellen Auftrag zur Einbindung der Zivilgesellschaft geben. Während die städtische Zivilgesellschaft vielerorts bereits aktiv in die Entwicklung und Umsetzung lokaler Transformationsprozesse eingebunden ist, findet eine Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft noch zu selten statt.

**DIE DERZEITIGE UNTERSTÜTZUNGSLANDSCHAFT ERZIELT
NOCH ZU WENIG DURCHSCHLAGSKRAFT AUF KOMMUNALER EBENE
UND MUSS AUSGEBAUT WERDEN**

In der intensiven Auseinandersetzung mit den einzelnen Transformationspfaden der Kommunen und deren Kontextualisierung in internationale und europäische Prozesse, kristallisierten sich vier übergeordnete Anwendungsfelder der Agenden heraus, aus denen sich wiederum unterschiedlicher Unterstützungsbedarf ableiten lässt (→ Kap. 3.2). Es wurde deutlich, dass die derzeitige Unterstützungslandschaft – auf nationaler und europäischer Ebene (s. o.) – bislang nicht ausreicht, um auf kommunaler Ebene eine hohe Durchschlagskraft zu entfalten.

1. Anwendungsbereich Kenntnisnahme: Um die komplexen Agenden auf lokaler Ebene besser zu verstehen und an Verwaltung, Kommunalpolitik, den Bildungsbereich und Bürger/-innen zu vermitteln, benötigen Kommunen geeignete Kommunikations- und Übersetzungshilfen, insbesondere für den kleinstädtischen Kontext und die alltägliche Arbeit. Dazu zählen auch innovative Ansätze, wie experimentelle und mitunter provokante Interventionen im öffentlichen Raum, die helfen können, das Thema Nachhaltigkeit erlebbar und erfahrbar zu machen und somit verschiedene gesellschaftliche Gruppen auf dem Weg zur Transformation zu mobilisieren.

2. Anwendungsbereich Spiegel: Hilfestellung benötigen Kommunen auch bei der Reflexion ihrer Transformationsprozesse anhand der normativen Leitlinien globaler Agenden, wobei sowohl „hard tools“ (Indikatorenkatalog) als auch „soft tools“ nachgefragt werden. Durch „kollegiales Spiegeln“ (peer review), bei dem bestehende Strategien und Ansätze von Vertreter/-innen anderer Kommunen kritisch beobachtet und reflektiert werden, könnte beispielsweise Nachholbedarf identifiziert werden. Zu den gewünschten Angeboten gehörten zudem eine zentrale Informations-, Beratungs-, & Vermittlungsstelle für die Anwendung globaler Agenden, ein (digitales) Self-Assessment-Tool zur kritischen Reflexion und Einordnung der eigenen Arbeit oder auch die Möglichkeit, an einem strukturierten Austauschprozess zwischen Kommunen teilnehmen zu können („Benchmark – Mentoring – Shadowing“).

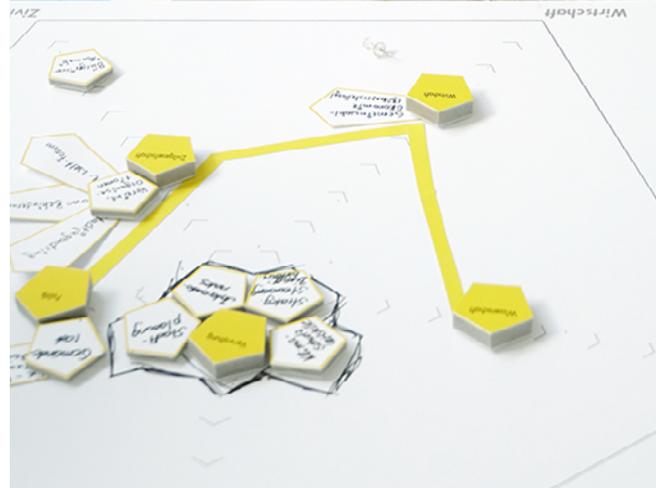
3. Anwendungsbereich Kompass: Oftmals ist das Vorliegen eines INSEK zentrale Voraussetzung, um an Fördermittel zu gelangen, jedoch wird die Erstellung eines solchen Konzepts in manchen Bundesländern nicht gefördert. Wichtig ist daher, die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch kleine und mittlere Kommunen ein INSEK erstellen und finanzieren können. Über eine solche Förderung ließen sich Bezüge zu globalen Agenden sinnvoll herstellen.

4. Anwendungsbereich Rahmen: Damit Kommunen die globalen und europäischen Agenden als ganzheitliches Ziel- und Wertesystem übernehmen und als Strukturierungsinstrument für ihren eigenen lokalen Transformationsansatz nutzen, bedarf es veränderter Rahmenbedingungen – sowohl in politischer als auch finanzieller Hinsicht. Um der lokalen Umsetzung der Agenden mehr politisches Gewicht zu verschaffen, wünschen sich die Kommunen eine übergeordnete Ansiedlung dieser Thematik, etwa beim Bundeskanzleramt. In finanzieller Hinsicht ist es wichtig, dass die Förderprogramme für Kommunen noch stärker eine mittel- bis langfristige Perspektive bieten, da Veränderungsprozesse vor Ort Zeit benötigen. Zudem sollte der Zugang zu Fördermitteln stärker an die Umsetzung der Agenden gekoppelt werden und Anreizsysteme, wie z. B. „Sonderförderungen“ für besonders engagierte Kommunen, enthalten.



Workshop –
Kontextualisierung
lokaler Agenden.
Erste Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst

Workshop –
Akteure lokaler
Agenden.
Erste Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst



Forum –
Mehrwerte, Konflikte,
Beteiligung und
Vernetzung im Kontext
globaler Agenden.
Erste Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst



Unten links:
Ausstellung der
Workshopergebnisse.
Erste Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst

Unten rechts:
Vorstellung der
Arbeitsergebnisse.
Erste Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst



Konzeptwerkstatt –
Anwendungsbereiche
und Aufgaben globaler
Agenden im Kontext
lokaler Transformations-
ansätze.

Zweite Planungswerk-
statt, Frankfurt am Main
Foto: Urban Catalyst



Konzeptwerkstatt –
Unterstützungsangebote
für deutsche Kommunen.
Zweite Planungswerk-
statt, Frankfurt am Main
Foto: Urban Catalyst

Konzeptwerkstatt –
Zusammenfassung der
Ergebnisse.
Zweite Planungswerk-
statt, Frankfurt am Main
Foto: Urban Catalyst



4.4

PLANUNGSWERKSTATT

MIT EUROPÄISCHEN KOMMUNEN

In einer weiteren Planungswerkstatt, die am 13. und 14. Mai 2019 in Berlin stattfand, wurde die Diskussion auf die Ebene europäischer Städte erweitert. Auch hier stand die Rolle globaler Agenden für lokale Transformationsprozesse im Mittelpunkt und es wurden Ideen für Unterstützungsformate entwickelt, die in die laufenden Prozesse der Weiterentwicklung der Leipzig-Charta und der Städteagende für die EU eingebracht werden könnten.

Teilgenommen haben jeweils 1-2 Vertreter/-innen aus fünf europäischen Städten: Athen, La Rochelle, Madrid, Utrecht und Wrocław. Zudem wurde die Stadt Mannheim als Gast und Inputgeber eingeladen. Am zweiten Tag wurden die Ergebnisse mit verschiedenen europäischen Expert/-innen im Lichte aktueller europäischer Prozesse und Debatten reflektiert.

Startpunkt für die Arbeit mit den Kommunen war, ähnlich wie in den ersten beiden Planungswerkstätten, die Auseinandersetzung mit dem eigenen lokalen Transformationsprozess sowie die kritische Reflexion der globalen und europäischen Agenden (→ Kap. 4.3). Die Kernergebnisse der Werkstatt werden im Folgenden zusammengefasst.

EUROPÄISCHE STÄDTE VERFOLGEN SEHR UNTERSCHIEDLICHE TRANSFORMATIONSANSÄTZE UND WERDEN DABEI UNTERSCHIEDLICH UNTERSTÜTZT

Der Einfluss globaler und europäischer Agenden auf die lokalen Transformationspfade der beteiligten europäischen Kommunen variiert sehr stark. So arbeiten Städte wie Utrecht, La Rochelle, Madrid oder Athen bereits sehr intensiv mit einem oder mehreren Agenden – wie den SDGs, der Städteagenda für die EU oder dem Pariser Klimaabkommen – während Wrocław bislang kaum Bezüge zu den Agenden aufweist. Zudem wurden große Unterschiede deutlich hinsichtlich der Motivation sowie der Art und Weise, wie der Bezug zu den Agenden bisher hergestellt, vermittelt und unterstützt wird. Während Athen vor allem von globalen und europäischen Netzwerken wie C40, dem ehemaligen Programm 100 Resilient Cities oder EUROCITIES getragen wird, profitiert La Rochelle vor allem von Anreizen der nationalen Regierung. In Utrecht und Madrid hingegen wurde die Auseinandersetzung mit den Agenden eher lokal initiiert und eingefordert. In Madrid beispielsweise resultiert die internationale Ausrichtung und Agenda-Referenzierung aus der Motivation heraus, die lokale Handlungsfähigkeit und den Transformationsprozess unabhängig von politischen Instabilitäten zu sichern und voranzutreiben. Die europäische Ebene wurde von allen Kommunen als wichtig, derzeit aber noch zu wenig sichtbar und effektiv bezüglich der Unterstützung von Lokalisierungsbestrebungen wahrgenommen.

DIE AGENDEN WERDEN ALS POTENZIELLE MEHRWERTE WAHRGENOMMEN, SIND JEDOCH AUF KOMMUNALER EBENE OFT NOCH NICHT AUSREICHEND PRÄSENT UND FÜHREN ZU NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Vielerorts besteht die Herausforderung darin, den Mehrwert der Agenden für den lokalen Transformationsprozess zu vermitteln – sowohl nach innen (in die Verwaltung) als auch nach außen (in die Zivilgesellschaft). Hilfreich ist in dieser Hinsicht, die abstrakten Agenden an konkrete, integrierte Umsetzungsprojekte auf lokaler Ebene zu koppeln, um diese greifbar zu machen und

damit die lokale Wahrnehmung und Akzeptanz zu fördern. Dies erfordert auch, dass die verschiedenen Verwaltungsabteilungen die Bemühungen in echter Zusammenarbeit zusammenführen. Zudem kann es hilfreich sein, Bündnisse mit Akteuren aus der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft einzugehen, um den politischen Druck zu erhöhen. Dies ist beispielsweise in Utrecht der Fall, wo die Abteilung für Internationale Angelegenheiten mit engagierten Partnern wie Universitäten, Unternehmen und Basisorganisationen im Lokalisierungsprozess der SDGs zusammenarbeitet, um auch die bislang skeptische Stadtverwaltung von deren Mehrwerten zu überzeugen. Um eine langfristige Verantwortung für den Transformationsprozess sicherzustellen, ist die Zusammenarbeit mit Bottom-up Initiativen wichtig um das Wissen über die globalen Prozesse und deren lokale Relevanz in die Breite zu tragen und eine langfristige Verantwortung für den Transformationsprozess sicherzustellen. Die nationale und regionale Ebene können hingegen dazu beitragen, die europäischen Prioritäten in den lokalen Kontext zu übersetzen.

Als besonders herausfordernde Bedingung für die Umsetzung von Rahmenwerken auf lokaler Ebene werden die mangelnde politische Unterstützung sowie anhaltende politische Instabilitäten auf nationaler oder lokaler Ebene wahrgenommen. Hier ist es wichtig, politische „windows of opportunity“ zu nutzen, indem Programme oder operative Instrumente schnellstmöglich und idealerweise zu Beginn eines Mandats auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig kann die Widerstandsfähigkeit von lokalen Transformationspfaden gegen ebenjene Instabilitäten gestärkt werden, wenn diese mit internationalen Netzwerken und Förderprogrammen verknüpft sind.

**DIE LOKALE INTEGRATION GLOBALER AGENDEN BEDARF NEUER, KREATIVER
UNTERSTÜTZUNGSTRUMENTE BEI DENEN DIE EUROPÄISCHE EBENE
EINE WICHTIGE ROLLE SPIELEN KANN**

Bei der Diskussion zu den Unterstützungsmechanismen, die Städte benötigen, um lokale Transformationspfade besser mit den Agenden rückzukoppeln sowie weitere Städte für diese Auseinandersetzung zu mobilisieren, wurde deutlich, dass es in vielerlei Hinsicht an Unterstützung und Hilfestellungen bedarf, die teilweise national oder europäisch initiiert und gedacht werden müssen. Zunächst erscheint es notwendig, die Ziele der Agenden in eine einfache Sprache zu überführen und mithilfe weniger, jedoch einfach verständlicher Kernbotschaften auf spielerische Art zu kommunizieren. Nur so kann eine breite Öffentlichkeit erreicht und mobilisiert werden. Bei der Entwicklung von lokalen Outreach-Strategien sehen die Kommunen großen Unterstützungsbedarf – sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht. Auch über eine mögliche Förderung von „kreativen Aktivisten“ oder „Animateuren“ für die spielerische Vermittlung wurde gesprochen. Diese Überlegungen sollen sich auch in der Weiterentwicklung der Leipzig-Charta niederschlagen: Diese soll ein positives Narrativ für die Stadt der Zukunft entwickeln und mithilfe einer motivierenden Sprache und durch Illustrationen (beispielsweise einem Comic) Breitenwirksamkeit erzielen.

Um zusätzlichen Schwung in den lokalen Umsetzungsprozess zu bringen, ist es zudem erforderlich, die verschiedenen EU-Programme stärker auf die SDGs und die Städteagenda für die EU auszurichten. Das beinhaltet auch das Aufgreifen von Ansätzen in Multiakteurspartnerschaften in Finanzierungssystemen und Programmen der EU. Diese werden als wichtiges Instrument für die Realisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Europa betrachtet. Hier bieten die aktuellen Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU sowie zur Leipzig-Charta politische Anknüpfungspunkte. Darüber hinaus wurden nationale Städtenetzwerke als entscheidende Wissensträger für die lokale Umsetzung der globalen und europäischen Agenden identifiziert. Um ihre Bemühungen zukünftig auszubauen, müssen sie – personell, methodisch und finanziell, gestärkt und befähigt werden. Außerdem gilt es die Zusammenarbeit dieser Netzwerke innerhalb Europas zu stärken, um einen verbesserten Wissensaustausch zu sichern. Hierfür wurde ein jährliches Treffen empfohlen.

Nächste Seite, oben:
Diskussion über die
Relevanz globaler
Agenden für Kommunen.
Europäische Planungs-
werkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst

Nächste Seite, unten:
Erste Workshop-
ergebnisse werden
besprochen. Europäische
Planungswerkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst





Arbeitsgruppe zu Unterstützungsbedarfen von Kommunen. Europäische Planungsworkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst



Erste Workshop-ergebnisse werden besprochen. Europäische Planungsworkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst



Diskussion und Reflexion globaler Agenden. Europäische Planungsworkstatt, Berlin
Foto: Urban Catalyst

4.5

AUSWERTENDE WERKSTATTGESPRÄCHE

Tabelle 2:
Themen und
Stakeholder-
gruppen der Werk-
stattgespräche

Die Ergebnisse der Planungswerkstätten wurden in fünf Werkstattgesprächen reflektiert, ausgewertet und kontextualisiert. Der Fokus richtete sich auf die Rahmenbedingungen und benötigten Unterstützungsleistungen von Kommunen für die Umsetzung globaler und europäischer Agenden sowie mögliche politische Anknüpfungspunkte auf nationaler und europäischer Ebene. Außerdem wurden die Rolle von Akteuren aus Wissenschaft, kommunaler Praxis und Zivilgesellschaft thematisiert sowie die Möglichkeiten einer stärkeren Einbindung in lokale Umsetzungsprozesse in den Blick genommen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die thematischen Schwerpunkte der Werkstattgespräche und die involvierten Stakeholdergruppen. Die zentralen Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst. Die Erkenntnisse des europäischen Werkstattgesprächs flossen in Kapitel 4.2 und 5.2 ein.

Nr.	Themen	Stakeholdergruppen
1	Synergien und Schnittstellen zu ähnlich gelagerten Projekten	Vertreter/-innen relevanter Projekte zur Umsetzung globaler/europäischer Abkommen auf lokaler Ebene und zur Weiterentwicklung der Leipzig-Charta
2	Prozesse und Entwicklungen auf EU-Ebene zur lokalen Umsetzung globaler und europäischer Agenden	Expert/-innen, die auf europäischer Ebene in Agendaprozesse eingebunden sind (z.B. Städtetzwerke)
3	Rolle von Wissenschaft und kommunaler Praxis im Umsetzungsprozess	Expert/-innen aus Wissenschaft und kommunaler Praxis
4	Kooperationsmöglichkeiten zwischen Stadt, Zivilgesellschaft und Wissenschaft	Vertreter/-innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft
5	Nachhaltige Planungs- und Baupraxis: Rahmenbedingungen für Innovationen	Umsetzungsakteure aus der nachhaltigen Planungs- und Baupraxis

KOMMUNALE UMSETZUNGSBESTREBUNGEN UND INNOVATIONEN

ERFORDERN EINEN KLAREN POLITISCHEN UND LEGISLATIVEN RAHMEN

SOWIE FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG

Die Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen, die deutsche Kommunen zur Umsetzung der Agenden benötigen, wurden vor allem in den Werkstattgesprächen 1 und 3 thematisiert. In Werkstattgespräch 5 wurde speziell auf die nötigen Rahmenbedingungen zur Förderung von nachhaltigen Planungs- und Bauinvestitionen in Kommunen eingegangen.

Die Diskussionen machten deutlich, dass die kommunalen Umsetzungsbestrebungen nur mit einem stärkeren politischen und legislativen Rahmen sowie Kommittent vonseiten des Bundes und der Länder – in Form von politischen Vorgaben und Anerkennung für Umsetzungsanstrengungen – an Fahrt aufnehmen werden. Es wurde empfohlen, Nachhaltigkeit als Pflicht-

aufgabe und wesentlichen Teil der Daseinsvorsorge festzulegen, um die Voraussetzungen für die Umsetzung der internationalen Agenden zu verbessern.

Zudem werden die kommunalen Governance-Strukturen als wichtiger Hebel betrachtet. Während nachhaltige Stadtentwicklung eine Querschnittsaufgabe ist, fehlen in den Verwaltungen oftmals Strukturen, um themen- bzw. sektorenübergreifende Angelegenheiten anzugehen und Innovation zu fördern. Reformen der Kommunalverwaltungen gelten daher als überfällig, Kommunen wie Mannheim, Ludwigsburg oder Rheden in den Niederlanden könnten hier als Vorbild dienen. In den Gesprächen zeigte sich jedoch, dass das Erfahrungswissen von diesen Leuchtturmprojekten noch nicht ausreichend aufgearbeitet wurde und zur Verfügung steht. Außerdem ist eine dauerhafte wissenschaftliche Begleitung von Transformationsprozessen notwendig.

Um auf kommunaler Ebene eine nachhaltige Planungs- und Baupraxis zu etablieren, wurden verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen eingebracht. Um Nachhaltigkeit im Bausektor stärker in die Breite zu tragen, seien neue Denkmotive und eine Vereinfachung von gesetzlichen Vorgaben notwendig. Außerdem müsste mehr Spielraum für Innovation in Reallaboren geschaffen werden. Der Ausbau von Innovationsprogrammen, wie der Initiative Zukunft Bau könnte helfen, diese Aspekte noch intensiver in den Blick zu nehmen und nachhaltige Bau- und Planungspraxis zu skalieren. Bei der Vergabe von Flächen könnten seitens der Kommunen Impulse gesetzt werden, das Gemeinwohl stärker in den Fokus zu rücken. Auch könnte die Einpreisung von Umweltkosten, etwa im Kontext von Public Procurement, helfen, den Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit aufzuheben. Zudem sei innerhalb der Kommunen eine ausdauernde Auseinandersetzung mit Innovationen nötig, ebenso wie Zeit und Mut, zu experimentieren. Dafür seien Kommunen auf fähige Mitarbeiter/-innen angewiesen, doch die angebotenen Tarifverträge seien oftmals unattraktiv. Vor allem kleinere Kommunen und Kommunen in strukturschwachen Regionen hätten oftmals nicht die Kapazitäten, Transformation zur Nachhaltigkeit anzugehen, da es an Mitteln, Unterstützung und Partnern fehlt.

**KOMMUNEN BENÖTIGEN VIELFÄLTIGE UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN,
JEDOCH IN GEBÜNDELTER FORM – VON ÜBERSETZUNGSHILFEN
BIS HIN ZU WEITERBILDUNGEN UND COACHINGS**

Die Werkstattgespräche bestätigten viele der in den Planungswerkstätten und Experteninterviews identifizierten Förderlücken und Unterstützungsbedürfnisse. Als besonders dringlich wird eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle erachtet, die Informationen zur Umsetzung globaler und europäischer Agenden (z. B. Förderprogramme, Beratungsleistungen, Referenzbeispiele) bündelt und in diesem Zuge Weiterbildungen anbietet. Zudem wurde Unterstützung bei der Erstellung von lokalen Kommunikations- und Aktivierungsstrategien zur Vermittlung der Agenden in die Kommune hinein sowie nach außen, ebenso wie die Bereitstellung von Übersetzungs- und Argumentationshilfen für Kommunen als kritischer Bedarf ermittelt.

Darüber wurden Aus- bzw. Weiterbildungen für Verwaltungsangestellte vorgeschlagen, die einen stärkeren Fokus auf Prozessgestaltung legen. Auch Nachhaltigkeitscoachings für Verwaltungsspitzen oder längere Aufenthalte von Verwaltungsmitarbeitenden an Universitäten und Forschungseinrichtungen erscheinen sinnvoll. Ein weiterer Bedarf wurde in Hinblick auf die Finanzierung kostenintensiverer Vorhaben ermittelt. Die bestehenden Förderangebote seien oft sehr kleinteilig angelegt und reichen nicht aus, um große Transformationsvorhaben zu stemmen. In diesem Zusammenhang wurden auch Überlegungen zu einem gemeinschaftlichen, ressortübergreifenden Fördertopf auf Bundesebene zur Umsetzung urbaner Transformationen angestellt.

**DIE WISSENSCHAFTLICHE AUSEINANDERSETZUNG MIT GLOBALEN
AGENDAPROZESSEN UND DIE EINBINDUNG IN LOKALE UMSETZUNGS-
STRATEGIEN BERGEN GROSSES POTENZIAL, FINDEN JEDOCH NOCH
UNZUREICHEND STATT**

Die Rolle und Einbindung von Akteuren aus Wissenschaft, Planungs- und Baupraxis sowie Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Agenden wurde besonders in den Werkstattgesprächen 3, 4 und 5 thematisiert.

Mit Blick auf die Rolle der Wissenschaft wurde die Forderung laut, diese stärker in die Vermittlung von klassischem Methodenwissen bis hin zu Prozessorganisationswissen in die Arbeit von Kommunen einzubinden. Angeregt wurde auch eine stärkere Verankerung der globalen Agenden und Nachhaltigkeitsziele in die Curricula-Entwicklung von stadtbezogenen Studiengängen sowie in den Verwaltungen von Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Weiterhin stand die Förderkulisse für transdisziplinäre Forschung im Fokus, die kaum Anreizsysteme für Forschende bietet, sich in die komplexen und zeitaufwendigen Prozesse einzubringen. Die Stadt Dortmund lieferte einige Gute-Praxis-Beispiele zur Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Zivilgesellschaft, zum Beispiel mit dem Projekt „nordwärts“. Dieses fungiert als Reallabor mit wissenschaftlichem Ansatz und setzt seit über zehn Jahre Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung im strukturschwachen Dortmunder Norden, indem Formate der Partizipation und des „Mitmachens“ umgesetzt werden.

**FÜR INNOVATIONSTARKE UMSETZUNGSAKTEURE SPIELEN DIE
AGENDEN EINE UNTERGEORDNETE ROLLE, DOCH IHRE FUNKTION
ALS TRENDSETTER UND EINE KULTUR DER IDEEN UND EXPERIMENTE
MÜSSEN GESTÄRKT WERDEN**

Das Gespräch mit den Umsetzungsakteuren aus Finanzierung, Planung und dem Baubereich zeigte, dass die globalen Agenden hier eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Unter anderem werden für diese Akteursgruppen wichtige Themen wie Digitalisierung in den Agenden nicht ausreichend thematisiert, womit diese an Relevanz verlieren. Deutlich wurde, dass innovative Ansätze im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung eher nach eigenen Prinzipien und Ansätzen arbeiten. Die Baubranche ist beispielsweise einer der Schlüsselsektoren für die Arbeit mit dem Cradle-to-Cradle (C2C) Prinzip. Doch obwohl C2C im Sinne der globalen Agenden funktioniert, wird auf eine Referenzierung in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit verzichtet.

Auch im Bereich der Finanzierung nachhaltiger Bauvorhaben, etwa bei der GLS Bank, haben die Nachhaltigkeitsagenden keine praktische Relevanz. Zwar finanziert die Bank ausschließlich nachhaltige (Stadtentwicklungs-)Vorhaben, diese werden jedoch nach eigenen Kriterien bewertet und evaluiert. Daraus lässt sich schließen, dass innovationsstarke Umsetzungsakteure im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung vielmehr als Trendsetter für zukünftige Nachhaltigkeitsdiskurse verstanden werden können und weniger von der Bezugnahme auf globale Agenden profitieren. Grundsätzlich sehen die Umsetzungsakteure den Bedarf, eine stärkere Kultur der Ideen und Prozesse in der Bau- und Planungspraxis zu verankern. Damit einher geht Verbesserungsbedarf der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen (s. o.).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen



Aufbauend auf den in Kapitel 4 dargelegten Projektergebnissen wurden politische Anknüpfungspunkte und Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene ermittelt, mithilfe derer die kommunalen Erfahrungswerte und identifizierten Unterstützungsleistungen sinnvoll aufgegriffen werden könnten. Das folgende Kapitel stellt die zentralen Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie für die Fortschreibung der Leipzig-Charta und Städteagenda für die EU vor.

5.1

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Auf Basis der Ergebnisse der Bestandaufnahme der Nationalen Stadtentwicklungspolitik von 2017 und im Lichte der ermittelten Relevanz und Wirkung globaler und europäischer Agenden auf die Stadtentwicklung in Deutschland, wurden Empfehlungen für vier übergeordnete Handlungsbereiche entwickelt.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE KOMMUNALE HANDLUNGSFÄHIGKEIT OPTIMIEREN

Damit Kommunen ihrer Rolle als zentrale Implementierungsakteure globaler und europäischer Agenden nachkommen können, müssen ihre institutionellen und personellen Kapazitäten gestärkt werden. Ein Fokus sollte hierbei auf die Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustauschs zwischen Kommunen sowie auf Weiterbildungs- und Beratungsangebote gelegt werden.

Aufbau einer zentralen Anlaufstelle zur Bündelung von Angeboten und Bereitstellung von Unterstützungsleistungen für Kommunen

Um Kommunen bei der Navigation durch die komplexe Agendalandschaft zu unterstützen, ihre Fähigkeiten in der Gestaltung von lokalen Transformationsprozessen zu stärken und den Erfahrungsaustausch zu verbessern, erscheint der Aufbau einer zentralen Fortbildungs- und Beratungseinrichtung – ähnlich dem Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) – sinnvoll. Die Einrichtung sollte verschiedene Angebote bündeln, unter anderem Weiterbildungsangebote und Coachings für Verwaltungsspitzen, Aufarbeitung und Bereitstellung von kommunalem Erfahrungswissen und Gute-Praxis-Beispielen, Vermittlung der Mehrwerte globaler Agendaprozesse für lokale Transformationsansätze und die Bereitstellung von Übersetzungshilfen, Leitfäden und Tools (z. B. Monitoring-Tools). Insbesondere bei der Entwicklung von Weiterbildungs- und Trainingsformaten für Kommunen sollten die identifizierten vier Anwendungsbereiche für globale Agenden als systematische Grundlage hinzugezogen werden (→ Kap. 3.2). Die Einrichtung könnte eines der „regionalen Cluster“ bilden, die in → Kap. 5.2 vorgeschlagen werden und unter dem Dach der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angesiedelt sein.

Förderung eines strukturierten und fortlaufenden Wissens- und Erfahrungsaustauschs zwischen Kommunen

Darüber hinaus müssen Strukturen und Formate für einen fortlaufenden Austauschprozess zwischen Kommunen geschaffen werden. Der jährlich stattfindende Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte als Dialogplattform um weitere, regelmäßig stattfindende, kommunale Planungswerkstätten ergänzt werden. Empfehlenswert ist außerdem die finanzielle Förderung von temporären Entsendungen bestimmter Verwaltungsangestellter an andere Kommunen. Insbesondere das „Mitlaufen“ von Mitarbeitern aus „Starter-Kommunen“ in Städten, die aufgrund ihrer Transformationsprozesse als Vorreiter gelten, birgt großes Potenzial. Zudem könnte ein institutionalisiertes und gefördertes kommunales peer-review dazu führen, dass in kollegialer Atmosphäre Strategien und Ansätze durch Vertreter/-innen anderer Kommunen kritisch beobachtet und reflektiert werden.

Zudem sollte der kommunale Wissens- und Erfahrungsaustausch auch international gedacht und Anreize hierfür geschaffen werden. In diesem Kontext wäre die Bereitstellung eines finanziellen Kontingents für Reisen von Kommunalvertreter/-innen zu internationalen politischen Veranstaltungen nützlich. Dies würde dazu beitragen, dass nicht immer nur dieselben Kommunen dort vertreten sind, sondern auch kleinere Kommunen auf dem Weg zur globalen Verantwortung mitgenommen werden. Außerdem sollte darauf Wert gelegt werden, dass ausreichend Kommunen in den deutschen Delegationen zu internationalen Veranstaltungen, wie etwa dem World Urban Forum oder dem HLPF, vertreten sind.

Bereitstellung einer adäquaten Finanzierung

Zentraler Hebel, um Kommunen an der Umsetzung der Agendaziele zu beteiligen, ist die Bereitstellung einer angemessenen Finanzierung. Zukünftig gilt es daher neue Mechanismen zu entwickeln, die stärkere Anreize für eine Auseinandersetzung mit den Agenden schaffen.

Projekte wie „Global Nachhaltige Kommune“ von SKEW zeigen, dass es oftmals Impulse von außen benötigt, um den Blick von Kommunen auf internationale (Agenda-)Prozesse zu lenken und das Bewusstsein für globale Nachhaltigkeitsthemen schärfen. Ein „Push-Faktor“ ähnlicher Art könnten bestimmte Kriterien zur Vergabe von Förderprojekten im Rahmen vom ExWoSt oder den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sein. So könnten Antragsteller verpflichtet werden, die Einbettung ihres Projektes in internationale Agendaprozesse darzulegen und konkrete Bezüge zu globalen Zielen herzustellen. Ein mögliches Auswahlkriterium könnte zudem die Projektentwicklung und -umsetzung durch Multiakteurspartnerschaften sein. In Anlehnung an das „Cash for Work“-Modell könnte die Förderung bzw. deren Fortführung zudem an die Erreichung vordefinierter Ziele gebunden sein, um ein Anreizsystem zu schaffen, welches ein langfristiges Engagement sicherstellt – eine wichtige Voraussetzung, um grundlegende Veränderungsprozesse vor Ort anzustoßen.

SCHNITTSTELLEN ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND PRAXIS STÄRKEN

Die Gestaltung und Wirkung lokaler Transformationsprozesse wirft noch viele Fragen auf. Um diese Prozesse besser zu durchdringen und zu unterstützen, bedarf es einer stärkeren Verzahnung von Wissenschaft und kommunaler Praxis, durch neue Kooperationsformate, eine neue Ausrichtung von Lehre und Forschung, sowie eines verbesserten Wissenstransfers. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bietet eine gute Möglichkeit, sich mit der Rolle von Wissenschaft und Forschung in lokalen Transformationsprozessen intensiver zu befassen und die Ausgestaltung neuer Wissenschaft-Praxis-Formate zu thematisieren. Darüber hinaus müssen jedoch noch weitere Schnittstellen für eine dauerhafte Zusammenarbeit geschaffen werden.

Neue Formen der Kooperation zwischen Forschern, kommunalen Entscheidungsträgern und Umsetzungsakteuren etablieren

Es müssen neue Kooperationsformate und Partnerschaften zwischen Akteuren aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung sowie Planungs- und Baupraxis entwickelt und Anreize für deren Umsetzung geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wäre das Aufsetzen einer „Forscher-Börse“, wo sich Kommunen einen wissenschaftlichen „Umsetzungsagenten“ für einen begrenzten Zeitraum ausleihen und dessen Expertise in Anspruch nehmen können, zu prüfen. Auch die Förderung eines „Chief Scientific Adviser“ in Kommunen, welcher lokale Transformationsprozesse mitgestaltet und wissenschaftlich begleitet, erscheint vielversprechend und sollte im Rahmen von Pilotprojekten erprobt werden werden.

Kommunale Transformationsprozesse wissenschaftlich begleiten und aufbereiten

Ebenfalls von großer Relevanz ist die Stärkung des Wissenstransfers zwischen Forschung und kommunaler Praxis. Bestehende Programme, wie ExWoSt, die „Allgemeine Ressortforschung“ (ReFo) oder die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, welche eine wissenschaftliche Begleitung von lokalen Transformationsprozessen in Kommunen bereits fördern, sollten daher ausgebaut werden. Gewonnene Ergebnisse der Begleitforschung sollten anwendungsorientiert für Kommunen aufbereitet werden und in die Arbeit der oben genannten zentralen Anlaufstelle einfließen. Wichtig ist, das generierte Erfahrungswissen aus lokalen Transformationsprozessen in die Breite zu tragen und anderen kommunalen Akteuren zur Verfügung zu stellen.

Die Lehre von Planung und Architektur im Lichte globaler Agenden weiterdenken

Eine Neuausrichtung bzw. Anpassung der Lehre ist dringend notwendig, um den neuen Anforderungen an Architekten und Planer gerecht zu werden und die Umsetzungsakteure von morgen für die Gestaltung von Transformationsprozessen in Kommunen adäquat vorzubereiten. Empfohlen wird daher, Architektur- und Stadtplanungsstudiengänge stärker interdisziplinär und international auszurichten, um das erforderliche systemisch-integrierte Denken zu vermitteln und das Verständnis für globale Verantwortung und Herangehensweisen anderenorts zu schärfen. Auch sollten Studierende und Nachwuchswissenschaftler/-innen über Studienprojekte in lokale Transformationsprozesse eingebunden werden, sowie regelmäßig Workshops mit Nachwuchswissenschaftlern, Planern und kommunalen Akteuren zu verschiedenen Aspekten der Zukunftsgestaltung gefördert werden. Ebenfalls sinnvoll erscheint die Durchführung von Summer Schools zur Gestaltung lokaler Transformationsprozesse im Lichte globaler und europäischer Agenden. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte sich diesen Fragestellungen widmen und von den teilnehmenden Einrichtungen und Hochschulen als Chance genutzt werden, um neue Kooperationen einzuleiten und entsprechende Formate zu initiieren.

DAS PROFIL DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK SCHÄRFEN UND EINE KULTUR DER ZUSAMMENARBEIT ERWIRKEN

Die Rolle der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Informationsvermittler verbessern

Damit das Thema Stadt noch mehr in die Breite getragen wird, sollte die Nationale Stadtentwicklungspolitik verstärkt als Informationsvermittler sowie Beteiligungs- und Umsetzungsinstrument für integrierte Stadtentwicklung und die Lokalisierung relevanter Agenden in Erscheinung treten. Hier gilt es insbesondere die Chancen zusätzlicher Kanäle und digitaler Formate zur Schaffung neuer Teilhabemöglichkeiten auszuloten. Eine Idee wäre, die Webseite der

Nationalen Stadtentwicklungspolitik als zentrales Leitmedium auszubauen. Die Seite könnte eine Navigationshilfe für Kommunen sein, indem sie einen ersten Überblick über bestehende nationale Förderprogramme gibt, Gute-Praxis-Beispiele anschaulich aufbereitet und auf die zentrale Beratungsstelle verweist. Interaktive Elemente (wie z. B. Diskussionsforen, Online-Fragebögen) könnten einer breiteren Öffentlichkeit Möglichkeiten zur Beteiligung geben.

Eine Kultur ressortübergreifender Zusammenarbeit zu Fragen städtischer Entwicklung etablieren

Um als Dachmarke für Urbanität wahrgenommen zu werden, bedarf es einer neuen Kultur partnerschaftlicher und ressortübergreifender Zusammenarbeit zu Fragen städtischer Entwicklung. Aktuell laufen zu viele Vorhaben parallel und ohne ausreichend Verzahnung – hier besteht die Gefahr von Doppelstrukturen und ungenutzten Synergiepotenzialen. Damit sich die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Überbau gemeinsamen Handelns im Bereich Stadtentwicklung etabliert und einen integrierten Ansatz bei der Auseinandersetzung mit globalen und europäischen Agenden fördert, sollte die interministerielle Zusammenarbeit ausgebaut werden. Nach Vorbild des hochrangig besetzten National Urban Forums in Polen könnte der Bundeskongress Nationale Stadtentwicklung beispielsweise verschiedene Ministerien stärker in einen Dialog bringen.

REGELMÄSSIGE EVALUATION DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Um schneller auf aktuelle Trends, Herausforderungen und relevante politische Prozesse im Bereich städtischer Entwicklung reagieren zu können, sollte die Nationale Stadtentwicklungspolitik zukünftig regelmäßig und unter Einbindung unterschiedlicher, insbesondere kommunaler Akteure evaluiert werden. Solch eine Evaluation würde eine gute Grundlage für eine evidenzbasierte Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bilden. Die Ergebnisse könnten zudem in internationale Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse fließen. So soll zukünftig beispielsweise die Evaluation der spanischen Städteagenda für den National Voluntary Review Prozess der Agenda 2030 genutzt werden.

5.2

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

MEHRWERTE DER NEUEN LEIPZIG-CHARTA HERAUSSTELLEN

In den Diskussionen um die Weiterentwicklung der Leipzig-Charta wurde regelmäßig die Forderung laut, klar herauszustellen, worin der Mehrwert der Charta angesichts einer bestehenden „Agenda-Übersättigung“ besteht und gleichsam eine einfache Anwendbarkeit für Kommunen sicherzustellen. Im Laufe des Projektes kristallisierten sich vor allem zwei Mehrwerte heraus: einerseits die Entwicklung eines überzeugenden Zukunftsnarrativs sowie die Einnahme einer „Mittlerrolle“ durch die Verzahnung bzw. das Aufgreifen verschiedener Agenden.

Breitenwirksame Vermittlung eines positiven Zukunftsnarrativ für europäische Städte

Die Leipzig-Charta sollte sich der Aufgabe widmen, ein überzeugendes Zukunftsnarrativ zu entwickeln und eine positive Zukunftsvision für die europäische Stadt von morgen zu zeichnen, welche

den Zeitgeist heutiger Entwicklungen widerspiegelt und gleichsam auf die notwendigen radikalen Transformationen eingeht. Dabei sollte auch die Darstellung und Vermittlung nach „außen“ bedacht werden. Um kommunale Akteure auf dem Weg zu einer nachhaltigen urbanen Transformation mitzunehmen, muss eine weniger administrative Sprache gefunden und die zentralen Botschaften über geeignete Kommunikationstools (z. B. Comics oder Faltposter) vermittelt werden.

Die Leipzig-Charta als Schnittstelle verschiedener Agenden etablieren

Gleichsam wurde deutlich, dass bis heute – sowohl auf politischer als auch auf operationeller Ebene – die Verknüpfung der verschiedenen Agenden und Prozesse wenig ausgeprägt ist. Diese Lücke könnte die Leipzig-Charta schließen, indem sie die verschiedenen Fäden zusammenführt. Ein Blick in die Agendalandschaft zeigt vier Hebel, welche für die urbane Transformation als besonders zentral identifiziert wurden und in der Leipzig-Charta als Schlüsselprinzipien verankert werden sollten.

- **Integrierte Stadtentwicklung:** Diese Forderung ist bereits seit 2007 Schlüsselprinzip der Leipzig-Charta und sollte weiterhin Bestand haben. Die Notwendigkeit einer systemisch-integrierten Herangehensweise wird in der Agenda 2030 und der NUA noch einmal bekräftigt.
- **Verbesserte Rahmenbedingungen für Kommunen schaffen:** Dies betrifft insbesondere die Förderung kapazitätsaufbauender Maßnahmen sowie die Schaffung angemessener finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen, wie vor allem in der New Urban Agenda gefordert.
- **Multiakteurspartnerschaften als Handlungspraxis etablieren:** Ein verbessertes Zusammenwirken der verschiedenen Politikebenen und Stakeholdergruppen sollte als Kernanliegen herausgestellt werden. Dies fordert sowohl die Agenda 2030 als auch die Städteagenda für die EU.
- **Globale Verantwortung herausstellen:** Stadtentwicklung muss nicht nur europäisch, sondern auch global gedacht werden, das macht vor allem die Agenda 2030 deutlich. Internationale Kooperationen und der überregionale Austausch zwischen Kommunen sollten daher zum festen Repertoire gehören.

MIT NEUEN MECHANISMEN DIE UMSETZUNGSEBENE STÄRKEN

Aktuelle Überlegungen zur Weiterentwicklung der Leipzig-Charta sehen vor, dass die Charta auch zukünftig ihre Funktion als politisch-strategisches Leitbild beibehalten soll. Als möglicher Umsetzungsmechanismus für die in der Leipzig-Charta verankerten Prinzipien wird aktuell die Städteagenda für die EU (in überarbeiteter Form) diskutiert. Da sich die Städteagenda für die EU jedoch ebenfalls in einer Neuformulierungsphase befindet, ist bislang noch unklar, welche konkreten Umsetzungsinstrumente diese beinhalten kann, um Kommunen bei der Implementierung globaler und europäischer Agenden zu helfen. Vor diesem Hintergrund ist die politische Anschlussfähigkeit der formulierten Empfehlungen zu prüfen.

Davon abgesehen ist jedoch unverkennbar, dass europäische Kommunen nur als starke Umsetzungsakteure von globalen und europäischen Agenden in Erscheinung treten können, wenn zukünftig in kapazitätsaufbauende Maßnahmen sowie in einen verbesserten Wissens- und Erfahrungsaustausch investiert wird.

Etablierung eines Urban Erasmus-Programms zur Mobilisierung europäischer Kommunen

Besonders relevant werden eine Intensivierung der Zusammenarbeit und der Austausch zwischen europäischen Kommunen sein. Unter dem Schirm eines „Urban Erasmus-Programms“ könnte die Mobilität von Kommunen zu Lernzwecken gefördert werden, mit dem Ziel, personelle

Kapazitäten zu stärken und inspirierenden Einblicke in die Erfahrungswelt und Alltagspraktiken anderer Kommunen zu erhalten. Austauschformate, die im Rahmen des Programmes gefördert werden könnten, wären u. a. das Entsenden bzw. Empfangen von Verwaltungsangestellten anderer europäischer Städte oder das „Ausleihen“ von Experten aus Wissenschaft oder Wirtschaft (→ Kap. 5.1). Zudem könnte Kommunalvertreter/-innen die Teilnahme an organisierten Summer Schools ermöglicht werden, die unterschiedliche Schwerpunktthemen rund um die globalen und europäischen Agenden aufgreifen, neues Wissen vermitteln und Vernetzung ermöglichen. Konkret könnte das Programm Kommunen durch Kostenzuschüsse oder die Vermittlung von Kooperationskommunen unterstützen. Es würde sich anbieten, das Programm an die regionalen Weiterbildungs- und Trainingszentren anzudocken, welche unter dem Dach von URBACT aufgebaut werden könnten.

Regionale Weiterbildungs- und Trainingszentren

Ähnlich wie im nationalen Kontext stehen europäische Kommunen vor der Herausforderung, lokale Transformationsprozesse unter Bezugnahme globaler und europäischer Agenden zu gestalten. Komplementär zu dem von der EU-Kommission eingerichteten One-Stop-Shop, welcher stadtrelevante Informationen auf einer digitalen Plattform bündelt, sollten im Rahmen von URBACT physische Weiterbildungs- und Trainingszentren in verschiedenen Regionen Europas (Nord-, Süd-, West-, Mittel-, Ost-, und Südosteuropa) aufgebaut werden. Regionale Cluster würden kurze Wege für die Kommunen bedeuten und gleichzeitig einen überregionalen kommunalen Erfahrungsaustausch fördern. Die dort gemachten Angebote sollten sinnvoll mit den auf dem One-Stop-Shop zur Verfügung gestellten Informationen verzahnt und darüber stärker in die Kommunen getragen werden. Als Vorbildung für die konkrete Ausgestaltung dieser Zentren könnte die unter Kap. 5.1 empfohlene Einrichtung gelten, welche gleichzeitig das regionale Cluster für Mitteleuropa bilden könnte.

Stärkung von Städtenetzwerken als Wissensträger

Nationale und überregionale Städtenetzwerke wie das Council of European Municipalities and Regions (CEMR), UCLG oder EUROCITIES gelten als wichtige Wissensträger für Kommunen. Um ihre Rolle bei der lokalen Umsetzung globaler und europäischer Agenden zukünftig noch zu stärken und auszubauen, wird eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen kommunalen Spitzenverbände und überregionalen Städtenetzwerke in Europa empfohlen, sowie die Stärkung ihrer Kapazitäten – personell und finanziell – als notwendig erachtet. Zur Förderung der Koordination und um Doppelungen zu vermeiden, wären regelmäßig stattfindende Treffen dieser Akteure sinnvoll. Als Plattform könnte hierfür die bereits bestehende Untergruppe „Delivering Sustainable Development Goals at local and regional level“ dienen; diese sollte jedoch in Hinblick auf Inhalte und die Einbindung von Akteuren ausgebaut werden. Zudem sollten Mitarbeiter/-innen von Städtenetzwerken neue Impulse aus Wissenschaft und Praxis erhalten, beispielsweise in Hinblick auf den Einsatz innovativer Methoden – wie den visuell-haptischen Arbeitsmaterialien, die sich bei der Arbeit mit Kommunen bewährt haben – oder aufgearbeitete Wissensbestände. Die Durchführung von Training of Trainers (ToT) käme hierfür als sinnvolles Format in Frage.

Reflexion



6.1

REFLEXION DER PROJEKTERGEBNISSE

Im Folgenden werden die eingangs formulierten Ziele hinsichtlich Zielerreichung und aufgetretener Herausforderungen im Projekt reflektiert und evaluiert.

Ziel	Zielerreichung	Herausforderungen
<p>Durchdringung der Relevanz und Implikationen internationaler und europäischer Agenden und deren Folgeprozesse für die kommunale Planung in deutschen und europäischen Städten sowie für die Nationale Stadtentwicklungspolitik</p>	<p>Es konnte ein Verständnis für die Relevanz und Implikation der Agenden für die Nationale Stadtentwicklungspolitik und kommunale Planung in deutschen und europäischen Kommunen entwickelt werden, jedoch nicht für alle Agenden gleichermaßen. Vor allem die Relevanz und Wirkung der Agenda 2030 und der Städteagenda für die EU konnten vertieft untersucht werden.</p>	<p>Die Projektressourcen ließen es nicht zu, alle relevanten Agenden gleichermaßen hinsichtlich ihrer Rolle und Wirkung zu analysieren. Besonders das Pariser Klimaabkommen und die Genfer UN Charta zu nachhaltigem Wohnen spielten nur eine untergeordnete Rolle.</p> <p>Bislang gibt es wenige Vorreiterkommunen, die sich mit mehreren Agenden gleichermaßen beschäftigen und diese versuchen umzusetzen. Für viele Kommunen waren die Agenda 2030 und die SDGs der Referenzrahmen.</p> <p>Die (möglichen) Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Agenden konnten nur ansatzweise ermittelt werden.</p>
<p>Bestandsaufnahme lokaler Transformationspfade und Erfassen des kommunalen Erfahrungswissens bei Anwendung globaler und europäischer Agenden</p>	<p>Durch die intensive Arbeit mit deutschen und europäischen Kommunen konnten unterschiedliche Transformationspfade erfasst und das kommunale Erfahrungswissen bei der Anwendung der Agenden herausgearbeitet werden.</p> <p>Die teilnehmenden Kommunen nahmen aktiv an der Bestandsaufnahme und den gemeinsamen Diskussionen teil.</p> <p>Im Projekt konnten vier Anwendungsfelder für die Agenden identifiziert werden.</p>	<p>Die begrenzte Zahl eingeladener Städte konnte nur einen kleinen Einblick in die Vielfalt lokaler Transformationsansätze geben. Insbesondere die Erfahrung kleinerer Kommunen konnte nur bedingt abgebildet werden.</p> <p>Die Vertreter/-innen der Kommunen kommunizierten vor allem „ihre“ Sicht auf die Rolle und Relevanz der globalen Agenden; ein differenzierterer Blick und ein umfassenderes Verständnis könnte nur durch ein intensiveres Forschungsformat (z. B. vor-Ort-Workshops mit mehreren Teilnehmer/-innen) erarbeitet werden.</p>

Tabelle 3:
Abgleich
Projektziele und
Zielerreichung

Ziel	Zielerreichung	Herausforderungen
<p>Identifikation von Rahmenbedingungen und Unterstützungsmechanismen im nationalen und europäischen Kontext für Kommunen</p>	<p>Die Planungswerkstätten waren ein geeignetes Format für die Ermittlung von notwendigen Rahmenbedingungen und Unterstützungsmechanismen.</p> <p>In allen Städten zeigt sich ein hoher Bedarf an Unterstützung, dieser konnte differenziert benannt und typisiert werden.</p> <p>Es wurden konkrete Ideen für Formate, Werkzeuge und Anreize zur Unterstützung lokaler Umsetzungsprozesse entwickelt.</p> <p>Es konnte eine große Varianz im europäischen Kontext hinsichtlich nationaler Rahmenbedingungen und bestehender Unterstützungswerkzeuge ermittelt werden.</p>	<p>Die identifizierten Rahmenbedingungen und Unterstützungsmechanismen auf EU-Ebene basieren auf einer kleinen Fallzahl an europäischen Kommunen, deren Erfahrungen eingefangen werden konnten. Um ein differenzierteres Bild zu erhalten, wäre eine breiter angelegte Analyse von Kommunen unterschiedlicher Größe und aus verschiedenen europäischen Regionen notwendig.</p>
<p>Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie für die Fortschreibung der Leipzig-Charta unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 und der Städteagenda für die EU</p>	<p>Die Ergebnisse aus den verschiedenen Projektbausteinen bildeten eine solide Grundlage für die Formulierung von (teilweise sehr konkreten) politischen Handlungsempfehlungen. Für die europäische Ebene stellte sich dies jedoch deutlich schwieriger dar.</p> <p>Im Projektverlauf zeigte sich, dass auf europäischer Ebene die Städteagenda für die EU und auf nationaler Ebene die Nationale Stadtentwicklungspolitik von der Praxis- und Implementierungsperspektive der Kommunen und lokaler Akteure profitieren können.</p> <p>Die Erweiterung des Projektes um die europäische Perspektive erwies sich hierbei als äußerst hilfreich, ebenso wie die direkte Einbeziehung von Schlüsselakteuren die auf EU-Ebene an Agendaentwicklungen beteiligt sind.</p>	<p>Erst spät im Projektverlauf kristallisierte sich eine sinnvolle „Arbeitsteilung“ zwischen dem Projekt „Globale urbane Transformation“ und dem Projekt „Möglichkeiten und Strategien der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“ heraus; bei einer früheren Klärung und besseren Verknüpfung der parallelen Beratungsprozesse hätte das Projekt zielgerichteter den Prozessen zuarbeiten können.</p> <p>Da sich viele Rahmenbedingungen und Rahmenwerke auf EU-Ebene derzeit in einer Neuformulierungsphase befinden (z. B. Städteagenda für die EU) fiel es schwer, konkrete Empfehlungen zu formulieren, wie das praktische Erfahrungswissen der Kommunen sowie der identifizierte Unterstützungsbedarf politisch aufgegriffen werden können.</p>
<p>Förderung des kommunalen Erfahrungsaustausches sowie von kommunalen Umsetzungsbestrebungen durch die Distribution der Projektergebnisse auf der Umsetzungsebene</p>	<p>Die positive Resonanz der an den Projektformaten beteiligten Kommunen und Expertinnen bestätigt den hohen Bedarf nach Wissens- und Erfahrungsaustausch.</p> <p>Als besonders wertvoll wurde der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen von kleineren Städten wie Jena oder Finsterwalde eingeschätzt, die derzeit wenige Bezüge zu globalen Agenden aufweisen.</p>	<p>Die eingeschränkte Kontaktzeit zwischen den Kommunen erlaubte nur ein eher oberflächliches Kennenlernen.</p> <p>Dem hohen Bedarf an einem intensiveren und kontinuierlichen Austausch konnte in dem Projekt nicht nachgekommen werden.</p>

6.2

VERWERTBARKEIT UND ÜBERTRAGBARKEIT DER ERGEBNISSE

VERWERTBARKEIT UND ÜBERTRAGBARKEIT IN DIE KOMMUNALE PRAXIS

Die positive Resonanz der beteiligten Kommunen und Expert/-innen, insbesondere in Bezug auf das ihnen zur Verfügung gestellte aufbereitete Wissen (wie z. B. eine Übersicht und Einordnung der Prozesse und bestehender Unterstützungsinstrumente), zeigt die hohe Praxisrelevanz der erarbeiteten Projektergebnisse.

Vor allem die Bemühungen, eine oftmals abstrakte Agenda-Diskussion mittels interaktiver visuell-haptischer Formate kreativer und offener zu gestalten und zugleich greifbar zu machen, wurden sehr geschätzt. Daraus lässt sich ein generell hoher Bedarf an neuen Diskursformaten über die Gestaltung von Transformationsprozessen und Zukunftsfragen in urbanen Kontexten schließen. Einige der entwickelten Formate sind direkt auf andere Kontexte übertragbar, so das Feedback von Vertreter/-innen von Kommunen bei der Reflexion ihrer Transformationsprozesse. Zudem stießen die Methoden auf großes Interesse bei Städtenetzwerken oder Organisationen wie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Um die Verwertbarkeit und Übertragbarkeit der Projektergebnisse in die kommunale Praxis zu stärken, wurde neben üblichen Berichten ein ansprechendes Faltposter als neues Format entwickelt. Dieses kann in hoher Stückzahl gedruckt und verbreitet und die Projektergebnisse somit direkt in unterschiedlichen Arbeitskontexten (Behördenflur, Büro, Foyers der kommunalen Verwaltungen) eingesetzt und sichtbar gemacht werden.

VERWERTBARKEIT UND ÜBERTRAGBARKEIT IN STRATEGIEN UND POLITIKANSÄTZE

Der im Projekt erarbeitete Einblick in eine konkrete lokale Implementierungsebene von globalen und EU-weiten Agenden und Politikansätzen ist für weitere Strategieprozesse von hoher Relevanz. Um eine hohe Wirkung der erarbeiteten Ergebnisse zu erreichen, müssen die Projektergebnisse jedoch aktiv in Strategieprozesse eingebracht werden, beispielsweise durch den Versand von Reporten und Strategiepapieren an Schlüsselakteure, sowie durch Präsentationen bei Strategieworkshops, im Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik oder im Rahmen der Weiterentwicklung der Städteagenda für die EU.

6.3

AUSBLICK

Es ist absehbar, dass die Relevanz globaler Agenden für die kommunale Ebene in Zukunft noch weiter zunehmen wird, da Deutschland und andere europäische Mitgliedsstaaten ihr Engagement bei der Umsetzung der SDGs oder klimarelevanter Ziele drastisch verstärken müssen. Somit wird auch der Druck auf Kommunen als Schlüsselarenen für die Umsetzung der Ziele wachsen.

Das Projekt konnte die Relevanz, derzeitige Erfahrungen und Zukunftserwartungen für Unterstützungsmechanismen vonseiten der Kommunen klar aufzeigen. Um diesen Erwartungen gerecht zu werden, sind Folgemaßnahmen notwendig, u. a. zu folgenden Aspekten:

- Die möglichen Verknüpfungen, Synergien und Konflikte zwischen den relevanten Agenden und Prozessen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene müssen noch stärker herausgestellt und für die Umsetzungsebene handlungsanweisend aufbereitet werden.
- Bessere Zugänge und Übersichten (einfache Sprache, Kurzinformationen, „Übersetzungshilfen“, zentrale Anlaufstelle) müssen geschaffen werden, die Kommunen das Navigieren durch die Vielfalt der Agenden und Unterstützungsleistungen vereinfacht.
- Durch eine intensivere Forschungsbegleitung einzelner Kommunen könnten bestehende Hürden und Konflikte noch besser verstanden, sowie neue Anwendungswerkzeuge für Agenden auf lokaler Ebene experimentell entwickelt und getestet werden.
- Unbedingt zu empfehlen ist die Entwicklung konkreter Weiterbildungs- und Trainingsformate für Kommunen, die in Form von Vor-Ort-Workshops angeboten werden können.

Verzeichnisse



LITERATURVERZEICHNIS

- Bai, X.; R. Dawson, D. Ürge-Vorsatz, G.C. Delgado, A. Salisu Barau, S. Dhakal, D. Dodman, L. Leonardsen, V. Masson-Delmotte, D. Roberts und S. Schultz (2018): Six research priorities for cities and climate change. *Nature* 555: 23-25.
- Baranzelli, C. (2017): Placing your city in the European context: the Urban Data Platform. URBACT Blog. URL: <https://www.blog.urbact.eu/2017/03/placing-your-city-in-the-european-context-the-urban-data-platform/> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017a): Stadt im Fokus: Perspektiven der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Positionen des Kuratoriums. Bonn: BBSR.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017b): Zehn Jahre Leipzig-Charta: Die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung in Europa. Bonn: BBSR.
- Covenant of Mayors (2019): IUC programme invites EU cities to take part in international pairing. URL: <https://www.eumayors.eu/news-and-events/news/1642-iuc-programme-invites-eu-cities-to-take-part-in-international-pairing.html> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Dellas, E.; A. Carius, M. Beisheim, S. Parnell und D. Messner (2018): Local and Regional Governments in the Follow-up and Review of Global Sustainability Agendas. Berlin/Brussels: adelphi/Cities Alliance.
- Deutscher Bundestag (2016): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016. Drucksache 18/11975.
- Deutscher Bundestag (2017): Umgang der Bundesregierung mit dem WBGU-Gutachten „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“ Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (Drucksache 18/11561). Berlin: Deutscher Bundestag.
- European Investment Advisory Hub (EIAH) (o.J.): URBIS. URL: <https://eiah.eib.org/about/initiative-urbis.htm> (letzter Zugriff am 06.06.2019).
- EUROCITIES (2018): Social Affairs Forum: “Delivering the SDGs: cities working together with citizens” – 7-8 March 2018, Utrecht: Background note. URL: http://nws.eurocities.eu/MediaShell/media/Concept_note_SAF_Utrecht_FINAL.pdf (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Europäische Kommission (o.J.): Urban Data Platform. URL: <https://urban.jrc.ec.europa.eu/#/en> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Europäische Kommission (2016): Urban Agenda: new knowledge sources available for Europe's cities (Press release). URL: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3349_en.htm (letzter Zugriff am 04.06.2019).
- Europäische Kommission (2018a): Minutes of the subgroup meeting on “Delivering SDGs at the local and regional level” 13 September 2018. Europäische Kommission: Brüssel. URL: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/13092018-adopted-minutes-subgroup-sdgs-local-regional_en.pdf (letzter Zugriff am 19.06.2019).
- Europäische Kommission (2018b): Green City Tool. URL: <https://webgate.ec.europa.eu/greencitytool/home/> (letzter Zugriff am 04.06.2019).
- Europäische Kommission (2019a): Reflexionspapier auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2019b): Explanatory Memo: European Urban Initiative-Post 2020. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2019c): Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. Vierter Bericht zur Lage der Energieunion COM(2019) 175 final. Brüssel: Europäische Kommission.
- European Investment Bank (EIB) (2018): URBIS: Beratung für Städte. URL: <https://www.eib.org/attachments/mooc-regions-cities-urbis-factsheet-de.pdf> (letzter Zugriff am 06.06.2019).
- Expertenbeirat Nationale Stadtentwicklungspolitik (2017): Empfehlungen zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Berlin.
- Generalversammlung der Vereinten Nationen (2015, September 25): Resolution 70/1. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (A/RES/70/1).
- Generalversammlung der Vereinten Nationen (2016, Oktober 20): Resolution 71/256. New Urban Agenda (A/RES/71/256).
- Hohmann, R. (2018): National Urban Policies: a policy lever to foster a New Urban Agenda? Part I. In: Urbanet. URL: <https://www.urbanet.info/national-urban-policies-part-i/> (letzter Zugriff am 27.02.2018).
- Interministerieller Arbeitskreis (IMA Stadt) (2017): Bericht des interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) 2017.
- International Urban Cooperation Program (IUC) (o.J.): About the IUC. URL: <http://www.iuc.eu/about/> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Kettunen, M.; C. Charveriat, A. Farmer, S. Gionfra, J.P. Schweitzer und T. Stainforth (2018): Opportunities and challenges for EU implementation of SDGs between 2018-2019. Institute for European Environmental Policy (IEEP). URL: [https://ieep.eu/uploads/articles/attachments/6935a111-cd40-44d3-8f0d-ff90e7272184/Annex%201%20SDG%20Briefing%20\(IEEP%20online%20version\).pdf?v=63698103423](https://ieep.eu/uploads/articles/attachments/6935a111-cd40-44d3-8f0d-ff90e7272184/Annex%201%20SDG%20Briefing%20(IEEP%20online%20version).pdf?v=63698103423) (letzter Zugriff am 04.06.2019).

- Klimabündnis (2018): Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie. URL: <https://www.klimabuendnis.org/aktivitaeten/konvent-der-buergermeister.html> (letzter Zugriff am 06.06.2018).
- Mages, H. und J. Scholze (2018): Dokumentation Nationale Auftaktsitzung. Dialogprozess zur Weiterentwicklung der Leipzig-Charta im Rahmen des ExWoSt-Projektes „Möglichkeiten und Strategien der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.: Berlin/Brüssel.
- Mayring, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.
- Misselwitz, P. und J. Salcedo Villanueva (2015): The Urban Dimension of the SDGs. Implications for the New Urban Agenda. In: adelphi and urban catalyst, Sustainable Development Goals and Habitat III: Opportunities for a successful New Urban Agenda. Cities Alliance Discussion Paper No. 3. Brüssel: Cities Alliance.
- PLATFORMA (2018): CEMR contributes to the Multi-stakeholder platform on the implementation of the Sustainable Development Goals in the EU. URL: <http://platforma-dev.eu/cemr-contributed-to-the-multi-stakeholder-platform-on-the-implementation-of-the-sustainable-development-goals-in-the-eu/> (letzter Zugriff am 19.06.2019).
- PLATFORMA und Council of European Municipalities and Regions (CEMR) (2018): Sustainable Development Goals: How Europe's towns and regions are taking the lead. Brüssel: PLATFORMA und CEMR.
- RFSC – Reference Framework for Sustainable Cities (o.J.): RFSC: About. URL: <http://rfsc.eu/about/> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Scheurer, L. (2018): Documentation International Kick-off Meeting. Dialogue process on the further development of the Leipzig Charter within the Experimental Housing and Urban Development (ExWoSt) project "Possibilities and strategies of the German EU Council Presidency 2020". The Hague: EUKN.
- Schreiber, F. (2016): Remaking cities. In: D+C e-paper. URL: <https://www.dandc.eu/en/article/relevant-reading-reinventing-urbanisation> (letzter Zugriff am 01.03.2018).
- Sustainable Cities Platform (2019): Transformative Action Award, 2019. URL: <http://www.sustainablecities.eu/transformative-action-award/> (letzter Zugriff am 06.06.2019).
- United Cities and Local Governments (UCLG) (2015): The Sustainable Development Goals. What Local Governments Need to Know. Barcelona: UCLG.
- UN-Habitat (2019): Poland Commit to implement the New Urban Agenda through its National Urban Policy. URL: <https://unhabitat.org/poland-commit-to-implement-the-new-urban-agenda-through-its-national-urban-policy/> (letzter Zugriff am 19.06.2019).
- URBACT (o.J.): Funding. URL: <https://urbact.eu/our-funding> (letzter Zugriff am 24.06.2019).
- Urban Innovative Actions (UIA) (o.J.a): UIA in the European context. URL: <https://www.uia-initiative.eu/en/initiative/uia-european-context> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Urban Innovative Actions (UIA) (o.J.b): What is Urban Innovative Actions? URL: <https://www.uia-initiative.eu/en/about-us/what-urban-innovative-actions> (letzter Zugriff am 05.06.2019).
- Van Dijken, K.; R. Dorenbos und R. Kamphof (2012): The Reference Framework for Sustainable Cities (RFSC): Testing results and recommendations. Prepared for European Commission (DG Regio). The Hague: Nicis Institute.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2016): Der Umzug der Menschheit: Die Transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin: WBGU.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Übersicht der Projektziele	17
Abbildung 2	Übersicht untersuchter Agenden, Prozesse und Projekte	20
Abbildung 3	Überblick einzelner Analyse- und Handlungsschritte und deren Verhältnis	26
Abbildung 4	Unterstützungsangebote für Kommunen auf EU-Ebene	41
Abbildung 5	Einfluss der Agenda 2030 auf den Leitbildprozess von Mannheim	44

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Ergebnisse der Evaluation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und Relevanz für die Analyse	34
Tabelle 2	Themen und Stakeholdergruppen der Werkstattgespräche	54
Tabelle 3	Abgleich Projektziele und Zielerreichung	65

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AFINUA	Action Framework for Implementation of the New Urban Agenda
AUE	Agenda Urbana Española (Spanische Städteagenda)
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BSW	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hamburg)
BUE	Behörde für Umwelt und Energie (Hamburg)
CEMR	Council of European Municipalities and Regions
CEREMA	Studienzentrum für Risikobewertung Umwelt, Mobilität und Ausbau
C2C	Cradle-to-Cradle
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
EU	Europäische Union
EUI	European Urban Initiative
EUKN	European Urban Knowledge Network
ExWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
FNAU	FNAU Fédération nationale des agences d'urbanisme
HLPF	High-Level Political Forum on Sustainable Development
ICLEI	Local Governments for Sustainability
IMA Stadt	Interministerieller Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“
INSEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
IUC	International Urban Cooperation Program
NDC	Nationally Determined Contributions
NUP	National Urban Policy
NUA	New Urban Agenda
NUPP	National Urban Policy Programme
NVR	National Voluntary Review
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

ReFo	Allgemeine Ressortforschung
RFSC	Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung
SDG	Sustainable Development Goal
SDSN	Sustainable Solutions Network
SK:KK	Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
UCLG	United Cities and Local Governments
UDN	Urban Development Network
UIA	Urban Innovative Actions
UNDP	United Nations Development Programme
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
URBIS	Urban Investment Support
VNG	Vereniging van Nederlandse Gemeenten
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

Anhang



8.1

INSTRUMENTE UND MECHANISMEN AUF EU-EBENE ZUR UNTERSTÜTZUNG LOKALER TRANSFORMATIONSANSÄTZE

ZUR KENNTNIS

LEITFÄDEN UND LERNMODULE

Hintergrund

Internationale Städtenetzwerke wie ICLEI und UCLG, welche beide auch im europäischen Raum sehr aktiv sind, bieten Leitfäden und Lernmodule für Städte und Kommunen an, welche Gute-Praxis-Beispiele und Anleitungen enthalten, wie die SDGs in das kommunale Handeln integriert werden können.

Die 2016 veröffentlichten Leitfäden „**Roadmap for localizing the SDGs**“ (Global Taskforce of Local and Regional Governments, UNDP, UN-Habitat) und „**Getting Started with the SDGs in Cities**“ (Sustainable Development Solutions Network (SDSN) zusammen mit Deutschland) bieten Kommunen beispielsweise eine erste Orientierung für die Auseinandersetzung mit den SDGs sowie konkrete Strategien für deren Umsetzung und Überprüfung.

Verschiedene Lern- und Trainingsmodule wie die „**Learning Modules for Localizing the SDGs**“ (UCLG) dienen zusätzlich zur Bekanntmachung der SDGs dem Kapazitätsaufbau auf lokaler Ebene (→ Kompass). Diese richten sich meist direkt an Kommunalvertreter/-innen.

UCLG bietet auch Formate wie das „**SDG-Memory**“ an, um die 17 Ziele auf spielerische Art in der Kommune bekannt zu machen. Das Netzwerk bündelt alle seine Unterstützungsangebote (Materialien, Instrumente, Lernmodule, Memorie) im **SDG-Pack**.

Gebündelt werden viele Angebote dieser Art in der **Toolbox der Online Plattform „Localizing the SDGs“**, welche 2016 von United Nations Development Programme (UNDP), UN-Habitat und der Global Task Force of Local and Regional Governments initiiert wurde.

Nutzung/Erfahrungen

- Unübersichtlichkeit der verschiedenen Angebote. Die Toolbox „Localizing the SDGs“ bündelt und sortiert zwar verschiedene Unterstützungsangebote, jedoch bleibt die Relevanz der einzelnen Angebote für europäische Kommunen teilweise unklar (z.T. nicht ins Englische übersetzt oder für bestimmte Länder/Regionen wie Südostasien bestimmt).

PLATFORMA

Hintergrund

Eine 2008 gegründete europäische Koalition aus lokalen und regionalen Regierungen sowie nationalen, europäischen und internationalen städtischen Verbänden und Vereinigungen zur Vernetzung und Koordinierung von Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit. Zusammen mit CEMR engagieren sie sich für die Lokalisierung der SDGs in Europa z. B. mit **Trainings und Workshops** für ein verbessertes Verständnis der NUA und der SDGs sowie **Publikationen** („How Europe's towns and regions are taking the lead“), die Gute-Praxis-Beispiele und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau enthalten (→ Kompass).

Nutzung/Erfahrungen

- Trainings und Workshops richten sich primär an Mitglieder der Koalition.

SPIEGEL

**REFERENZ-
RAHMEN FÜR
NACHHALTIGE
STADT-
ENTWICKLUNG
(RFSC)**
Hintergrund

Der RFSC ist ein interaktives Online-Tool, welches 2008 unter französischer EU-Ratspräsidentschaft beschlossen wurde und, nach einer ausgiebigen Testphase, europäischen Kommunen seit 2013 zur Verfügung steht. Gemanagt wird das Instrument von Frankreich, CEMR, CEREMA und FNAU.¹⁵

Der RFSC unterstützt Kommunen dabei 1) bestehende Strategien zu evaluieren und neue Strategien zu entwickeln (Selbstreflexion auch durch visuelle Aufbereitung), 2) Projekte auf ihren integrierten Ansatz hin zu bewerten und 3) Ergebnisse zu überprüfen (Monitoring).

Hierfür stehen seit der letzten Überarbeitung des RFSC im Jahr 2016 zwei unterschiedliche Rahmen zur Verfügung: Zum einen der RFSC-Rahmen, der die Leitlinien der Leipzig-Charta in den Blick nimmt, und zum anderen der SDG-Rahmen, der sich an den 17 Zielen ausrichtet.

Der RFSC bietet eine Entscheidungsgrundlage für kommunale Planungsprozesse und hilft, die Auswirkungen konkreter Maßnahmen abzuschätzen (→ Kompass). Ziel des RFSC ist es auch, die stadtinterne Kommunikation zu verbessern.

Der RFSC wird regelmäßig aktualisiert, u. a. auch basierend auf neuen Entwicklungen der Städteagenda für die EU (RFSC o.J.).

Nutzung/Erfahrungen

- Offen für alle europäischen Kommunen sowie nicht-städtische Organisationen und Einzelpersonen.
 - Vor der Freischaltung haben 66 europäische Städte unterschiedlicher Größe und Herausforderungen den RFSC getestet. Damals wurde deutlich, dass für Kommunen vor allem das Monitoring-Element interessant ist (van Dijken et al. 2012).
 - Große Beteiligung von französischen Kommunen, insgesamt fehlt es dem RFSC allerdings an Durchschlagskraft.
-

**INFORMELLE
SDG-ARBEITS-
GRUPPE**
Hintergrund

Innerhalb des Städtenetzwerkes EUROCITIES wurde von einigen Städten (Utrecht, Gent, Stuttgart, Malmö, Bonn) eine informelle Arbeitsgruppe zur Lokalisierung der SDGs gegründet. Im Zentrum steht der **Erfahrungsaustausch**.

Die Gruppe beschäftigt sich mit Gute-Praxis-Beispielen, der Etablierung lokaler Ziele und Indikatoren zum Monitoring von Fortschritten sowie Möglichkeiten zur Einbindung der lokalen Bevölkerung (EUROCITIES 2018).

Nutzung/Erfahrungen

- Eine Initiative aus europäischen Vorreiterkommunen im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung.

¹⁵ Französisches Ministerium für nachhaltiges Bauen und Wohnen, Europäischer Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR), Studienzentrum für Risikobewertung, Umwelt, Mobilität und Ausbau (CEREMA), französisches Netzwerk aus Stadtplanungsbüros (FNAU)

GREEN CITY TOOL

Hintergrund

2018 hat die Europäische Kommission das Green City Tool veröffentlicht, ein Instrument für Selbstbewertung und Benchmarking, mit dem Ziel, europäische Städte grüner und nachhaltiger zu gestalten. Obwohl das Tool selbst keinen unmittelbaren Bezug auf die Agenden nimmt, so ist es doch als Umsetzungsmechanismus für die SDGs in der EU anerkannt (Kettunen et al. 2018).

Mit dem Online-Tool können Stadtverwaltungen ihren Status quo in verschiedenen Bereichen nachhaltiger Stadtentwicklung (Klimaanpassung, Mobilität etc.) messen. Dabei dreht sich die Bewertung primär um die Herangehensweise an nachhaltige Stadtentwicklung und nicht um quantitative Nachhaltigkeitsindikatoren (Europäische Kommission 2018b).

KOMPASS

ONE-STOP-SHOP FÜR STÄDTE

Hintergrund

2016 hat die EU-Kommission ein Online-Portal für europäische Städte ins Leben gerufen, welches interessierten Akteuren **zentralen Zugriff zu stadtrelevanten Informationen**, wie z. B. Initiativen, Veranstaltungen, Richtlinien, Gesetzen sowie Förderprogrammen und Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. UIA, URBACT), verschafft. Solch ein One-Stop-Shop wurde während der Entwicklung der Städteagenda für die EU immer wieder gefordert (Europäische Kommission 2016). Kommunen finden hier vertiefte Informationen zu Themenfeldern wie Mobilität und Klimaanpassung, die Schwerpunkte der Partnerschaften der Städteagenda für die EU bilden. Ein weiteres Ziel des Portals ist die Vernetzung von Akteuren sowie der Erfahrungsaustausch von Gute-Praxis-Beispielen (→ zur Kenntnis).

Nutzung/Erfahrungen

- Grundsätzlich ist der One-Stop-Shop sehr informativ. Allerdings ist zu hinterfragen, wie Kommunen das Portal kennenlernen, wenn sie sich nicht in den Partnerschaften der Städteagenda für die EU engagieren oder in andere europäische Prozesse eingebunden sind.

URBAN DATA PLATFORM

Hintergrund

Neben dem One-Stop-Shop ist die Urban Data Platform eine weitere Initiative, die im Rahmen der Städteagenda für die EU angestoßen und 2016 veröffentlicht wurde. Die Online-Plattform ist eine gemeinsame Initiative des Joint Research Centres (JRC) und der DG REGIO der EU-Kommission.

Die Plattform ermöglicht einen **Zugang zu räumlichen Daten von europäischen Städten und Regionen**. Sie wurde vor dem Hintergrund entwickelt, dass die Städteagenda für die EU eine verbesserte Wissensgrundlage und das Sammeln von vergleichbaren Daten zu städtischen Belangen vorsieht (Baranzelli 2017).

Die Plattform ermöglicht Kommunen ihren eigenen Entwicklungsstand zu überprüfen sowie mit anderen Städten zu vergleichen (→ Spiegel). Kommunen haben Zugriff auf gemeinsame Indikatoren (basierend auf verschiedenen öffentlichen Datensätzen wie z. B. Eurostat), die Entwicklungen in über 800 europäischen Städten und Gemeinden messen (z. B. in den Bereichen Demographie, Verkehr, Umwelt und Soziales).

Nutzung/Erfahrungen

- Daten sind verfügbar für die Länder-, Regional- und Kommunalebene. Allerdings nur von Städten ab einer Größe von 50.000 Einwohnern (Europäische Kommission o.J.).

INTERNATIONAL URBAN COOPERATION (IUC) PROGRAM

Hintergrund

IUC ist ein dreijähriges EU-Programm (2016–2019), das durch die Förderung von **Kooperation zwischen Städten auf regionaler und internationaler Ebene** zur Umsetzung der New Urban Agenda, Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen beitragen möchte. Geführt wird das Programm vom Service for Foreign Policy Instruments (FPI), gefördert durch das EU Partnership Instrument (IUC o.J.).

Europäische Städte entwickeln und implementieren dabei zusammen mit internationalen Partnerstädten (z. B. in China, Indien) in einem zwölfmonatigen, partizipativen Prozess **lokale Aktionspläne** zu einem gemeinsam identifizierten Nachhaltigkeitsthema. IUC bietet dabei technische Unterstützung an, übernimmt aber keine direkte Finanzierung von Maßnahmen. Ziel ist auch, die beteiligten Städte mit dem Privatsektor zu verbinden.

Nutzung/Erfahrungen

- Nur Städte ab einer Größe von 100.000 Einwohner können sich bewerben (Covenant of Mayors 2019).
- Unklar, ob das Programm fortgeführt wird.

KONVENT DER BÜRGER- MEISTER/ MAYORS ADAPT

Hintergrund

Die Bewegung Konvent der Bürgermeister wurde 2008 im Rahmen des Klima- und Energiepaketes 2020 von der EU-Kommission ins Leben gerufen. 2014 folgte die ergänzende Initiative Mayors Adapt, die Resilienz in Städten stärken und zur Umsetzung der EU Adaptation Strategy beitragen möchte.

Beteiligte Kommunen verpflichten sich freiwillig dazu, einen integrierten Ansatz für Klimaschutz und Klimaanpassung anzuwenden. Innerhalb von zwei Jahren müssen sie u. a. einen **Aktionsplan für nachhaltige Energie und Klima** entwickeln. Unterstützung bekommen Kommunen dabei u. a. von nationaler und regionaler Regierungsebene, Netzwerken und Zweckverbänden in Form von Beratungsleistungen aber auch finanziellen und technischen Hilfestellungen.

Zur Verfügung stehen ihnen auch Monitoring-Tools, Leitfäden und Gute-Praxis-Beispiele. Netzwerkbildung und Erfahrungsaustausch spielen eine große Rolle.

Nutzung/Erfahrungen

- Mehr als 9.000 europäische Kommunen sind Teil der Bewegung (Klimabündnis 2018).

URBACT III**Hintergrund**

URBACT ist ein europäisches Austausch- und Lernprogramm, welches eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung fördert. Teilnehmende Städte und Institutionen werden dabei unterstützt, Stadtentwicklungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen (Erfahrungsaustausch, kapazitätsaufbauende Maßnahmen etc.). URBACT ist kein Investitionsprogramm.

URBACT wird durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie die 28 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und die Schweiz finanziert. URBACT III (2014–2020) hat ein Budget von 96,3 Millionen Euro (URBACT o.J.).

URBACT trägt zur Umsetzung der EU 2020 Strategy bei und engagiert sich in Partnerschaften der Städteagenda für die EU.

Nutzung/Erfahrungen

- URBACT richtet sich an Städte jeglicher Größe aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und der Schweiz.
- Weitere Empfänger sind öffentliche Einrichtungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene (URBACT o.J.).

**THEMATISCHE
PARTNER-
SCHAFTEN DER
STÄDTEAGENDA
FÜR DIE EU**
Hintergrund

Zentraler methodischer Bestandteil der Städteagenda für die EU sind thematische Partnerschaften, in denen Vertreter von Städten, Mitgliedsstaaten, Regionen, EU-Institutionen und Verbänden zusammenarbeiten.

Ziel ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen zu verbessern und Kommunen in der Europapolitik ein größeres Mitspracherecht zu verschaffen. In den Partnerschaften werden **Aktionspläne entlang der Schwerpunktthemen „bessere Rechtssetzung“, „bessere Finanzierung“** und **„besserer Erfahrungsaustausch“** erarbeitet, die Vorschläge für die Entwicklung oder Überarbeitung europäischer Gesetze, Initiativen und Instrumente enthalten. Eine Fortführung der Partnerschaften nach 2020 wird derzeit diskutiert.

Die Diskussionen und Arbeitsergebnisse der Partnerschaften werden auf der interaktiven Online-Plattform **Futurium** der EU-Kommission gebündelt. Diese bietet auch der breiten Öffentlichkeit die Gelegenheit sich an der Arbeit der Partnerschaften zu beteiligen (Online-Fragebögen, Diskussionsforen etc.).

Nutzung/Erfahrungen

- Prinzipiell guter Mechanismus für die Umsetzung der Mehrebenen-Governance innerhalb der EU. Allerdings ist die konkrete Anbindung der Aktionspläne an politische Prozesse unklar.
- Nicht alle Städte haben die finanziellen und personellen Ressourcen, sich in den Partnerschaften zu engagieren.
- Kritisiert wird eine geringe Variation an beteiligten Akteuren. Beispielsweise sind der Privatsektor und die Wissenschaft in den Partnerschaften kaum vertreten (BBSR 2017b).

URBAN INNOVATIVE ACTIONS (UIA)

Hintergrund

UIA ist eine Initiative der EU-Kommission, die europäische Städte beim Testen innovativer Lösungsansätze für städtische Herausforderungen unterstützt. Die Initiative wurde im Rahmen von Artikel 8 der EFRE-Verordnung gestartet und verfügt über ein Budget von 372 Millionen Euro für 2014–2020.

Städte und städtische Stakeholder können sich für die Vergabe von Fördermitteln bewerben. UIA kofinanziert bis zu 80 % der Kosten eines Projektes mit bis zu max. 5 Millionen Euro (ebd.). Gefördert werden Projekte, die neu und innovativ, partizipativ, messbar und übertragbar sind und davor noch keinem Praxistest unterzogen wurden. UIA veranstaltet auch Bewerberseminare (Europäische Kommission 2018d).

Die jährlichen Projektaufrufe orientieren sich inhaltlich an den Themen der Partnerschaften der Städteagenda für die EU (5. Aufruf im Sept. 2019). Die UIA ist somit ein Instrument, das konkret zur Umsetzung der Agenda beitragen soll. Die gewonnenen Erfahrungen der durchgeführten Pilotprojekte sollen in der Arbeit der Partnerschaften gespiegelt und eingespeist werden (UIA o.J.a, b).

Städte, die sich an der UIA-Initiative beteiligen, werden vom **Urban Development Network (UDN)** unterstützt. UDN ist in der EFRE-Verordnung für die Kohäsionspolitik 2014–2020 festgelegt und unterstützt den Informationsaustausch (z. B. Workshops, Seminare) zwischen europäischen Kommunen, die integrierte Stadtentwicklungsstrategien (EFRE Artikel 7) oder UIA (EFRE Artikel 8) umsetzen.

Nutzung/Erfahrungen

- Verfügbar ist die Förderung für Städte und Gemeinden der EU-Mitgliedsstaaten mit über 50.000 Einwohnern oder für Zusammenschlüsse von Gemeinden mit zusammen über 50.000 Einwohnern (UIA o.J.b).
- Bislang sind 16 von 28 EU-Staaten in der Projektförderung vertreten, darunter keine Projekte aus Deutschland.

URBIS

Hintergrund

URBIS wurde 2017 von der EU-Kommission (DG Regio) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) lanciert und ist Bestandteil der europäischen Plattform für Investitionsberatung (EIAH). URBIS ist ein **Beratungsdienst**, der Städte bei der Planung von Investitionen unterstützt sowie zu innovativen Finanzierungsoptionen berät. URBIS wurde im Zusammenhang mit dem One-Stop-Shop eingerichtet und soll zur Zielerreichung der Städteagenda für die EU beitragen (EIAH o.J.).

URBIS verfolgt drei Ziele: 1) Orientierung über existierende Finanzierungsprogramme der Kommission und EIB geben (in Ergänzung zum One-Stop-Shop), 2) maßgeschneiderte (ganzheitliche, ortsbezogene) Investitionsempfehlungen für Städte entwickeln, sowie 3) innovative Finanzierungsansätze für Städte prüfen (EIB 2018).

Im Gegensatz zu anderen Beratungsangeboten, berät URBIS insbesondere zu integrierten Stadtentwicklungsprogrammen mit einer Reihe kleinerer, sektorenübergreifender Projekte. **Die Beratung erstreckt sich über alle Investitionsetappen** und deckt die Themenschwerpunkte der Städteagenda für die EU ab (ebd.).

Nutzung/Erfahrungen

- URBIS richtet sich an europäische Städte jeder Größe. Bevorzugt werden Städte, die eine integrierte Stadtentwicklungsstrategie verfolgen (ebd.).
- URBIS bearbeitet zurzeit 36 Anträge aus ganz Europa (Europäische Kommission 2019c).

**EUROPEAN
SUSTAINABLE
CITIES
PLATFORM/
TRANSFORMATIVE
ACTION AWARD**

Hintergrund

Die European Sustainable Cities Platform wurde 2016 im Nachgang der 8. European Conference on Sustainable Cities & Towns von ICLEI, der Regierung des Baskenlandes und der Stadt Aalborg gegründet. Sie konzentriert sich auf das Abschlussdokument der Konferenz, die Basque Declaration, die Bezug nimmt auf die globalen Agenden und 15 Wege für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Europa aufzeigt.

Die Plattform bietet eine **Transformative Actions Datenbank** mit Gute-Praxis-Beispielen. In Kooperation mit ICLEI, dem Europäischen Ausschuss der Regionen und der EIB wird darüber hinaus der **Transformative Action Award** verliehen. Der mit 10.000 Euro dotierte Nachhaltigkeitspreis richtet sich an Städte, Regionen oder Organisationen, die Lösungsansätze für eine nachhaltige Transformation im Sinne der Basque Declaration entwickeln und somit zur Umsetzung der SDGs und dem Pariser Klimaabkommen beitragen (Sustainable Cities Platform 2019).

8.2

LOKALE TRANSFORMATIONSPFADE

ARNSBERG

Zentraler Transformationsansatz

Entwicklung der Nachhaltigkeitsagenda Arnsberg 2030 als strategisches Leitbild: Im Rahmen der Beteiligung der Stadt Arnsberg am Projekt „Globale Nachhaltige Kommune“ der SKEW wurde unter Einbindung relevanter Stakeholder aus Politik und Verwaltung ein Handlungsprogramm für Arnsberg und die Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene entwickelt.

Rolle globaler Agenden

Globale Agenden als Rahmen des lokalen Transformationsansatzes: SDGs sowie die NUA werden in fachlicher wie politischer Hinsicht als unterstützend gesehen. Schon bei Beschlussvorlagen für Kleinprojekte wird der internationale Bezugsrahmen hergestellt und explizit gemacht.

LEIPZIG

Zentraler Transformationsansatz

Entwicklung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes INSEK Leipzig 2030 unter Federführung des Stadtplanungsamtes. Zentrales Element des INSEK sind Fachkonzepte, wobei die entsprechenden Stellen in der Verwaltung eng in die Erarbeitung einbezogen werden. Aufgrund dieses Prozesses spielt das INSEK für die gesamte Stadtverwaltung eine integrierende Rolle.

Rolle globaler Agenden

Das INSEK bezieht sich auf die Leipzig-Charta sowie SDGs. Die Leipzig-Charta dient schon seit 2007 als Rahmen, die SDGs werden zwischen Spiegel und Kompass verortet.

STUTTGART**Zentraler Transformationsansatz**

Entwicklung eines strategischen Handlungsrahmens für die Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen des Projektes Globale Entwicklungsziele, angesiedelt in der Abteilung Außenbeziehungen.

Rolle globaler Agenden

SDGs als umfassender Handlungsrahmen, außerdem Adaption auf den Stuttgarter Kontext und Erprobung eines Indikatorensystems zur Evaluation der SDG-Umsetzung auf lokaler Ebene.

JENA**Zentraler Transformationsansatz**

Entwicklung lokal verankerter Leitbilder im Rahmen des ISEK-Prozesses unter Einbeziehung relevanter Akteure entlang schwerpunktmäßiger Themenfelder, z. B. Mobilitätskonzept Jena 2030. Ziel ist, bestehende Bemühungen im Bereich nachhaltiger Stadtentwicklung zu bündeln.

Rolle globaler Agenden

Keine explizite Bezugnahme aufgrund von guten Erfahrungen mit eigenständiger, öffentlichkeitswirksamer Entwicklung lokalspezifischer Leitbilder sowie Vorbehalten gegenüber fremdbestimmten normativen Zielsetzungen. Dennoch hohe inhaltliche Übereinstimmungen mit den globalen Agenden.

HAMBURG**Zentraler Transformationsansatz**

Stadtentwicklungskonzept: „Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser“ als normative Zielsetzung. Nachhaltigkeitsstrategie (Behörde für Umwelt und Energie, BUE) und Stadtentwicklungskonzept (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, BSW) unterstreichen als parallele Prozesse die Bedeutung, die nachhaltiger Stadtentwicklung beigemessen wird.

Rolle globaler Agenden

Nachhaltigkeitsstrategie der BUE greift Ziele der Agenda 2030 auf, sie dient hier als Rahmen. Die BSW nimmt die Agenden zur Kenntnis, aber das Stadtentwicklungskonzept nimmt nicht explizit Bezug auf die globalen Agenden.

FINSTERWALDE**Zentrale Transformationsansätze**

Zukunftsstadt-Wettbewerb (Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF), Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts, Rückkehrerstrategie, Entwicklung eines touristischen Leitbildes: Gemeinsames Ziel dieser Ansätze ist es, Antworten auf die Herausforderungen der ländlich geprägten Kommune infolge von Strukturwandel und Überalterung zu finden.

Rolle globaler Agenden

Zur Kenntnisnahme, aber geringe Referenzierung globaler Agenden

MANNHEIM**Zentraler Transformationsansatz**

Leitbild Mannheim 2030: Aktuell wird ein Leitbild für Mannheim erarbeitet, das die acht strategischen Entwicklungsziele der Stadt aktualisiert und mit den SDGs abgleicht.

Rolle globaler Agenden

Die SDGs dienen als Rahmen der Leitbildentwicklung, dabei werden die SDGs auf lokale Themen bezogen, um sie zu operationalisieren, vermittelbar und greifbar zu machen.

LOKALE TRANSFORMATIONSPFADE EUROPÄISCHER KOMMUNEN**MADRID****Zentrale Herausforderungen**

Soziale Polarisierung, räumliche Segregation, Einkommensunterschiede infolge der Finanz- und Beschäftigungskrise

Rolle globaler Agenden und Prozesse**Globale Agenden und Vernetzung als Hebel für kontinuierlichen, nachhaltigen Transformationsprozess**

- Entwicklung der Strategie „Madrid 2030 – Eine Stadt für alle Personen und Generationen“ zur Umsetzung und Lokalisierung der SDGs
- Ko-Koordination der thematischen Partnerschaft zu Sicherheit im öffentlichen Raum im Rahmen der Städteagenda für die EU
- Seit 2017 Engagement in globalen Netzwerken und Prozessen wie U20, UDLG, C40, EURO-CITIES

ATHEN**Zentrale Herausforderungen**

Langanhaltende soziale und ökonomische Folgen der Wirtschaftskrise, Auswirkungen des Klimawandels, Integration Geflüchteter, Misstrauen in politisches System

Rolle globaler Agenden und Prozesse**Globale Agenden und internationale Netzwerke als Impulse für lokale Politikgestaltung**

- Im Rahmen des ehemaligen Programms 100 Resilient Cities der Rockefeller Foundation wurde „Athens Resilience Strategy 2030“ entwickelt, die starken Bezug zu den SDGs herstellt
- Beteiligung an der thematischen Partnerschaft zur Inklusion von Migranten im Rahmen der Städteagenda für die EU
- Mitgliedschaft in Netzwerken wie C40, EURO-CITIES und (ehemals) 100 Resilient Cities

UTRECHT**Zentrale Herausforderungen**

Zunehmende Urbanisierung, steigendes Verkehrsaufkommen, Disparitäten in der Lebenserwartung zwischen Quartieren

Rolle globaler Agenden und Prozesse**SDGs als umfassender Handlungsrahmen**

- Seit 2016 Bekenntnis zur Agenda 2030 und Umsetzung ihrer Ziele durch „Global Goals City“-Kampagne des Niederländischen Gemeindeverbundes (VNG)
- Die SDGs dienen in Verbindung mit lokaler Entwicklungsstrategie als Orientierungsrahmen für Stadtentwicklung
- Entwicklung eines lokal adaptierten Indikatorensets für SDGs sowie einer lokalen Kampagne, um Bewusstsein und Wissen über SDGs in die Breite zu tragen

LA ROCHELLE**Zentrale Herausforderungen**

Bislang unzureichende Governance der Metropolregion, Zersiedelung, ausgewogene Balance zwischen Dichte und Qualität des öffentlichen Raumes

Rolle globaler Agenden und Prozesse**Globale Agenden als Kompass und Anreiz für interne Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit**

- La Rochelle ist eine der Pionierstädte des Referenzrahmens für europäische Städte (RFSC) zur Anwendung der Leipzig-Charta
- Seit 2018 integriert La Rochelle die SDGs in die Berichterstattung über lokale Nachhaltigkeitspolitik
- Mitglied von „Atlantic Arc Cities“ als Verbund der u. a. Positionen zur Ausgestaltung der Städteagenda für die EU entwickelt